



Jahrg. 3 Nr. 33/26. Sept. 73

ATE-Teves:
Alle tage elender!

6

Krise im
Steinkohl

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeit

5.8.85

5.8.85

Fürsorgeerziehung -
Erziehung wozu?

C21734 E

26

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Militärputsch in Chile

US-Imperialisten und chilenische Reaktion
stürzen Regierung der „Volkseinheit“

In Chile ist am 11. September die Regierung der Unidad Popular („Volkseinheit“) unter Präsident Allende mit Hilfe putschender Militärs gestürzt worden. Die bisherigen bürgerlichen Oppositionsparteien – Nationalisten und Christdemokraten – haben den Putsch begrüßt. Nun herrscht in Chile der faschistische Terror. Zahlreiche Mitglieder der Regierung, der Parteien der Unidad Popular und der revolutionären Linken außerhalb der UP sind verhaftet und zum Teil auf der Stelle erschossen worden. Aufgrund der bisherigen Politik der UP-Regierung (vgl. dazu u.a. den Artikel im letzten AK) müssen Chiles Arbeiter und Bauern den Kampf unter ungünstigen Bedingungen führen. Dennoch wird immer noch an vielen Stellen des Landes den Faschisten erbitterter Widerstand entgegengesetzt. Sender der Volkskräfte haben das Programm aufgenommen. Die Faschisten versuchen, jeden Widerstand mit Mauthorden zu unterdrücken: von den Arbeitern besetzte Fabriken werden bombardiert, Wohnungen gesprengt, Gefangene erschossen. Die Zahl der Toten wird am vierten Tag nach dem Putsch bereits mit weit über 5.000 angegeben und dürfte noch höher liegen. Allein 500 Arbeiter sollen in einer besetzten Textilfabrik niedergemetzelt worden sein. Schon jetzt ist zu erkennen, daß – unabhängig vom Ausgang des Kampfes – die chilenische Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag erlitten hat, von dem sie sich nur langsam wieder erholen wird.

Die blutige Hand des Imperialismus

Die Regierung der Unidad Popular wurde im Herbst 1970 nach Wahlen gebildet. In der UP sind

teil des Weltvorkommens an Kupfer, und das chilenische Kupfer war vor der UP-Regierung zum größten Teil unter US-Kontrolle. Außer dem wirtschaftlichen Interesse am chilenischen Kupfer war der US-Imperialismus

Über den jetzigen Militärputsch wurde bekannt, daß die US-Regierung zumindest einen Tag vorher über die Putschpläne informiert worden war. Möglicherweise werden die Einzelheiten dieses Komplotts – Zusammenspiel von US-Geheimdienst CIA, US-Regierung, US-Monopolen, Putschisten und chilenischer Reaktion – noch ans Licht kommen.

Das ist der letzte einer langen Kette von reaktionären Staatsstreichen, die in den letzten Jahren vom US-Imperialismus – im Zusammenspiel mit der einheimischen Reaktion – organisiert wurden:

Kongo, Dominikanische Republik, Griechenland, Ghana, Kambodscha, Bolivien, Uruguay u.a.

Das zeigt nochmals, mit welcher brutaler Verwerfung der untergeordneten US-Imperialismus immer noch versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, den Befrei-

blutig zu unterdrücken. Auch nach der formalen Beendigung des Vietnam-Kriegs und Abgabe heuchlerischer „Friedens“-Erklärungen hat der US-Imperialismus sich nicht im geringsten verändert.

Freude bei der westdeutschen Bourgeoisie

Bei Axel Springer und seiner faschistischen Bande dürften nach dem Bekanntwerden des Militärputsches

Forts. Seite 3

schlossen, u.a. die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei. Wesentliche Programmpunkte der UP waren die Nationalisierung des chilenischen Kupfers, Verstaatlichung der Banken und ein historischer Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformen aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem“, „legalen“, parlamentarischen Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweis gegen die Vertreter des „überholten Dogmas“ vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel jetzt von Faschismus und Reaktion in einem Meer von Blut ertränkt wird. Nicht zufällig beilegen sich jetzt sozialdemokratische und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kommentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist!“

Der stellvertretende Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“ (SPD), Siemon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungstreuen Chile ist ja wohl kaum anzunehmen, daß Marxisten in anderen Entwicklungsländern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden wie Allende. Viele von ihnen werden sich gewiß wieder der vermeintlichen (!) Alternative Volksbefreiungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen.“

Die zynische Logik dieses Spezialdemokraten ist: auf dem parlamentarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Scheinalternative“, wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber“ nicht fehlen darf. Also soll die Arbeiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Verprechungen der SPD auf kommen-

ismus sich generell nicht damit einverstanden, daß in Chile ein anti-imperialistischer, sich zum Sozialismus hin entwickelnder Staat entsteht oder entsteht.

Es wurde aufgedeckt, daß der US-Konzern ITT es sich viel Geld kosten ließ, um die UP-Regierung schon vor dem offiziellen Regierungsantritt an putschenden Militärs und einem inszenierten wirtschaftlichen Chaos scheitern zu lassen. Das mißlang damals. Wenn nur dieser eine Fall aufgedeckt wurde, dann bedeutet das bestimmt nicht, daß dies auch der einzige Fall dieser Art war!

silien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika

de Reformchen begnügen.

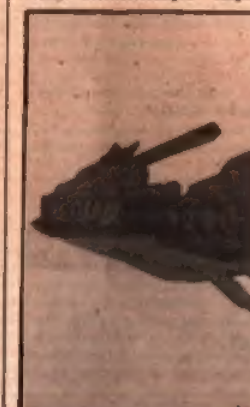
Aus den Sätzen von Siemon-Netto spricht deutlich die Sorge, daß bei dem faschistischen Putsch in Chile die reformistische Ideologie Schaden genommen haben könnte. Und das wohl nicht nur in den „Entwicklungsländern“, sondern sogar in den imperialistischen Ländern. Denn wenn die Bourgeoisie so zugenugig zeigt, was sie von der Achtung „demokratischer Spielregeln“ hält, dann wird man in Zukunft nur noch von Narren und Selbstmördern erwarten können, daß sie ihrerseits diese „Spielregeln“ einhalten.

Der faschistische Staatsstreich in Chile ist für die internationale Arbeiterbewegung ein bedeutender historischer Einschnitt, ein Punkt, an dem es notwendig wird, Bilanz zu ziehen – wie die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische Revolution.

Was sich als Ergebnis zeigt, sind im Grunde keine neuen Lehren, sondern ist nur die Bestätigung dessen, was von Marx, Engels und Lenin her schon lange zur gesicherten Erfahrung der Arbeiterbewegung zählen mußte und was Lenin einmal so ausdrückte:

Ergebnis befürchteten, zu verhindern. Der Putsch erfolgte nach

„Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hundert Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen umzuwandeln könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohrieisge Erschütterungen umgest-



Europäische Sicherheitskonferenz

Sicherheit in Worten – Unsicherheit in der Tat

Im Juli begann in Helsinki die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), an der insgesamt 35 Staaten einschließlich der Sowjetunion, des USA und Kanadas teilnehmen. In der ersten Phase dieser Konferenz legten die Außenminister aller Teilnehmerstaaten ihre jeweiligen Standpunkte dar. Parallel zu dieser Konferenz finden Vorbereitungen für eine Konferenz über Truppenreduzierung in Mitteleuropa statt.

Die Abhaltung solcher großer Konferenzen reiht sich ein in die derzeitigen diplomatischen Aktivitäten der imperialistischen und der RgW-Staaten: Breschnew besuchte Brandt, Nixon und Pompidou; Brandt fuhr zu Nixon, Pompidou und Tito und traf sich in Bonn mit Ceausescu (Rumänien); Nixon und Pompidou trafen sich auf Island usw. Diese Gespräche und Verhandlungen endeten meist mit gegenseitigen Friedensbeteuerungen und einigen Handels-, Kultur- und Wirtschaftsabkommen.

Die verstärkte Diplomatie in der Welt ist im Wesentlichen ein Ausdruck dafür, daß die bisherige Aufteilung der Welt und das bestehende Kräfteverhältnis ins Wanken geraten sind. Immer deutlicher treten die Widersprüche zwischen den großen imperialistischen Staaten und Blöcken hervor – der Kampf um die Einflusssphären nimmt an Schärfe zu.

Forts. Seite 17

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes!

Das chilenische Volk hat die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur nicht kampflos hingenommen. Die reaktionäre bürgerliche Presse spricht zwar von einer „Normalisierung der Lage“ (einer „Normalisierung“ auf dem Berg Tausender von Ermordeten!) und davon, daß der Widerstand „fast gebrochen“ sei. Aber ihre eigenen Meldungen sind sehr widersprüchlich. Und trotz der von der Militärdiktatur kontrollierten und gesteuerten „Informationsweitergabe“ sind einige Nachrichten aus dem Land gekommen, die den heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes bezeugen.

In Santiago, Valparaiso, Concepcion, Punta Arenas, Antofagasta, Los Andes, Las Cuevas und anderen Städten und auf dem Land leistet das chilenische Volk der Militärdiktatur bewaffneten Widerstand. Der grausame Terror des Militärs hat bereits blutige Lücken in die Reihen der revolutionären Kämpfer gerissen, aber der Widerstand konnte bisher nicht gebrochen werden. Tausende von Menschen wurden ermordet, Tausende verhaftet, Tausende auf Kriegsschiffe und auf zu KZs umgewandelte Inseln deportiert.

Die Bergarbeiter von El Teniente stellten sich den Panzern mit Dynamitangenen entgegen. 500 Kumpel wurden vom Militär niedergeschossen. Die Arbeiter der Textilfabrik Sumar leisteten ebenfalls erbitterten Widerstand. Auch hier ließ das Militär 500 von ihnen bestialisch niedermetzeln. In Santiago sollen sofort nach dem Militärputsch 40 Betriebe von den Arbeitern zur bewaffneten Verteidigung besetzt worden sein. Die Technische Universität von Santiago wurde von 600 Studenten mit der Waffe in der Hand verteidigt. Erst nach langem erbitterten Kampf räumten sie das Gebäude vor den stürmenden Soldaten.

Teilweise sollen auch chilenische Soldaten gegen den Putsch rebelliert

und sich dem kämpfenden Volk angeschlossen haben. In Valparaiso wurden deswegen 100 Soldaten erschossen. Die Meldung, wonach der ehemalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General Prats, der zeitweise an der Regierung unter Allende beteiligt war, an der Spitze des 5. Armeekorps und zwei Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Abteilungen der MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) auf Santiago zumarschieren, um die Militärdiktatur zu stürzen, scheinen aber nicht zu stimmen. Prats soll inzwischen erklärt haben, daß er sich nicht am Kampf gegen die Militärdiktatur beteiligen und stattdessen nach Argentinien auswandern will, wo er nach neuesten Meldungen auch schon eingetroffen sein soll.

Die Militärdiktatur wendet über die von ihr beherrschten Radio- und Fernsehstationen Falschmeldungen und Lügen, um das Volk vom Kampf abzuhalten. Eine der offenkundigsten Fälschungen wurde am 14.9. im chilenischen Fernsehen gesendet: es war eine Ansprache von Godoy, Arbeitsminister unter der Allende-Regierung, der die Arbeiter auffor-

Forts. Seite 2

Forts. Lang lebe...

derte, „mit den Anstrengungen der Behörden, die ökonomische Lage zu verbessern, zusammenzuarbeiten“. Allerdings handelte es sich dabei um die Aufzeichnung einer Ansprache, die Godoy vor Hungerzeit unter der Allende-Regierung, und nicht der Militärjunta gehalten hatte.

Wie die italienische Zeitung „Corriere della Sera“, eine bürgerliche Zeitung, am 14.9. schrieb, beschränken sich die bewaffneten Widerstandskräfte nicht nur darauf, sich gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen, sondern sie sollen auch in einigen Orten initiativ Aktionen durchgeführt haben. Es hieß, daß die einige Polizeikommissariate und Militärstellen angegriffen haben, um sich Waffen zu beschaffen. Die Bewaffnung des Volkes reicht gegenwärtig nicht aus, um die faschistische Diktatur zu besiegen, da die Unidad Popular das Volk auf diese Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet hat, sondern im Gegenteil in der letzten Zeit ihrer Regierungsführung das Militär sogar beauftragt hatte, bestehende Arbeiter- und Bauernmilizen, die sich schon damals gegen den Terror faschistischer Erfüllungshelfer der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Wehr setzen mußten, zu ent-
waffnen.

Nach weiteren Meldungen aus Argentinien haben bewaffnete Widerstandskräfte den faschistischen Militärs „Agricoltura“ angegriffen und zerstört. Es soll ihnen auch gelungen sein, einige Geheimwaffen in Betrieb zu nehmen, mit denen sie den Lügen der Militärpropaganda

gerüsteten Massen vom Militär zusammenzuschossen werden.

Die Militärjunta selbst hat Meldungen herausgegeben, wonach sie damit rechnet, daß die Widerstandskräfte sich mit dem Aufbau einer Stadt- und Landguerilla (Chile hat ca. 70 % Stadtbewölkerung) auf einen langen Kampf einrichtet.

Die vielen politischen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern, die unter der Allende-Regierung politischen Asyl in Chile erhalten hatten, haben sich dem bewaffneten Widerstand angeschlossen. Viele von ihnen wurden schon vom Militär als „ausländische Extremisten“ erschossen. Auch die kubanische und mexikanische Botschaft wurden vom Militär beschossen. In Argentinien und in Mexiko haben links Gruppen zur Bildung internationaler Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkriegs aufgerufen. Auf der Solidaritätsveranstaltung des KB am 20.9. in Hamburg berichtete ein Genosse des lateinamerikanischen Studentenverbandes, daß sie gerade die Nachrichten erhalten haben, daß eine erste argentinische Kolonne die Anden bereits überschritten hätte.

Die MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) hatte in Chile von Anfang an die Auffassung vertreten, daß ein bewaffneter Kampf zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie unvermeidlich ist. Deswegen wurde sie von der Führung der Unidad Popular, die das reformistische und illuzorische Konzept eines „friedlichen Übergangs“ vertrat, heftig angegriffen – und in der letzten Zeit der Allende-Regierung auch offen vom Militär verfolgt.

Die MIR hat sich am Aufbau von Räteorganisationen in den Betrieben, in den städtischen Wohn-

Oktober 1972, also seit einem Jahr, als die Transportunternehmer damals mit einer ersten großen Sabotageaktion die gesamte Versorgung des Landes lahmzulegen versuchten und der Terror faschistischer Gruppen zunahm. Diesen Räteorganisationen hat sich im letzten Jahr bereits ein großer Teil der Arbeiter und Bauern angeschlossen, wobei die politischen Vorstellungen darin natürlich unterschiedlich sind. Ein Genosse der italienischen Organisation „Lotta Continua“ führte noch wenige Tage vor dem Militärputsch, am 6.9., ein Interview mit dem Genossen Hernan Ortega, Präsident der Cordones von Santiago und Mitglied der Sozialistischen Partei (offensichtlich zu deren linkem Flügel gehörig), in dem Ortega u.a. ausführte:

„Allgemein sind die Cordones ziemlich in Ordnung, aber man spürt auch in ihnen die Schwankungen der Widersprüche innerhalb der Linken. Einerseits sind dafür die Cordones Industriales und die Organismen der Poder Popular (Volksmacht) als eine Klassenorganisation zu verstärken, die parallel und autonom dem bürgerlichen Staat gegenüber steht (nicht nur der Regierung, sondern der Gesamtheit des bürgerlichen Staates). Andere versuchen, diesen Prozeß zu bremsen.“

Zu den Widersprüchen innerhalb der Räte sagte Hernan Ortega weiter:

„Solange es möglich ist, sind wir dafür, daß die Einheit der Klasse die Natur der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert. Wir wollen jetzt nicht Spaltungen verursachen.“

Diese beiden Zitate geben natürlich selbst eine bestimmte politische Auffassung des Meinungs-

gung verfolgte Politik hinauszuweisen; zum anderen die Begrenztheit, in dem die politischen Vorstellungen einer Alternative noch befähigen sind.

Die Räte sollen sich nach Ortega zu einer „parallelen“ Organisation zum bürgerlichen Staat entwickeln, ihn also nicht ersetzen, aber „auto-

schaft der Bourgeoisie ist der Aufbau einer starken kommunistischen Partei, die nicht als reformistischer, sondern als revolutionärer Programm zur Grundfrage ihrer Politik macht. Das hat gerade die sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland gezeigt; und obwohl diese als auch die chinesische Revolution

Besserwisser und Schlechterwisser

Auf einer Demonstration des KB in Hamburg gegen den Militärputsch und zur Bekundung der Solidarität mit den chilenischen Arbeitern und Bauern ließ die DKP ein recht allgemein gehaltenes Flugblatt verteilen, in dem jedoch folgender demagogischer Angriff „versteckt“ war:

„Wer in dieser Situation versteht, den Kampf des chilenischen Volkes zu verurteilen, die arrogante Position eines Besserwisser bezieht, stellt sich einmal mehr außerhalb der Reihen der Solidaritätsbewegung, fällt dem Kampf des chilenischen Volkes in den Rücken.“

Wir fragen uns, woher die Verfasser dieses Flugblatts ihre verblödhende Schamlosigkeit beziehen.

Es ist bekannt und nachprüfbar, daß die DKP in der Vergangenheit nicht nur dem „chilenischen Weg“ propagiert hat, sondern dieselbe selbstmörderische Strategie auch für die Arbeiterbewegung der BRD vorgeschlagen. Das Ergebnis dieser Strategie könnte in der BRD kaum besser aussehen als in Chile.

Es ist außerdem bekannt und nachprüfbar, daß wir schon früh-

zeitig aufgezeigt haben, wohin der „chilenische Weg“ ebenso wie die „demokratische Erneuerung“ der DKP führen wird: nämlich in die Katastrophe.

Nachdem die von ihnen selbst gepredigten revisionistische Strategie in Chile auf eine für die Arbeiterbewegung furchtbare Weise widerlegt worden ist (übrigens nicht zum ersten Mal), hat die DKP noch den traurigen „Mut“, sich als Hüter und Richter über die Interessen der chilenischen Arbeiter und Bauern aufzutreten.

Inwieweit die chilenischen Arbeiter und Bauern kämpfen, nie kämpfen heldenhaft. Und das unter jenen ungünstigen Bedingungen, zu denen die Strategie des „chilenischen Weges“ geführt hat.

Aber die DKP ist schamlos genug, ausgerechnet mit dem Hinweis auf den Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern, sich um die grundsätzliche Selbstkritik ihrer ganzen bisherigen Politik herumzudrücken. Das zeigt, wie viele Leute auch moralisch auf den Hund gekommen sind.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Auf den Militärputsch vom 11. September ist in der ganzen Welt mit Solidaritätsaktionen für den Kampf des chilenischen Volkes reagiert worden.

In der DDR versammelten sich in Berlin 350.000 Menschen; in Leipzig, Dresden, Rostock und anderen Städten weitere Hunderttausende.

In Italien fanden in zahlreichen Städten Solidaritätsstreiks

am 14. September 40.000. In Buenos Aires in Argentinien zogen in der Nacht zum 13. September 20.000 Menschen vor die chilenische Botschaft und verbrannten USA-Fahnen.

In Zürich (Schweiz), Barcelona (Spanien) und Tegucigalpa (Honduras) waren Menschen aus Protest gegen den Militärputsch und die Verwicklung der USA darin Molotow-

In unserem Land gab es auch in mehreren Städten Demonstrationen und Kundgebungen, die meist aber nicht so viele Teilnehmer hatten wie in anderen Ländern. Der KB veranstaltete am 20. September in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung, an der rund 2.000 Menschen teilnahmen, nachdem bereits in der Woche davor von verschiedenen Gruppen zu Demonstrationen aufgerufen



Solidaritätsdemonstration der Arbeiter von Genue.

der Arbeiter und Massendemonstrationen statt. In Mailand demonstrierten 100.000 Menschen, in Rom 30.000, in Turin und Genue je 20.000, in Bologna 15.000 usw.

In Frankreich wurde ebenfalls zu Solidaritätsstreiks aufgerufen und fanden Massendemonstrationen statt in Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux, Lille, Nantes und zahlreichen anderen Städten.

In Argentinien und Mexiko wurde dazu aufgerufen, internationale Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkriegs aufzustellen. In beiden Ländern fanden mehrere Demonstrationen mit Hunderttausenden von Menschen statt, in Mexiko-City al-

cocktails in USA-Botschaften, Konsulate und Niederlassungen des US-Konzerns ITT.

Die Regierungen mehrerer Länder haben gegen den Militärputsch protestiert und jede Unterstützung des Regimes durch Kredithilfe usw. abgelehnt. Die Regierung der BRD hat allerdings nach dem bekannten langen Schweigen lediglich gesagt, daß eine Kredithilfe „vorerst“ zurückgezogen werden soll. Eine Lieferung von Weizen, die die SPD-Regierung ursprünglich der Allende-Regierung zugesagt hatte, die aber wegen angeblicher „Schwierigkeiten“ bislang nicht geschickt wurde, soll nun noch bis Ende Oktober an die Militärjunta verschifft werden.

„Wahl“ gestellt. – Die Beschäftigten hatten also allenfalls die Möglichkeit, die vom Kapitalisten ausgewählten Leute abzulehnen, konnten aber nicht selbst Kandidaten aufstellen.

Lehnte die Mehrheit der Beschäftigten die Liste ab, so trat der faschistische Staat in Aktion: er berief dann die „Vertrauensleute“, wobei natürlich oft dieselben Leute vom Staat „berufen“ wurden, die eben erst von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes abgelehnt worden waren. Dem Staat war außerdem das Recht vorbehalten, „Vertrauensmänner“ wegen „sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit“ abzuberufen, wenn diese nicht wunschgemäß arbeiteten, sondern trotz des Auswahlverfahrens noch zu sehr für die Interessen der Kollegen eintraten.

Die „Vertrauensmänner“ waren ähnlich zu wählen. Es beweist die Stärke der Ablehnung des Faschismus durch die werktätigen Massen, daß trotz des herrschenden Terrors und der Knebelung durch den faschistischen Arbeitsgesetz die „Vertrauensmänner“-Wahlen 1934 und 1935 zu Niederlagen für die Faschisten wurden. Daher fanden seit 1935 keine Wahlen mehr statt.

nom“ davon sein. Dies kann aber natürlich niemals ein dauerhafter Zustand sein, sondern kennzeichnet das Stadium einer „Doppelherrschaft“, wie sie beispielsweise in Rußland für wenige Zeit vor der sozialistischen Revolution bestand. Dieser Zustand drängt entweder zum Zerbrechen des bürgerlichen Staates durch die organisierte Arbeiterklasse, oder umgekehrt zum (vorläufigen) Zerbrechen der Räteorganisation durch den bürgerlichen Staat. In Rußland konnte unter der Führung der Bolschewiki, die das russische Proletariat in jahrelanger Arbeit auf die bewaffnete Revolution vorbereitet und organisiert hatten, das erstere erreicht werden: der Sturz der Bourgeoisie. In Chile hat nach unserer Einschätzung dieses Stadium der „Doppelherrschaft“ unter der Allende-Regierung noch kaum existiert; und die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur, die einen (vorläufigen) Sieg der Bourgeoisie darstellt, wird die Ansätze der Räteorganisation zunächst wieder zurückwerfen und eventuelle sogar vorläufig ganz zerstören.

Auch die Einheit der Arbeiterklasse, die nach Ortega die „Natur Reichhold-Kollegen in den Vordergrund zu rücken. In den Diskussionen mit den Kollegen muß immer wieder der Gesamtzusammenhang (Wohin soll die Reise gehen? Faschisierung von Staat und Gesellschaft ...) dieser kapitalistischen Politik klar gemacht werden.

Was aber tun, wenn die „Betriebslichen Vertrauensleute“ eingeführt worden sind?

und die Befreiungskämpfe der indochinesischen Völker und in anderen Teilen der Welt zeigen darüber hinaus, daß dies ein langer Kampf ist, der zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen mit unterschiedlichen Mitteln ausgefochten wird, und der über viele Rückschläge (und auch Erfolge) geht, bis er den endgültigen Sieg erringt.

In Chile hat die revolutionäre Bewegung durch die Errichtung der faschistischen Militärjunta eine vorläufige Niederlage erlitten, die das Blut vieler Tausender von proletarischen Kämpfern kostete. Aber das chilenische Volk wird weiterkämpfen, und die vorläufige Niederlage wird – auch wenn sie den Kampf gegenwärtig unter die schwierigsten zu setzen trifft und die ohnehin schon bestehende Gefahr der Resignation der besten Kollagen verstärkt.

Es kommt also – neben der formalen Selbständigkeit der Gewerkschafter in einem BVK (also eigene Sitzungen, Leitung, Zeitung usw.), deren Wichtigkeit nicht zu unterschätzen ist – die geradezu die Voraussetzung für eine freie gewerkschaftliche Arbeit ist, auch und vor allem auf die politische Klarheit in der Gewerkschaftsführung über die politischen Ziele der Kapitalistenklasse, über die grundsätzliche Funktion der Gewerkschaftsführung als Agentur der Arbeiterklasse innerhalb der Arbeiterklasse und über die Rolle der Sozialdemokratischen Ideologie an.

Betriebszelle Reichhold des KB Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf
Herausgeber – Druck – Verlag,
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35.

verantwortl. Redaktions: Kai Ehlers,
Auflage 15.000, Erscheinungswort:
monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg.
Verlagskonten: Dresdener Bank, Kto.
Nr. 451 8378 J. Reents, Postcheck-
konto Hamburg Nr. 340 595
J. Reents

entgegengetreten und das Volk dazu aufzufordern, den Kampf fortzusetzen. Dieser Kampf müsse mit einer „elastischen Taktik“ geführt werden, im Aufbau von Widerstandszentren in den Betrieben und auf dem Land, in Kommandoaktionen kleiner Gruppen. Eine „frontale Aktion“ würde in der jetzigen Situation nur dazu führen, daß die schlechter aus-

vierteln und auf dem Land beteiligt, die die „Keimform der Volksmacht“ darstellen sollen: die Cordones Industriales (Arbeiterräte in den Industriezweigen), die Consejos Campesinos (Bauernräte) und die Comandos Comunales de Trabajadores (Bauernorganisationen in den Wohnvierteln). Diese Organisationen existieren im wesentlichen seit dem

Fort. Militärputsch

die Bektorken geknallt haben. „Al- le Roten umbringen!“ – das ist ge- nau die Politik, auf die diese Leute auch in der BRD systematisch hin- arbeiten.

„Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt!“ hetzte „Bild“ am Morgen des 12. September, 1973, ein Verleumdungsfeld für die putzenden faschistischen Militärs. „Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Drei Jahre Marxismus sind ihr ge- nug.“

Und mit brutalem Zynismus: „Vor Nachahmung wird daher ge- warn!“ !!

Die Logik der Faschisten ist ein- deutig: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin be- steht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann.“ – Nein, das stand nicht in der „Bild“, sondern das sagte Hitler 1926 in einer Rede vor Hamburger Kapitalisten im Hotel „Atlantico“.

Hitler, Springer und die chile- nischen Putschisten: sie reden von der „Zerschlagung des Marxismus“, und sie meinen den faschistischen Terror gegen die werktätigen Massen.

Diese Haltung wird zweifellos von einem großen Teil der west- deutschen Bourgeoisie geteilt. Es ist doch bezeichnend, wenn Politiker der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den Möp- schen Querten der Herren Solche- nikyn und Sacharow (die in der

der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den Möp- schen Querten der Herren Solche- nikyn und Sacharow (die in der Sowjetunion unbezahlt als wohl- habende Bürger leben), und sich dann noch darüber beklagen, daß Bundeskanzler Brandt überhaupt ein paar klägliche „kritische“ Worte zu den Vorgängen in Chile gefunden hat.

Die BRD ist allerdings (noch) nicht Chile, wie sich die bürgerlich- liberale „Frankfurter Rundschau“ festzusetzen beliebt. Aber jeder Ge- nosse, jeder Arbeiter muß wissen und sich immer wieder vor Augen halten, daß die westdeutsche Bour- geoisie den militärischen Sturz einer demokratisch gewählten „marxisti- schen“ Regierung, die Entfesselung eines Bürgerkriegs und den tausend- fachen Mord an den Arbeitern und Bauern für eine akzeptable Maßnah- me hält. Diese Leute sind unsere Todfeinde.

Konterrevolution in Chile – ein bürgerlicher Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformisten aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem“, „le- galen“, parlamentarischen Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweisgrund die Vertreter des „über- holtten Dogmas“ vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel vom Faschismus und Reaktion in einem Meer von Blut ertränkt wird. Nicht zufällig heissen sich jetzt sozialdemokrati- sche und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kom- mentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist“.

Der stellvertretende Chefredak- teur der „Hamburger Morgenpost“ (SPD), Simon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungsreuen Chile ist es wohl kaum anzunehmen, daß Mar- xisten in anderen Entwicklungslän- dern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden wie Allende. Viele von ihnen wer- den sich gewiß wieder der vermeint- lichen (!) Alternative Volksbefrei-ungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen.“

Die synchrone Logik dieses Spezial- demokraten ist: auf dem parlamen- tarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Schein- alternative“, wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber“ nicht fehlen darf. Also soll die Ar- beiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Ver- sprechungen der SPD auf kommen-

Im Hintergrund immer der US-Imperialismus

Militärputsch und Militärdiktatur sind „gewöhnliche“ Waffen der Ka- pitalisten und der Reaktion, um die von den Werktätigen gewonnenen Positionen zurückzuerobieren, um sie ihrer politischen Rechte zu berau- ben und ihre wirtschaftliche Aus- beutung zu verstärken.

Hier eine unvollständige Über- sicht:



1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die ein- heimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unter- stützen.

1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die ein- heimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unter- stützen.

1953 wurde der Ministerprä- sident des Iran, Mossadegh, durch einen vom CIA organisierten und finanzierten Putsch gestürzt. Er hatte gewagt, das iranische Erdöl verstaatlichen zu lassen. Nach dem Sturz Mossadeghs wurden zahlreiche Mitglieder seiner Regierung hinge- richtet oder zu Tode gequält. Hun- derte von Anhängern Mossadeghs und Kommunisten wurden ermord- et oder eingekerkert.

1954 wurde der Präsident Guatemalas, Arbenz Guzman, gestürzt. Vom US-Imperialismus or- ganisierte Söldnergruppen waren vom benachbarten Honduras aus nach Guatemala eingefallen. Die „Schuld“ Guzmans war es, daß er u.a. den Grundbesitz der mächtigen United Fruit Co. nationalisieren ließ.

1961 fielen 1500 Konterre- volutionäre von Nikaragua aus nach Kuba ein. Ihre Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung hatte der US-Imperialismus besorgt. Das kubanische Volk schlug den An- griff zurück.

1964 wurde der brasilianische Präsident Goulart durch re- aktionäre Militärs gestürzt. Auch er hatte die Interessen des US- Kapitals angeziet und außerdem eine Bodenreform vorbereitet. Bra- silien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika

eine „Schlüsselstellung“ ein und ist heute das stärkste Bollwerk der Konterrevolution auf dem Konti- nent.

1964 wurden 42 000 US-Sol- daten gegen die Dominikani- sche Republik eingesetzt. In diesem Land hatten 1963 reaktionäre Mil- itärs den Präsidenten Juan Bosch gestürzt. Als sich 1964 eine Rück-

kehr Boschs an die Regierung ab- zeichnete, griff der US-Imperialis- mus ein und zerschlug im Bund mit der einheimischen Reaktion den bewaffneten Widerstand des Volkes.

1965 stürzten Militärs in Indo- nesien unter Mitwirkung des US-Imperialismus die Regierung Sukarnos, der eine anti-imperiali- stische Außenpolitik betrieben hat- te, und errichteten eine faschistische Terrorherrschaft. Zehntausende wur- den umgebracht – Schätzungen sprachen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors! Mindestens ebensoviel Gegner des Regimes wur- den in „Konzentrationslager“ und Gefängnissen eingekerkert.

1966 wurde der Präsident von Ghana, Nkrumah, von reaktio- nären Militärs gestürzt. Er hatte eine Außenpolitik des Anti-Imperialis- mus und der Freundschaft zur Volksrepublik China und der So- wjetunion betrieben.

1967 wurde in Griechenland – mit Unterstützung des US- Imperialismus – eine faschistische Militärdiktatur errichtet. Tausende wurden verhaftet und auf den be- rechtigten KZ-Inseln gefangen ge- halten. Der Putsch hatte zum Ziel, die Abhaltung freier Wahlen, von denen US-Imperialismus und grie- chische Reaktion ein ungünstiges Ergebnis befürchteten, zu verhin- dern. Der Putsch erfolgte nach

Plänen, die im Rahmen der NATO ausgearbeitet worden waren.

1970 organisierte der US- Imperialismus einen Militär- putsch in Kambodscha, um die Re- gierung Sihanouk zu stürzen und eine rechtgerichtete, pro-imperiali- stische Regierung einzusetzen. Da- bei ging es für die US-Regierung in erster Linie darum, für ihre im- perialistische Kriegspolitik in Indo- china bessere Voraussetzungen zu schaffen und Kambodscha in ein Aufmarsch-Feld der US-Armee zu verwandeln. – Seit dem Putsch hal- sich der Volksbefreiungskrieg in Kambodscha soweit entwickelt, daß große Teile bereits befreit sind und der Sieg über die Militärdiktatur nahe ist.

1971 stürzten putschende Mi- litärs in Bolivien die Regierung des Präsidenten Torres. Diese hatte – wenn auch sehr zaghaft und halb- herzig – begonnen, die Privilegien der US-Konzerne in Bolivien abru- bauen und den Arbeitern und Bau- ern mehr Rechte zuzugestehen. Der bewaffnete Widerstand der bolivi- a-



Schon 1970 wurden jährlich 3500 lateinamerikanische Offiziere und Unteroffiziere in der Land- und Kanalzone von US-Militärs für Bür- gerkrieg und Guerilla-Bekämpfung ausgebildet. („Spiegel“, 38/70)

nischen Werktätigen, mit den Berg- leuten an der Spitze, gegen den Putsch wurde brutal unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Oberst Banzer errichtet.

Seit Anfang dieses Jahres ging auch in Uruguay die Macht schrittweise von der ohnehin re- aktionären Regierung Bordaberry an rechtgerichtete Militärs über. Das führte schließlich zur Auflö- sung des Parlaments und zum Ver- bot der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Die Gewerk- schaftsführer wurden verhaftet – soweit sie nicht „untersuchen“ konnten – der finanzielle Besitz der Gewerkschaften und der Ar- beiterparteien beschlagnahmt, Büros und Gewerkschaftshäuser besetzt. ■

missus folgen. Die verheerende Rolle dieser Leute wird gerade an chilenischen Beispielen wieder beson- ders sichtbar. Solange sie es schaf- fen, die Arbeiter mit dem „parla- mentarischen Weg zum Sozialismus“ irrezuführen, sind grauenvolle Ka- tastrophen, tiefgehende Niederla- gen der Arbeiterbewegung unver- meidlich.

Lenin „nicht mehr zeitgemäß“?

Der moderne Revisionismus ver- sucht zu begründen, daß die lenini- stische Theorie der bewaffneten Re- volution heute bereits „überholt“ sei und sich heute ganz neue Per- spektiven für die gesellschaftliche Entwicklung eröffneten. Die Gründe dafür sind zum Teil außerordentlich kennzeichnend:

Die DKP Hamburg argumentiert z.B. in einem speziellen Schulungs- papier für Funktionäre gegen den KB, daß in der BRD ja erstens die proletarische Revolution verbö- t e n und deshalb jede Kritik am „parlamentarischen Weg“ eine „Pro- vokation“ sei und zweitens ein Bür- gerkrieg in der BRD mit großer Wahr- scheinlichkeit einen atomaren Welt- krieg auslösen würde.

Allgemein wird von den Revi- sionisten betont, daß ein Bürger- krieg doch mit großen Opfern für die Arbeiterklasse verbunden ist. Das ist nicht zu leugnen. Das chile- nische Beispiel zeigt aber, daß die Arbeiterklasse gerade auf dem Weg des Legalismus und Parlamentaris- mus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen be- kommt.

des Legalismus und Parlamentaris- mus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen be- kommt.

Gerade in den kapitalistischen Staaten schreckt die Arbeiterklasse aufgrund ihrer ganzen Lebenslage sehr stark vor einem Bürgerkrieg zurück, solange jedenfalls der Ka- pitalismus noch imstande ist, den Werktätigen ein halbwegs erträgli- ches Leben zu gestatten. Hier fällt es deshalb den Revisionisten beson- ders leicht, ihre Illusionen vom „parlamentarischen Weg“ zu ver- breiten.

Nimmt man einen „gewöhnli- chen“ kapitalistischen Staat, wo die Gewerkschaften und „Arbeiterpar- teien“ ihre Rechte haben, wo kom- munistische Zeitungen erscheinen dürfen, wo Rede-Freiheit, Demon- strations-Freiheit etc. relativ weit- gehend eingeräumt wird, dann scheint es in der Tat gar nicht recht „in die politische Landschaft“ zu passen, eine beherrschte revolution- äre Propaganda zu entfalten und die parlamentarischen Illusionen zu zerpfücken, statt ihnen selbst zu bröckeln.

Sehen wir aber das andere Ge- sicht, das ein „gewöhnlicher“ kapita- listischer Staat offenbart, sobald die Ausbeuter-Herrschaft ins Wä- keln kommt. Dann werden die de- mokratischen Rechte weggewischt und der offene faschistische Terror regiert.

Es gibt keinen Grund, warum das heute anders sein sollte. Hinter dem „modernen“ Gesicht des Kapitalismus steckt wie eh und je die unverhüllte Barbarei und Men- schenverachtung, die „über Leichen geht“, wenn der Profit es erfor- dert.

Der „chilenische Weg“

Lateinamerika ist ein Kontinent, wo die Frage des bewaffneten Kampfes immer wieder auf der Tagesordnung steht.

Die Unidad Popular vertrat jedoch die Ansicht, daß Chile in dieser Frage eine Ausnahme bildet.

Ein wesentliches Schein-Argu- ment war dabei, daß Chile eben „traditionell demokratisch“ ist. So sagte Präsident Allende in einem Interview mit der italienischen Zeit- ung „Corriere della Sera“ (13.6.72):

„... Das ist auch deshalb mög- lich, weil Chile Merkmale hat, die sich von anderen Ländern un- terscheiden. Worin bestehen diese Unterschiede? In den tiefgehenden Wurzeln seiner institutionellen Sta- bilität. Das chilenische Parlament hat 120 Jahre ununterbrochen ge- arbeitet. Nur zwei Staaten haben eine längere legislative Gewalt: die



Forts. Militärputsch

Vereinigten Staaten und England. Das scheint mir ein wichtiges Merkmal zu sein."

Es ist nicht auszuschließen, daß Allende selbst der Illusion erlag, als ob der bürgerliche Staat Chiles wegen seiner "traditionellen" Demokratie etwas anderes als ein gewöhnlicher bürgerlicher Staat sei. Jedenfalls hat diese von der UP verbreitete Illusion den Kampf des chilenischen Volkes geschwächt und desorientiert.

Zur Illusion über den bürgerlichen Staat allgemein kam die Illusion über die Rolle der chilenischen Armee in dem genannten Interview:

"Den anderen Unterschied sehe ich in den Streitkräften, den Carabinieri (?) und der Polizei, die rein chilenische Qualität haben, in einer Welt, wo es Militäregierungen im Überfluß gibt. Mit großer Befriedigung kann ich sagen, daß unsere Streitkräfte professionell und technisch effizient sind, und vor allem, daß sie den an den Wahlen ausgedrückten Willen zu respektieren wissen."

Im selben Interview wendet sich Allende ausdrücklich gegen die "linksterroristischen" Gruppen wie die MIR, die seine Auffassungen kritisierten. Allende sagte dazu:

"Sie dürfen nicht vergessen, daß die Polizei heute ein Organ ihrer Regierung ist, der Arbeiterregierung, einer Regierung, die weiterhin den Weg der Legalität geht."

Das waren nicht allein die Illusionen Allendes. Die "KP" Chiles hatte schon auf ihrem XIV. Parteitag 1969 verkündet, sie sei "nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee". Die "KP" Chiles verkündete auch solche Auffassungen, daß die Armee Chiles "im Unabhängigkeitskrieg geboren" sei, daß ihre Basis "aus armen sozialen Schichten" kommt etc., was zu demonstrieren, daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf."

Die Illusion, die Armee nicht dogmatisch herangehen darf."

Es zeigt sich, daß die UP vor dem Hintergrund angeblicher "besonderer chilenischer Bedingungen" die leninistische Theorie von Staat und Revolution fallen ließ und eigene, ganz neue und ganz und gar unleninistische Theorien aufbaute.

Deshalb ist Allende für uns auch kein "Held", zu dem ihn jetzt die Revisionisten hochstilieren wollen. Zweifelslos ist sein Tod – ob er nun Selbstmord beging oder im Kampf fiel – tragisch und verdient Respekt. Wir können darüber jedoch nicht die Rolle übersehen, die Menschen wie Allende objektiv in der Arbeiterbewegung spielen, nämlich die Arbeiterbewegung in die Irre zu führen und Niedertagen zu organisieren.

Die Helden Chiles, das sind die Arbeiter und Bauern, die jetzt unter denkbar ungünstigen Bedingungen und schwersten Opfern den Kampf aufgenommen haben.

Der „parlamentarische Weg“ – Selbstmord der Arbeiterbewegung

Die legalistische Theorie der UP läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Chile ist ein traditionell demokratisches Land. Die UP wird im Rahmen der Demokratie und Legalität bleiben. Da die Armee auch traditionell demokratisch ist, bestehen gute Aussichten, auf diesem Weg schließlich ohne einen Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Falls es aber nicht so sein sollte, d.h. falls etwa die Armee einen Staatsstreich macht, so wird das Volk den Putsch niederschlagen.

Das bedeutet faktisch, der Bourgeoisie das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es bleibt der Bourgeoisie überlassen, den "ersten Schlag" gegen die UP-Regierung und die Werktätigen zu führen. Dieser "erste Schlag" jedoch fällt so aus, daß er die Arbeiterbewegung sogleich mit großer Härte trifft, was ihrer Führung beraubt, sie unter ungünstigen Bedingungen trifft. Die Folge ist, daß das Volk entweder zunächst eine Niederlage erleidet, oder daß es nur unter unglaublichen Opfern und Schwierigkeiten die Konterrevolution niederschlagen vermag.

Die Arbeiterbewegung hat also so lange die „demokratischen Spielregeln“ zu achten, bis die Bourgeoisie selbst diese „Spielregeln“ bricht und den Bürgerkrieg entfesselt. Das ist eine Theorie, die für die Arbeiterbewegung sehr kontingent ist. Diese Theorie ist ihrer Wirkung nach abenteuerrisch und selbstmörderisch.

In Chile hieß das, daß im Namen der „traditionellen Demokratie“ die bürgerliche Armee nicht angetastet wurde und die Bewaffnung der Arbeiterklasse unterließ, daß nicht entschieden gegen die faschistischen Organisationen und Verbände geschlagen wurde, daß die Wirtschaftsabotage reaktionärer Kleinbürger nicht entschlossen gebrochen wurde.

In Würdigung der Pariser Kommune von 1871 schrieb Lenin:

„Der zweite Fehler war der übermäßige Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt denen über Kommissare zu sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg außer acht, und statt seinem Parier Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versäuer Regierung Zeit, die finsternen Mächte zu sammeln.“ (Lenin, Die Lehren der Kommune, März 1908).

Denken wir immer daran: die Bourgeoisie, und sei sie noch so „zivilisiert“ und „modern“, hat keine Skrupel, tausende von Arbeitern abschachten zu lassen, wenn es um

Forts. Seite 24

Woher kam das „wirtschaftliche Chaos“?

Die bürgerliche Presse hat immer behauptet, daß die „sozialistische“ Politik der Allende-Regierung Chile ins „wirtschaftliche Chaos“ geführt hätte. Die Tatsachen sind genau umgekehrt: Das „wirtschaftliche Chaos“ wurde von der in- und ausländischen Bourgeoisie herbeigeführt, um das Vertrauen der Arbeiter in den Sozialismus zu zerstören und den Sturz der Unidad Popular vorzubereiten.

Der nachfolgende Text wurde bereits vor einiger Zeit von uns als Teil eines größeren Artikel-Entwurfs geschrieben, der damals aber nicht veröffentlicht wurde.

Es genügt, die Zeit, in der ersten Phase der Allende-Regierung bis spätestens zur ersten Hälfte 1972, konnten die Führer der Unidad Popular auf tatsächliche Anfangserfolge ihrer Politik verweisen: Während das Bruttonationalprodukt 1970 im letzten Jahr der christdemokratischen Frei-Regierung nur ein Wachstum von knapp 2,5 % verzeichnete und auch in den drei Jahren zuvor nicht höher als 2,7 % kletterte, erreichte es 1971 im ersten Jahr der UP-Regierung eine Rate von 8,5 %. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1970 nur um knapp 0,8 %. 1971 erreichte die Steigerung der Industrieproduktion erstmals seit zehn Jahren wieder 12,5 %. Auch im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion

wieder 12,5 %. Auch im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion noch um 12,7 % größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit konnte von 8,3 % im November 1970 auf 3,7 % im Juni 1972 gesenkt werden. Die Inflationsrate fiel um 34,9 % im Jahr 1970 auf 22,7 % 1971. Gleichzeitig stieg das Realeinkommen der Werktätigen um 20 % und ihr Konsum um 13 %. Der Anteil der Wertarbeitseinkommen am Bruttonationalprodukt stieg damit von 51% (1970) auf 60% (1971).

Spürbare Verbesserungen wurden auch in anderen Sektoren erzielt, wie der Gesundheitsfürsorge, der Bekämpfung des Analphabetismus und der allgemeinen und kulturellen Bildung, der Wohnungssituation usw. Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden beispielsweise 50.000 neue Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 12.000 im Jahr 1970 unter dem christdemokratischen Regime. Nach wie vor erhalten alle Kleinkinder kostenlos 1/2 Liter Milch täglich. Und im August 1972 feierte die Unidad Popular das Ende der Latifundienherrschaft in Chile. (Alle Zahlen nach: E. Boris/H. Haustein, Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile, Blätter für deutsche und internationale Politik 1973; und: L. Corvalan, Zwei Jahre danach: Was geht in Chile vor?, Probleme des Friedens und des Sozialismus 11-1972).

Diese Anfangserfolge wurden aber im zweiten Jahr der Allende-Regierung mehr und mehr von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überlagert, als sich die Auswirkungen der Obstruktions- und Sabotagepolitik der in- und ausländischen Konterrevolution durchzusetzen begannen. Besonders offensichtlich wurde dies an der zunehmenden Knappheit vor allem der kurzfristigen Konsumgüter und Lebensmitteln und der wieder enorm ansteigenden Inflation. Die internationale bürgerliche Presse schaltete dies wieder als „Beweis“ dafür aus, daß „die sozialistische Politik der Allende-Regierung ins wirtschaftliche Chaos führt“. Aber wie steht es tatsächlich damit? Was sind die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile?

Die Unidad Popular hat die Regierungsgeschäfte in einer Zeit über-

Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates

„Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengesetzt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine nur vervollkommen, sie nur aus der Hand der einen Partei in die einer anderen Partei übertragen.“

Das Proletariat aber muß, wenn es die Brunnenschäufel der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese „fertige“ Staatsmaschine, um

mit Marx auszusprechen, „zerbrechen“ und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem Volk auf den revolutionären Marschbewegungen des Volkes eins sind. Das Proletariat muß den Weg gehen, den die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolution 1905 gelehrt haben, muß es lernen, ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie selber unmittelbar die Organe der Staatsmacht übernehmen, es ist die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.“ („Über die proletarische Miliz“, März 1917)

sofort ein anderer US-Konzern, die „Andes Copper Mining“, die nach gleichem Muster 171,3 Mio. Dollar einklangte. Die „Kennecott Copper Corporation“ wiederum versuchte per Gerichtsbeschluß zu erreichen, daß Schiffsladungen von chinesischem Kupfer nach Frankreich und in die Bundesrepublik beschlagnahmt werden, was jedoch wegen gemeinsamer Boykottandrohung der kupferexportierenden Länder Chile, Sambia, Zaire und Peru nicht gelang. Für die internationale reaktionäre Presse ist es natürlich nur „gerecht“, wenn die US-Kupferkonzerne der Enteignung „ihrer“ chilenischen Minen durch Raub und Plünderungen begegnen, wobei ebenso natürlich der „kleine Unterschied“ verschwiegen oder verdrängt wird, daß Chile mit der Nationalisierung der Kupferminen nur das unter seine Kontrolle bringt, was dem eigenen Land gehört und was die US-Konzerne seit Generationen widerrechtlich sich angeeignet und zu ihrem privaten Nutzen ausgeplündert haben.

Von Spekulationen und Preisdiskussionen.

Von Spekulationen und Preisdiskussionen auf dem Weltmarkt, über Kreditboykottierungen bis hin zum offenen wirtschaftlichen Raub – das alles sind Hebel der ökonomischen Macht des Imperialismus, mit denen er die chilenische Wirtschaft in tiefe Krisen treibt. Zum anderen geht die gegenwärtige Krise aber auf das Konto der inländischen Konterrevolution, die sich ebenfalls vielfältiger Mittel offener und verdeckter Sabotage bedient: von der Schaffung von Versorgungsstellen durch Warenhortung (und dem Ausblenden des Schwarzmarkts), über den Schmuggel rarer Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), bis hin zur Zerstörung von Produktionsanlagen, die die Arbeiter in ihren Besitz genommen haben.

In dem schon erwähnten Aufsatz von E. Boris und H. Haustein wird aus einem unveröffentlichten Manuskript aus Santiago zitiert, das ein einfaches Schema der Schaffung von Versorgungsstellen beschreibt: „Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird ... durchschlagender Erfolg: alles selbst in den nächstliegenden Läden, um so viel wie möglich von der betreffenden Ware zu erhalten, und der Versorgungsengpaß tritt wie angekündigt ein. Gleichzeitig dienen Kleinanzeigen in den Rechtsblättern als Schaltstelle für den Schwarzmarkt ...“

Gleichfalls wird in diesem Aufsatz ein Autobändler aus Chile zitiert, der offen erklärte: „Ich habe praktisch noch alles auf Lager. Aber ich verkaufe nur gegen doppelten Preis. Und je mehr man die Sachen zurückhält, desto besser werden die Preise.“

Die Regierung hat diese Entwicklung u.a. auch dadurch entgegenzuwirken versucht, daß sie erstmals im August 1972 die offiziell festgelegten Preise für eine ganze Reihe von Gütern dem Schwarzmarktpreis anließ. Nachdem die Inflation im ersten Jahr der Allende-Regierung auf 22,7 % heruntergedrückt worden konnte, betrug sie im Zeitraum Januar bis August 1972 nach Angaben von Corvalan wieder

62,5 %. In der bürgerlichen Presse ist inzwischen die Rede von einer noch weit höheren Inflationsrate, wobei dies aber für uns nicht nachprüfbar ist. Für die Werktätigen wurden gleichzeitig wieder die Löhne erhöht (kürzlich berichteten bürgerliche Zeitungen von einer Erhöhung um 100 %), aber es ist offensichtlich, daß sich das Problem auf diese Weise, nämlich mit kapitalistischem Lohn-Friede-Politik, nicht lösen läßt.

Solange sich die Allende-Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik im „legalen“ Rahmen der bürgerlichen Gesetze hält, wird die von der in- und ausländischen Konterrevolution angelegten Fesseln nicht sprengen können. Insofern ist auch die Politik der Unidad Popular ein Faktor, der für die wirtschaftlichen „Schwierigkeiten“ des Landes mitverantwortlich ist. Dies zeigt sich beispielsweise an der Agrarreform. Die Beseitigung der Latifundienherrschaft“ konnte bislang nicht zu einer wesentlichen Steigerung der bebauten Landwirtschaft führen. Hier liegen zum-

Steigerung der bebauten Landwirtschaftlichen Fläche führen. Hier liegen zum einen objektive Faktoren zugrunde, die keine kurzfristigen Erfolge erwarten lassen, nämlich vor allem die Tatsache, daß das Landproletariat sich seine Erfahrungen zur selbständigen Landwirtschaftsführung überhaupt noch mühen arbeiten muß. ... Derartige Schwierigkeiten treten notwendigerweise immer auf, wenn die bisherige Ordnung umgewandelt wird.

Nun kommt die Flucht von industriellen und agrarischen Fachkräften aus dem Kleinbürgertum und die Sabotage der alten Großgrundbesitzer, wozu wir bereits als ein Beispiel den Viehsmuggel außer Landes erwähnten. Um diese Schwierigkeiten möglichst schnell zu überwinden, reicht es nicht aus, die Arbeiter (das gilt auch für den Industriearbeiter) zu größerer Produktion anzuapornen, wie es die Hauptmethode der Unidad Popular ist. Zum einen ist eine intensive und energiegelade Ausbildung der Arbeiter nötig, d.h. die allgemeine Ausbildung und die Heranziehung von wissenschaftlichen Fachkräften aus der Arbeiterklasse selbst. Es gibt einige Hinweise, daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ohne daß eine gegenwärtig nähere Angaben dazu vorliegen.

Zum anderen aber wäre es die Aufgabe der Unidad Popular, sich vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsmittel in die Hände der Landarbeiter zu überführen und gegen jede Art von Sabotage der Konterrevolution energisch vorzugehen und die Arbeiter dagegen zu mobilisieren. Hier genau liegt aber die selbstgesetzte Grenze des „legalen Weges“ der Unidad Popular. Bei der Agrarreform stützt sie sich auf ein Gesetz, das schon unter der christdemokratischen Frei-Regierung verabschiedet wurde, dort aber nur in der Schulbuch verstaubte. Dieses Gesetz sieht, wohl die Enteignung des Bodens der Latifundisten vor, nicht aber die Enteignung der Gebäude und Produktionsmittel. Die Allende-Regierung hält sich daran – mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter über unzureichende technische Ausrüstungen verfügen, obwohl bessere vorhanden sind. Und es ist auch klar, daß es auf diese Weise kurzfristig zu Produktionsminderungen kommen muß.

Alfred Teves GmbH



Alle Tage elender!

Die Alfred Teves GmbH (ATE) ist der größte Bremsenhersteller Europas. Dertzeit werden 12 300 Kollegen in zehn Werken, davon je eines in Belgien, Südafrika und Brasilien, beschäftigt. Im Frankfurter Hauptwerk, mit dem sich dieser Artikel beschäftigt, arbeiten knapp 3000 Menschen, davon ca. 48% Angestellte und Techniker.

Neben allen in der BRD hergestellten PKWs werden viele LKWs und einige ausländische Fabrikate sowie der Panzer Leopard mit ATE-Bremsen ausgerüstet. Von 1960 bis 1966 erhöhte sich der Umsatz um fast 90%, während die Belegschaft um 47% zunahm. In der Krise 1966/67, in der der Umsatzrückgang der Automobilindustrie ca. 20% betrug, lag bei ATE der Umsatz nur um 3% zurück, die Belegschaft dagegen um 30%. Im selben Jahr, also 1967, wurde die Alfred Teves GmbH vom berichtigten ITT-Konzern aufgekauft. Da sich zu dieser Zeit die Automobilindustrie auf Scheibenbremsen umstellte und ATE die Patente dafür hatte, wurde mit Hilfe des US-Kapitals der ITT-Aktionäre eine Monopolstellung auf dem europäischen Markt erobert. Daß ATE „das Juwel unter den ITT-Gesellschaften“ (so die „Frankfurter Rundschau“) werden konnte, liegt aber vor allem an der schon unter Alfred Teves (dem Firmengründer) eingeleiteten und dann unter ITT-Regie verstärkten Rationalisierung. So stieg der Umsatz von 1967 bis 1971 von 301 auf 800 Mill. DM. Das sind 166 %. Im gleichen Zeitraum wurde allerdings die Belegschaft um nur 100 % erhöht!

Seit Anfang 1972 steuert die ATE-Kapitalisten einen noch härteren Kurs, um auf dem Rücken der Kollegen weitere umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, damit sie im verstärkten Konkurrenzkampf, der einsetzen wird, wenn Mitte 1973 die Patente ablaufen, weiter ihre europäische Spitzenstellung halten können. Vor allem die Frankfurter Kollegen haben sich gegen diese verstärkte Ausbeutung u. a. durch mehrere Streiks zur Wehr gesetzt.

In diesem Artikel wird versucht, den Verlauf dieser Kämpfe und die Ursachen der vorläufigen Niederlage der Kollegen darzustellen.

Nach einer Zeit der relativ ruhigen und stetigen Aufwärtsentwicklung der Produktion starteten die ATE-Kapitalisten Mitte der 60er Jahre, also als die erste größere Wirtschaftskrise nach dem Krieg zu erwarten war, den ersten verstärkten Angriff auf die Frankfurter Kollegen.

Durch die Verlegung der Gießerei in Lindliches Gebiet (niedrige Löhne) waren die Arbeitsplätze von 150 bis 200 Kollegen, vorwiegend Spanier, in Gefahr. Daraufhin traten die ausländischen Kollegen dieser Abteilung in den Streik. Der Geschäftsführung gelang es, die deutschen Gießereiarbeiter von ihren

In dem Maße, in dem die KPD/ML die Illusionen der Kollegen über die Gruppe zerstörte, förderte sie auch die Resignation vor allem bei einigen fortschrittlichen Kollegen, die durch die Abwegligkeit des BR sowieso schon vorhanden war (Ob die oder die – alle machen Scheiße). Von Bach & Co. wurde die Erfahrung der Kollegen mit der KPD/ML ausgenutzt, um gegen die Kommunisten* Stimmung zu machen.

Nach dem missigen 7,5 %-Abschluß in der Tarifrunde 71/72 hatte sich bei den meisten Kollegen ein Gefühl der Niederlage und Resignation breit gemacht. Diese Situation nutzten die Teves-Kapitalisten aus, um ihre Angriffe auf die Lebensbedingungen der Kollegen weiter zu ver-

stärken. Zwischen den Jahren wurde die Streichung der 15-prozentigen Frühschichtzulage und andere Lohnkürzungen angekündigt. Zudem sollten die Akkordzeiten an den Blinden neu aufgenommen werden. Diese Maßnahmen wurden mit einer angeblichen „schlechten wirtschaftlichen Lage“ begründet, was angesichts der Umsatzsteigerung von 301 auf 800 Mill. DM in den Jahren 1967-71 der eisse Hohn war.

Tatsächlich sind diese Angriffe schon als vorbereitende Maßnahmen auf einen verstärkten Konkurrenzkampf zu werten, mit dem die ATE-Kapitalisten aufgrund des Ablaufs ihrer Patente Mitte 1973 zu rechnen hatten. Ab diesem Zeitpunkt ist ihre Monopolstellung auf dem Bremsenmarkt vor allem aufgrund starker englischer und französischer Konkurrenz, die vermittelst niedriger Löhne billiger produzieren können, in Gefahr.

Der Januar-Streik

Am 29. Dezember kam es in der Hydraulik zu einem ersten kurzen Streik. Als die Kollegen nach Neujahr erfuhr, daß die Streichung der Schichtzulage ab sofort gelten sollte, traten am 4. 1. die Arbeiter in der Bremse und in der Montage (zusammen ca. 300 Arbeiter) nach

der Frühstückspause in den Streik. In der Belegschaft des deutschen und ausländischen Kollegen* zählten an der Arbeit, war der Streik von einigen fortschrittlichen Kollegen und Vertrauensleuten kurzfristig organisiert worden. In der Bandmontage arbeiteten fast nur ausländische Kollegen; damals hauptsächlich Spanier und Italiener, die schon längere Zeit bei ATE waren. Da sich die Kollegen hier gut kannten und es keine wesentlichen Verständigungsschwierigkeiten gab, konnte der Streik schnell von einigen fortschrittlichen, zum Teil sogar politisch aktiven Arbeitern organisiert werden. Die Verbindung zwischen diesen beiden Abteilungen war ausgezeichnet. Als die Geschäftsführung in den Verhandlungen mit den Vertrauensleuten nicht nachgab, genügte ein kurzer Wink, und die Bländer, die zwischendurch wieder liefen, standen still. Diesmal für den Rest des Tages. Auch die Kollegen der Frühschicht am nächsten Tag weigerten sich, die Arbeit aufzunehmen. Erst als weitere Verhandlungen zugehen und bis zum 6. 1. ein konkretes Ergebnis versprochen wurde, begannen die Kollegen wieder zu arbeiten. Als am 6. 1. die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten, verließ die Frühschicht eine 3/4 Stunde vor Feierabend das Werk. Die Spätschicht führte den Streik weiter. Trotz dieser Kampfbereitschaft konnte sich die Geschäftsführung in den Verhandlungen durchsetzen. Ihr Angebot, statt einer sofortigen Streichung der Schichtzulage eine schrittweise Kürzung durchzuführen, wurde von den Vertrauensleuten vor allem wegen der Haftung des Betriebsrates angenommen.

Der von der SPD-Betriebsgruppe beherrschte BR hatte dem Rationalisierungspaket der Kapitalisten schon vor Abschluß der Tarifrunde zugestimmt. Um seine Ausweitung von „Arbeitsnehmerpolitik“ durchzusetzen, behauptete Bach demagogisch, daß die Arbeiter und besser dastehen würden als die Kollegen in allen anderen Frankfurter Betrieben, womit es ihm gelang, vor allem die weniger bewussten Vertrauensleute zu verwirren. Außerdem gelang es dem BR schon aufgrund der Mehrheit der SPD-Betriebsgruppe, im VLK, seine Absichten zu verwirklichen.

Nach dem Streik...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

ITT vor, der ebenso für seine besonders scharfen Ausbeutungsmaßnahmen wie für seine politische Aggressivität bekannt ist (siehe Kasten). Auf die „Idee“, die Kollegen gegen den Verkauf an ITT zu mobilisieren, da dieser zwangsläufig zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen mußte, kam der Herr „Arbeitnehmervertreter“, der nebenbei auch SPD-Stadtverordneter von Neulenburg war, natürlich nicht.

In den folgenden Jahren nahm die Produktion gewaltig zu. Von 1967 bis 1971 stieg der Umsatz um 166 Prozent. Allerdings nahm im gleichen Zeitraum die Belegschaft nur um 100 Prozent zu, was beweist,

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

...daß die Kollegen...

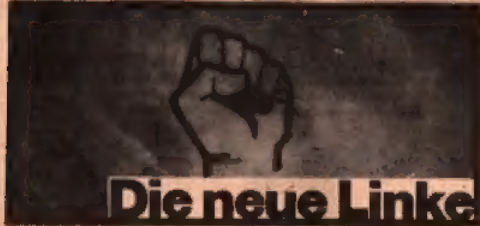
...daß die Kollegen...

Fortsetzung Ate

und mogelte mit Hilfe geschickter Zahlenmanipulationen den deut-

Die SPD-Betriebsgruppe

Die KPD-Betriebsgruppe war bis Mitte der 50er Jahre relativ stark



„Diskussionshilfe“ für die Agenten der Geschäftsleitung – Broschüren des Deutschen Industrie Instituts: „Die neue Linke“

sehen Arbeiter an die erste Stelle. Dieser sollte natürlich seinen ersten Platz behalten, aber dazu muß er bei Tariffragen „besonnen“ sein, darf er nicht „mit maßlosen Forderungen die Wirtschaft kaputt machen“ und mit Streiks „sich selber schaden“ usw. (vgl. AK 27, S. 14)

Ausbau der Werkspolizei

Der frühere Werkschutz bestand aus fünfzehn überwiegend älteren Pflörnern. Außerdem mußte jede Abteilung für „Notfälle“ einen Mann bereitstellen, der offiziell bei der „Feuerwehr“ ist, die aber mit dem Werkschutz zusammenhängt. Um die Leistungsfähigkeit dieses Systems zu prüfen und um festzustellen, wie und wo der Werkschutz ausgebaut werden muß, führten die Teves-Kapitalisten ein umfangreiches Manöver durch.

Kurz nach dem Umzug, im Rahmen der allgemeinen Hetze anlässlich der Jagd auf die Baader-Meinhof-Gruppe, ging bei Teves angeblich eine „Bombendrohung“ ein. Der Werkschutz und die Hilfskräfte aus den Abteilungen wurden alarmiert und das Werk geräumt. Natürlich wurde keine Bombe gefunden. Nun wurde ein ständiger Streifen-Dienst eingeführt, auch auf den Dächern, von wo aus die Werkschützer die Vorgänge im Werk mit Ferngläsern beobachteten. In den folgenden Wochen wurden Gepeckkontrollen durchgeführt, dies nicht nur beim Betreten, sondern auch beim Verlassen des Werks. (Damit niemand die Bombe wieder rausschmuggelt?). Als besondere Provokation wurden von einem Detektivbüro Schliger Typen angeheuert, die mit Lederjacke und offen getragenen Revolvern die Kollegen einschüchtern sollten.

Die Konsequenz aus dem Manöver und offen getragenen Revolvern die Kollegen einschüchtern sollten.

Die Konsequenz aus dem Manöver war, daß einige ältere Pflörner abgeschieden und junge Leute unter 30 Jahren neu eingestellt wurden. Diese führten unter Anleitung eines früheren Polizisten regelmäßig Schieß- und Karateübungen durch. Inzwischen wurde schon eine Hausung durch einen Kollegen durchgeführt, der verdächtigt wurde, geklaut zu haben.

(ca. 80 Mann) und genoss bei den Kollegen einiges Ansehen, was sich darin ausdrückt, daß die älteren Kollegen noch heute von dem als Kommunist gewählten BR-Vorsitzenden mit Hochachtung sprechen. Nach dem KPD-Verbot 1956 gelang es der SPD, die vorher im BR und VLK nichts zu melden hatte, diese Vertretungskörperschaften in ihre Gewalt zu bekommen. Dabei nutzte die SPD-Betriebsgruppe unter Führung des BR-Vorsitzenden Bach die von der Adenauer-Regierung entfallende Anti-Kommunisten-Hetze, um eine Politik der Klassenverschönerung durchzusetzen und um diese Ideologie in die Belegschaft zu tragen. So wurden statt Betriebsversammlungen „rauschende“ Feste mit viel Alkohol gefeiert, auf denen sich Alfred Teves höchstpersönlich als der beste Kumpel gab.

Bach hieß „Betriebsobmann“ und war an allen Rationalisierungsmaßnahmen, so z.B. an der Stilllegung der Gießerei und dem Verkauf an ITT beteiligt. Seitdem er noch Mitglied des dreiköpfigen Aufsichtsrates wurde, der für die Planung der verschärften Rationalisierungsmaßnahmen durch die Amerikaner verantwortlich war, schwand das Vertrauen der Kollegen in Bach, weniger allerdings in den gesamten SPD-beherrschten Betrieb.

Nach dem Streik gegen die Streichung der Schichtzulage im Januar 1972, der Bach schon vorher zugestimmt hatte und wo er noch die Unversämtheit besaß, die Vertrauensleute anzupöbeln, indem er sagte, daß sie mehr als die Mitgliedsbeiträge als an die Schichtzulage denken sollten, nahm der Unmut der Kollegen über Bach weiter zu. Selbst in der SPD-Betriebsgruppe machte sich Opposition gegen ihn breit.

Bei der BR-Wahl gelang es Bach nur noch mit Hilfe der IGM-Ortsverwaltung, sich aufstellen zu lassen. So wurde er dann zwar gewählt, war aber nicht mehr freigestellt. Für den Verlust dieses Postens wurde er freilich von der Geschäftsleitung entschädigt, indem er die Leitung der „Sozialstelle“ erhielt.

Da die Person, die sich am mei-

sten kompromittiert hatte, aus der ersten Reihe verschwunden war, konnte man nun, da einige Kritiker befriedigt waren, die SPD-Gruppe wieder enger zusammenschließen und versuchen, das Vertrauen der Kollegen in den BR wieder herzustellen. Da Bachs Geschicklichkeit und Trickreichtum bei den Hinhalten und Täuschungsmanövern gegenüber den Kollegen weiter benötigt wurde, wählten ihn die rechten SPD- und die DAG-Leute im BR zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, wo er seine Fähigkeiten in größerem Maßstab für die Geschäftsleitung einsetzen kann. Bach ist ein typisches Beispiel für einen Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse.

Der neue BR führte die Politik des alten weiter und versuchte, sich herauszuretten, indem er alle Kritik auf den alten Bach-BR abzuschieben versuchte. So z.B. beim Streik der Bandarbeiter im Juli 72, wo er sich auf die schon von Bach beschlossenen Vorgabezeiten berief, um nichts tun zu müssen. In Wahrheit hat die SPD-Betriebsgruppe die Solidarisierung der anderen Abteilungen verhindert, indem sie keine Vertrauensleuteversammlung einberief, wodurch der Streik isoliert blieb und zusammenbrach. Nachdem der KOMMUNISTISCHE BUND und die DKP die Kollegen über den Streik informiert hatten, rechtfertigte sich die SPD-Betriebsgruppe damit, daß es sich nur um eine Angelegenheit der Bandarbeiter gehandelt habe, mit der die anderen Kollegen nichts zu tun hätten, was beweist, daß die bewußte Solidarität der Kollegen verhindert hat.



Bach, ehem. BR-Vorsitzender, Aufsichtsratsmitglied, SPD-Stadtvorstand. Jetzt: Gesamt-BR-Vorsitzender.

Bach, ehem. BR-Vorsitzender, Aufsichtsratsmitglied, SPD-Stadtvorstand. Jetzt: Gesamt-BR-Vorsitzender und Leiter der „Sozialstelle“. Typisches Beispiel für einen Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse.

Zugleich bemüht sich die SPD-Betriebsgruppe um den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, was bei den diesjährigen Vertrauensleute-Wahlen seinen Ausdruck fand. Der von der IGM-

Ortsverwaltung eingesetzte Wahlschluß versuchte, die Wahl vor den Kollegen möglichst geheimzuhalten. So war nur an einigen „Schwarzen Brettern“ eine kurze Mitteilung zu finden. Das Resultat davon war, daß dann auch nur in zwei Abteilungen gewählt und die anderen Vertrauensleute von „oben“ bestärkt wurden.

Die Politik der SPD-Betriebsgruppe, die den BR und VLK beherrscht, hat wesentlich zur Niederlage der Kollegen in ihren Abwehrkämpfen beigetragen. Das Ergebnis dieser Niederlage, die tiefe Resignation unter den Kollegen, die u.a. ihren Ausspruch darin findet, daß selbst fortschrittliche Kollegen das Interesse an gewerkschaftlicher Arbeit verloren haben, wird durch den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und der damit verbundenen weiteren Schwächung der Kampfkraft der ATE-Kollegen noch verstärkt.

Diese Tatsache vernicht die SPD-Betriebsgruppe zu bemängeln, indem sie mit demagogischen Sprüchen behauptet, die Kollegen wollten gar nicht an der VLK-Wahl teilnehmen oder der BR sei ja nur so stark wie die Kollegen.

Die rechten SPDler versäumen es natürlich auch nicht, sich im Kampf gegen die Kommunisten hervorzutun. Bereits zu Zeiten, als die „KPD-ML“ noch bei Teves aktiv war, heuerte der damalige stellvertretende BR-Vorsitzende Ruppert drei Mann an, die einem Vertreter des „Roten Metalls“ die Zeltungen entrissen und ihm Nase und Ohr blutig schlugen. Zum 1. Mai 1973 mobilisierte der BR die Kollegen nicht etwa, damit diese für ihre Forderungen gegen die Kapitalisten und deren Staat demonstrieren, sondern gegen die sogenannten „Chaoten“. Das ging soweit, daß man die Kollegen dazu aufforderte, den „Chaoten“ endlich einmal in die Fresse zu schlagen. Diese Aufforderung hatte allerdings keinen Erfolg.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das Vorgehen des DKP(I)-Betriebsrats Schickendanz. Dieser schmeichelte sich bei den „KPD-ML“-Genossen mit Sprüchen wie „Ich bin ja auch Kommunist“ ein, um diese dann bei Bach zu denunzieren. Bach meldete sie natürlich der Geschäftsleitung, mit dem Ergebnis, daß alle „KPD-ML“-Genossen entlassen wurden.

Schlußfolgerung

Schlußfolgerung

Die Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen bei Teves zeigt, daß es den ATE-Kapitalisten gelungen ist, das Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Sie haben es vorerst geschafft, den Abwehrkampf der Kollegen gegen verstärkte Ausbeutung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen niederzurufen und die Kampfbereit-

schaft der Arbeiter in Resignation umzuwandeln. Die Gründe dafür sind in erster Linie darin zu suchen, daß die Kapitalisten politisch bewußt und langfristig planend ihre ökonomischen Angriffe mit einer Reihe präzise aufeinander abgestimmter, politischer Kampfmaßnahmen koordinierten. Die Ursache für die Niederlage der Kollegen ist also vor allem der Grad an politischer Klarheit, der nicht ausreicht, um die Angriffe der Kapitalisten durchschauen und erfolgreich abwehren zu können. Und eben diese politische Klarheit fehlt den Kollegen nicht in den Schoß. Vielmehr sind die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung mit allen Kräften bemüht, den Arbeiter einzureden, daß ihr Kampf nur um den Lohn gehe, mit Politik aber absolut nichts zu tun hätte. Denn ihnen ist klar, daß die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiter längerfristig zur „Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System“ (Lenin, „Was tun?“) führt.

Demnach ist es unsere wichtigste Aufgabe, dazu beizutragen, das politische Bewußtsein der Kollegen zu entwickeln, indem wir ihnen die Bedingungen ihres Kampfes erläutern. Zwar hat die Branchenzelle Metall des KB/Gruppe Frankfurt bereits in der Vergangenheit neben dem ökonomischen auch den politischen Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse aufgezeigt. Es ist uns aber nur unzureichend gelungen, den ökonomischen Kampf in unmittelbarer Verbindung mit dem politischen Kampf darzustellen, d.h. den Klassenkampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiter so darzustellen, wie er tatsächlich ist, nämlich als ein System von politischen und ökonomischen Kämpfen, in dem die politischen Kämpfe dazu dienen, die Arbeiterklasse klein zu halten, um die Profitorientierung der Bourgeoisie durchsetzen zu können. Nur indem wir diesen unmittelbaren Zusammenhang auch in dieser Unmittelbarkeit aufzeigen, können wir effektiv die Demagogie der Bourgeoisie bekämpfen, daß der Kampf der Arbeiter nichts mit Politik zu tun hätte.

Darüber hinaus stellt sich uns angesichts der ideologischen Offensive der Kapitalistenklasse, wie sie nicht nur bei ATE zu beobachten ist, die grundsätzliche Aufgabe der Erhöhung des Niveaus unserer Auf-

ist, die grundsätzliche Aufgabe der Erhöhung des Niveaus unserer Agitation und Propaganda. Dies wird uns allerdings nur möglich sein, wenn wir es gleichzeitig verstehen, in unseren eigenen Reihen das Element der Bewußtheit weiterzuentwickeln.

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Frankfurt

Teves Frankfurt:

Am Freitag, dem 7.9., traten bei Teves in Frankfurt ca. 400 Kollegen in einen halbtägigen Streik. Die Arbeiter an den Montagebändern, in der Bremse und im Automatenraum legten vollständig die Arbeit nieder, während sich der Werkzeugbau zur Hälfte anschloß und die Kollegen aus anderen Abteilungen nur vereinzelt am Streik teilnahmen. Es fand eine Kundgebung auf dem Werksgelände statt, auf der Vertreter des Betriebsrats und der Geschäftsleitung sprachen.

Worum ging es? Der Gesamtbetriebsrat hatte Mitte August die Forderung nach einer Teuerungszulage von 80 DM monatlich, rückwirkend ab i.S. bis Ende Dezember, aufgestellt. Auf diese Forderung reagierten die Kapitalisten mit dem Vorschlag, einen Versuch auf das Weihnachtsgeld in Höhe von 100 DM zu zahlen, der bei eventueller Lohnerhöhung (die von der IGM mit Gesamtmetall ausgehandelt werden sollte) dementsprechend engerechnet wird.

Dieses „Angebot“ der Teves-Kapitalisten war also praktisch gleich Null, denn bei Scheitern der Verhandlungen mit Gesamtmetall hätte

es den Kollegen keinen Pfennig mehr eingebracht. Es ist klar, daß ein solches „Angebot“ bei den Kollegen auf Empörung stieß.

Auf den ersten Blick erscheint die Arbeitsniederlegung bei Teves als einer der zahlreichen spontanen

Streiks, mit denen sich viele Belegschaften in den vergangenen Wochen gegen Reallohnensenkung durch Preistreiberlei gewehrt haben.

Jedoch erstaut es, wenn man an die sonst übliche Hetze der Kapitalisten und ihrer Handlanger bei

Streiks denkt, daß Verwaltungsdirektor Koch betonte, „die Arbeitsniederlegung sei diszipliniert und ruhig vor sich gegangen“ („FR“ vom 8.9.73).

Dieses „Lob“ ist Ausdruck der Tatsache, daß die Kapitalisten zu

KOLLEGEN VERSCHAUKELT

Der Metallarbeiter

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

GRUPPE FRANKFURT

FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE

BETRIEBSAUSGABE TEVES

10. SEP. 73



EXTRA

keinem Zeitpunkt die Kontrolle über den Streik verloren. Vielmehr waren schon ca. zwei Stunden vor (1) Streikbeginn die „Leitenden“ unterwegs, um die Kollegen einzuschüchtern und vom Streik abzuhalten. Damit hatten sie vor allem deshalb relativ großen Erfolg, weil die Kollegen nicht vorbereitet waren. So hatte der Gesamtbetriebsrat zwar die Forderung aufgestellt, aber es wurde von Anfang an unterlassen, die Kollegen für diese Forderung zu mobilisieren. Erst einen Tag vor dem Streik fand eine VLK-Sitzung statt; die erste seit drei Monaten! Hier wurde gerade von den rechten Betriebsräten sowie von einem Funktionär der Ortsverwaltung Streikstimmung verbreitet. Allerdings ließ man die Vertrauensleute über den Zeitpunkt und den Ablauf eines Streiks völlig im Unklaren.

Demnach lag die Organisation der Aktion dann auch fest in den Händen der SPD-Betriebsgruppe. Aktivitäten fortschrittlicher Kollegen wurden allerhöchstens zur Mobilisierung der eigenen Abteilung zugelassen, möglicherweise ganz ausgeschaltet.



Der Streik bei den Automobilern Ford in Köln war zugleich der Höhe- und Endpunkt in der Bewegung spontaner Streiks, die am 13. August 73 bei der A. Pierburg AG in Neuss mit dem Ausstand von rund 800 ausländischen Arbeiterinnen ihren Anfang genommen hatte.

Für eine knappe Woche rückten die streikenden Ford-Arbeiter in dem Mittelpunkt des „öffentlichen Interesses“, nachdem der Kampf der Opel-Arbeiter in Bochum am 24.8. „beigiegt“ worden konnte.

Der im wesentlichen von türkischen Arbeitern initiierte und getragene Arbeitskampf wurde von der Bourgeoisie und ihrem Staatsoberhaupt brutal niedergeschlagen. Die Arbeiter hatten sehr bald nicht mehr nur mit „ihren“ Kapitalisten und seinen organisierten „Unteroffizieren“ in der Belegschaft zu tun, sondern sahen sich dem konzentrischen Angriff der Bourgeoisie insgesamt gegenüber, wobei der sozialdemokratische Kanzler ebenso wie die bürgerliche Presse als Bourgeois-Agents funktionierten.

Von den eigentlichen Zielen des Streiks bei Ford konnte keine erreicht werden. Damit sind natürlich jene Probleme nach wie vor vorhanden, die die Arbeiter zu Widerstand und Protest veranlaßt haben – und gegen die sie auch in Zukunft „protestieren müssen“, weil sie erklären müssen, daß sie als Menschen nicht nach dem Verhältnissen sich schicken, sondern daß die Verhältnisse sich nach ihnen, den Menschen, zu richten haben; weil ihr Stillstehen eine Anerkennung sein würde des Rechts der Bourgeoisie, während guter Handelsperioden die Arbeiter auszubeuten und in schlechten Zeiten verhungern zu lassen. Die Arbeiter müssen dagegen protestieren, solange sie noch nicht alles menschliche Gefühl verloren haben...“ (F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England). Klar, daß auch die Ford-Kapitalisten wissen, daß es den Klassenkampf solange gibt, wie Klassen existieren. Um die Position der Arbeiter für die kommenden, unvermeidlichen Konfrontationen nachhaltig zu schwächen, haben sie jetzt bereits über hundert Führer der spontanen Kämpfe gefeiert. Weitere kühnbegeisterte Kollegen sollen folgen, wenn das umfangreiche Fotomaterial von Polizei und Werkchutz ausgewertet ist (wie Springers „Welt“ zu berichten weiß).

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

DER STREIK BEI FORD IN KÖLN

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Am Freitag, dem 24.8., beginnt in Köln die „dukdete“ die Ford-Leitung in

Fortsetzung Ford

„inszeniert“ hatten und die Arbeiter verführten, die zudem in 13 „KPD/ML“-Bussen (so Ford-Direktor Bergmann) angereist kamen, – eine Meldung, die später selbst Kölns Polizeichef Hoeser und der IGM-Chef Tolusch als unwahr bezeichneten („Frankfurter Rundschau“ vom 14.9.), „Verführung“ von diesen wilden „Chaoten“ waren vor allem die „dummen“ türkischen „Gastarbeiter“. Wer das nicht so offen auszusprechen wagte, wie z.B. die IGM-Führung, die sich beim Ford-Streik der bürgerlichen Hetze anschloß, schob „Sprachschwierigkeiten, die zu Mißverständnissen führten“, vor. Ford wurde in der Sprache der bürgerlichen Schmierlügen zur „Türkenfestung“, es herrschte „Türken-Terror“, aus „Gastarbeitern“



Bullesterror

wurden „Gastarbeiter“, türkische Arbeitskollegen wurden zu „Muselmännern“, „Männer vom Bosphorus“, im „Bayernkurier“ gar zu „mördernden Masse meist anatolischer Hirten“ gemacht.

Die faschistische Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen verband die bürgerliche Presse mit frei erfundenen oder verzerrten Greuelmeldungen, deren Ziel es war, vor allem die deutsche Bevölkerung, besonders auch die deutschen Arbeiter bei Ford, gegen ihre ausländischen Kollegen aufzuhetzen.

Hier zwei Beispiele für solche Hetze:

Am 29.8. berichtete die „Bild-Zeitung“, daß die „Angestellten bei dem Schreckenruf 'Die Türken kommen' unter die Schreie gekrochen sind“.

IGM-Vorstand verurteilt Tumulte bei Ford in Köln

Der Vorstand der Industriearbeiter Metall (IGM) hat in seiner Sitzung am 29.8.8. die Hetze gegen die ausländischen Kollegen bei Ford in Köln, die von der bürgerlichen Presse und den Medien verbreitet wurde, als „schändliche Hetze“ verurteilt. Er hat die IGM-Mitglieder aufgefordert, sich gegen diese Hetze zu wehren und die ausländischen Kollegen zu unterstützen.

Diese Leute wollen mit den Interessen der Arbeiter in der Bundesrepublik – die sich nicht auf die Hetze beschränken lassen – die Interessen der ausländischen Kollegen nicht zu tun, sondern sie nur zu einem Zweck zu benutzen, um die IGM-Mitglieder zu verunsichern und in eine Gewerkschaften getriebenen Arbeiterbewegung zu zerlegen.

Daß die Ford der türkischen Arbeiterinnen einen Heißer Krieg macht, ist allgemein auch durch

den „Neuen Ruhr-Zeitung“ best. sich das unter der Überschrift: „Streiken-der-Heßen-Sektorkorken knallen“ so: „...nachdem hatten sich... (die Streikenden) in der Polsterer ein Lager bereit, nicht ohne vorher durch Aufbrechen des Kühlraums im Gebäude und durch das Ausräumen des Vorratslagers... sich kräftig einzudecken und die Sektorkorken knallen zu lassen.“

Die „Quick“ schreibt: „Die Kommunisten haben sie unter Alkohol gesetzt.“

Neben der Verhetzung der ausländischen Kollegen versucht die

betragt, daß den ausländischen Arbeiterinnen in der Bundesrepublik noch immer die volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung verweigert wird. Die IGM-Aktionen werden die ausländischen und deutschen Arbeiterinnen zu einer einheitlichen Front für die Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen, auch die Arbeiterinnen der Gewerkschaften in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber zu bringen.

Die ausländischen Metallarbeiterinnen haben immer betont, daß sie in jeder Hinsicht für die deutschen Arbeiterinnen kämpfen. Für sie ist die IGM die einzige Organisation, die ihre Interessen wahrnimmt und durchsetzen kann und die sie ihrer Integration, zur Wahrung ihrer Lebensbedingungen und zur Bewahrung ihrer Identität bedarf. Die Gewerkschaften haben immer wieder betont, daß sie die Interessen der Arbeiterinnen zu Wahrung ihrer Rechte verfolgen.

IGM-Führer im Chor der Verleumdungen: „Metall“

Daraus machte ein Reporter der Illustrierten „Quick“ in der Ausgabe vom 5.9.: „Mit erhobenen Fäusten und Knüppeln bedrohten sie (gemeint sind türkische Arbeiter) 300 deutsche Kollegen, die wieder erbeben wollten. Mit dem Schreckenruf 'Die Türken kommen' flüchteten die Deutschen ins Verwaltungsgebäude. Hinter ihnen her flogen Flaschen und Steine; Fensterscheiben klirrten.“

Oder das folgende Beispiel: Die „Kölnische Rundschau“ berichtet am 30.8., daß das Gerücht umgeht, in der Nacht zum Mittwoch sei von den Streikenden ein Verpflegungslager aufgebrochen worden, unter anderem hätten sie eine Flasche Sekt „erbeutet“.

In der am selben Tag erschienen-

Bourgeoisie die deutschen Arbeiter als „arbeitswillig“ und „treu“ hinzustellen, ja sie zu „Opfern“ der türkischen Kollegen zu machen. Einen Tag nach der brutalen Zerschlagung des Streiks schreibt die „Bild-Zeitung“: „Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei!“

Und weiter unten werden sich bürgerliche Journalisten an der Niederlage der Arbeiter und dem Polizeiterror in einer Art und Weise, wie sie bekannt ist von Kommunisten und Judenverfolgungen unter den Nazis und zuletzt von der Festnahme Andreas Baders, der in großen Bildern nackt in allen Zeitungen als „ jämmerliches Häuflein dargestellt wurde.“

„Bei Tour 3 warfen deutsche Arbeiter (gemeint ist die Schlichterbande der Werkleitung, Ann. d. Red.)

gegen die Arbeiterinnen Steine und

riefen: Wer arbeitet, überlebt!“, so heißt es in der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“. Erst seit zehn Tagen bei Ford, hetzte Targün die Werksangehörigen jetzt mit linksradikalen Parolen immer wieder auf. Als er gestern die Quittung für seine Agitation bekam, rief er kläglich: „Helft mir doch, helft mir doch! Kein Landmann helfe ihm, die Polizei nahm ihn in Schutzhaft.“

Ziel solcher faschistischen Hetze ist neben dem Spaltungversuchen auch die Einschüchterung der ge-

Die Polizei geht allemal mit dem Kapital

Der Einsatz der Polizei bei Ford war nur der Höhepunkt brutaler Polizeieinsätze gegen Arbeiterstreiks in diesem Jahr.

Diese Einsätze richteten sich vornehmlich gegen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, die in diesem Jahr erstmals in den Streiks eine führende Rolle spielten. Dabei benutzten die Kapitalisten nationale Vorurteile und zu deren Untermauerung rassistische Greuel-Stories, um diese Einsätze zu rechtfertigen. Die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung sollten an solche Einsätze gewöhnt werden und die staatlichen Unterdrückungsmittel als selbstverständlich hinnehmen.

Gleichzeitig wird die Polizei an solche Einsätze gewöhnt und in ihnen ausgebildet.

Es begann Ende Mai mit dem Einsatz von Polizei zur Zerschlagung des Streiks bei John Deere in Mannheim, wobei die Polizei nicht nur vor den Werkstoren auftrug, sondern ebenfalls in Zivil im Werk mitmischte (ARBEITERKAMPF 30/73).

Beim Bremer Klopfer-Streik im Juni gab es Vereinbarungen zwischen der Werkleitung und dem Bremer Innensenator über einen eventuellen Polizeieinsatz. Der ausgearbeitete Plan kam allerdings nicht mehr zur Anwendung, da der Streik mittlerweile abgebrochen war.

Als im Juli die hauptsächlich spanischen Arbeiter bei den Lippstädter Hella-Werken streikten, gab es nicht nur zwei Prügeleinsätze der Polizei, sondern erstmals wurden drei Arbeiter wegen ihrer Streikteilnahme verhaftet (ARBEITERKAMPF 31/73).

Bei der A. Pierburg KG in Neuß prügelte Polizei auf die streikenden ausländischen Arbeiterinnen ein, neben mehreren verletzten Frauen gab es auch eine Verhaftung. (ARBEITERKAMPF 32/73).

In Solingen bei den Vereinigten Schlüsselwerken versuchte die Sicherheitspolizei überfällig den Sprecher der streikenden ausländischen Arbeiter festzunehmen, was jedoch durch den Widerstand der Arbeiter

schon schnell vergrößerten Werksschutz außerdem noch 120 zivile Polizeibeamte im Einsatz, von denen ein großer Teil als Arbeiter getarnt wurde, andere wurden für Film und Fotoaufnahmen eingesetzt.

Im Aachener Valvo – Betrieb setzten die Arbeiter einen Polizeispitzel an die Luft, der sich auf eine Streikversammlung eingeschlichen hatte.

Am 5. Streiktag setzte die Werkleitung Polizeieinheiten gegen die Streikenden ein. Als Anlaß wurde ein vor dem Werk verursachter Unfall genommen, für den die Streikenden verantwortlich gemacht wurden. Im dann folgenden Knüppelinsatz der Polizeischläger mißlang allerdings der Versuch, Mitglieder der Valvo-Streikleitung zu verhaften.

Zu den Polizeieinsätzen bei Ford – Köln und Rheinstahl – Bielefeld siehe nebenstehenden Artikel.

Nordrhein-Westfalen: Polizei- und Innenminister Willy Weyer gab offen zu, daß die Arbeiter „in den bestreikten Betrieben von Kriminalpolizei und Beamten des Verfassungsschutzes beobachtet“ wurden (Frankfurter Rundschau, 29.8.).

Während Weyer die Vorwürfe und Enthüllungen von Kommunisten an den Polizeieinsatz als „frei erfunden“ bezeichnete („Welt“, 8.9.), sah er sich gezwungen, ähnlich lautende Vorwürfe der Kölner Vertrauensleuteversammlung der IG Druck und der GEW so zu beantworten:

„Auch bei einem Streik kann die Polizei sich nicht völlig (?) neutral verhalten“ und „die Polizeibeamten sind nur (!) gegen zum großen Teil betriebsfremde kommunistische Agitatoren vorgegangen (und gegen) solche, die Arbeitswillige bedrohten, schlugen und mit Gewalt am Betreten des Arbeitsplatzes hinderten.“ („Welt“)

Wie „Arbeitswillige“ erzeugt werden, zeigt der Ford-Artikel.

Recht hat Weyer allerdings, wenn er der Polizei „die Neutralität“ im Streik abspricht. Der Polizeiterror bei den jüngsten Streiks war nur ein erneuter Beweis:

Der Staat und seine Machorgane sind Instrumente der Bourgeoisie, die zur Niederhaltung der Arbeiterklasse eingesetzt werden.

Flugblatt von Ford-Arbeitern, in dem sie der Hetze der reaktionären Presse entgegentraten

Ford-Kollegen an die Kollegen

Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kölner Betrieben darüber informieren, was bei uns wirklich los ist. Das halten wir für wichtig, weil in der Presse, insbesondere im „Express“, in der letzten Woche laufend Halbwahrheiten und Gerüchte verbreitet wurden.

„Prügelte bei Ford-Streik 12 Verletzte“, „Express“ 28.8.1973

Wahr ist, daß Kollegen, Deutsche wie Ausländer, die gegen den Streik hetzten und die Streikenden beschimpften, vereinzelt handgreiflich darauf hingewiesen worden sind, daß man sich den Streik von ihnen nicht kaputtmachen läßt. Das ist für jeden begreiflich, der schon einmal erlebt hat, wie der Erfolg eines Arbeitskampfes durch solche Leute gefährdet werden kann. Tatsache ist, daß ein Mitglied des Werkschutzes, nachdem er mehrere Kollegen, die mit ihm diskutieren wollten, mitleid angegriffen hatte, darauf hin verprügelt wurde.

„Sabotage bei Ford“ „Express“ 28.8.1973

Wahr ist, daß wir zu Beginn des Streiks darüber abgestimmt haben, daß keine Maschinen beschädigt werden. Sogar der Betriebsrat mußte zugeben, der Vorwurf der Gefährdung trifft nicht zu. Des weiteren wurde durch eine Abstimmung beschlossen, daß während des Streiks kein Alkohol getrunken wird.

„Betriebsrat wie Gabeln festgehalten“, „Express“ 29.8.1973

Wahr ist, daß ein Kollege das Ge-

„6 Radikale legen Ford lahm“ „Express“ 29.8.1973

Glaube denn irgendetwas, daß Tausende von Leuten, die wissen, wofür sie kämpfen, sich von sechs Leuten vorschreiben zu lassen, was sie zu tun und zu lassen haben?

Warum erscheinen solche Meldungen in der Presse? Ford ist einer der größten Anzeigekunden des „Express“. Ein altes Sprichwort sagt: Was Brot ich eß, das Lied ich singe! Um von unseren berechtigten Forderungen abzulenken, werden Ruhmänner aufgebaut: Ausländer und Studenten.

Unsere Forderungen lauten nach wie vor

1 DM mehr für Alle
Verlängerung des Arbeitspensum
5 Wochen Urlaub
Sofortige Rücknahme sämtlicher Entlassungen
Besetzung der Streikenden
Keine Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Streikenden

Kollegen, haltet ihr diese Forderungen nicht für berechtigt?

Der „Express“ ist ein Kölner

Tageszeitung



Auch das gehört dazu: Streikende Kollegen vergnügen sich mit Tanz und Folklore

Anzeige

Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF's Jahrgang 72 unter dem Titel

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

erhält, inf. ARBEITERBUCH

2 Hamburg 13

Grindelhof 43

Preis 4,50 DM 180 Seiten

Der Streik bei Rheinstahl-Brackwede

Am Dienstag, den 21. August, findet im Rheinstahl-Werk in Brackwede eine Betriebsversammlung statt. Die Kollegen werden hier auf ein Angebot der Geschäftsleitung zu ihrer bereits fünf Wochen vorher vom Vertrauensrat und Betriebsrat aufgestellten Forderung nach einer Teuerungsrate von 400 Mark. Die Kapitalisten erklären jedoch resolut: „Wir lehnen jede Erhöhung des Lohns ab!“

Während auf der Betriebsversammlung die Kollegen hierzu das Wort ergreifen, beginnen unheimlich in den Abteilungen heftige Diskussionen über die nächsten Schritte, die zu unternehmen sind. Es war klar, die Haltung der Kapitalisten erfordert eine deutliche Antwort der Arbeiter.

Am nächsten Tag begann hier der Streik der spontanen Streiks der vergangenen Wochen und gleichzeitig auch der Streik von den Arbeitern ab auch von den Kapitalisten mit uns überaus geführte

Einstündiger Warnstreik weitet sich zum Vollstreik aus

Zum Mittwoch, dem 22. August, sind die Kollegen des Frühstücks, nach der Frühstückspause um neun Uhr mit einem einstündigen Warnstreik die Forderung zu bekräftigen. Sie zogen zum Verwaltungsgebäude und rufen dabei ihre Forderung. Hier wurde ihnen nochmals erklärt, daß die Konzernbörse grundsätzlich nicht bereit sind, eine Teuerungsrate zu zahlen. Nach der Aufforderung der Geschäftsleitung, jetzt die Arbeit wieder aufzunehmen, rührten sich die Kollegen nicht. Auch die nochmalige Aufforderung

des Betriebsratsvorsitzenden wurde nicht befolgt, sondern es wurde beschlossen, weiterzustreiken. Hinzu kam jetzt, daß einige Arbeiter die Entlassung des Personalchefs Scholz forderten, da er sie belächelt und ihnen einen Vogel gezeigt hat, als sie zum Verwaltungsgebäude marschiert waren. Er mußte sich schließlich vor den Kollegen entschuldigen.

Um 13 Uhr erklärten die Konzernbörse nochmals, daß sie zum Zahlen nicht bereit sind, und solange die Maschinen stillstehen, werden nicht mehr und verändert. Diese Erklärung verstärkte lediglich die Bereitschaft der Kollegen, für ihre berechnete Forderung weiter zu kämpfen.

Als um 14.30 Uhr die Spätschicht kommt, wird sie über die Sachlage informiert, und schließt sich dem Streik an. Jetzt befinden sich 1600 Rheinstahl-Arbeiter im Streik. Am Abend verhandelt der Betriebsrat nochmals mit der Geschäftsleitung. Es wird jedoch keine Einigung erzielt.

Der Betriebsrat beschließt jetzt, die Forderung von 400 Mark in eine Forderung nach 60 M Stundenlohn-Erhöhung umzuwandeln.

Am Donnerstag, den 23. August, erscheinen die Kollegen wie üblich um sechs Uhr im Werk und stampfen. Sie versammeln sich dann am Werkstor. Angestellte, die zur Arbeit gehen, werden ausgepfiffen. Als LKW ankommen, die ins Werk wollen, werden sie am Tor abgefangen und zurückgewiesen.

Die Kollegen ziehen vom Verwaltungsgebäude und Delegationen der Vertrauensleute gehen regelmäßig hinaus, um die neue Lage zu erfahren. Die Haltung der Kapitalisten bleibt jedoch unverändert. Sie beginnen jetzt lediglich zu stöhnen, daß ihre „Aufträge nicht termi-

recht fertig werden“, und andere Werke, die Karosserieteile und Autowerkzeuge aus Brackwede bekommen, müßten bei Andauern des Streiks kürzer treten. Das ist in der Tat ein Trumpf, den die Arbeiter benutzen, um Druck zu machen.

Mittags erreicht die Streikenden

Freitag, den 24.8. Die Konzernverwaltung in Essen lehnt nach wie vor jegliche Verhandlungen ab. Der Arbeitsdirektor aus Essen erklärt: „Wir sind bereit, mit Ihnen zu sprechen. Aber wir werden mit Ihnen nicht über die Teuerungsrate verhandeln.“

Wir bedauern die Haltung der Konzernleitung, die trotz weichen der Unruhe nicht bereit ist, sich mit dem Inhalt unserer Forderung auseinanderzusetzen.

Sie können davon ausgehen, daß von der Produktion bei Rheinstahl-Brackwede die LKW Pro-



„Schutz“-Polizei im Rheinstahl-Werk

die Nachricht, daß ihre Kollegen in der Rheinstahl-Gebläse in Duisburg ebenfalls in den Streik getreten sind. Sie fordern eine Teuerungsrate von 250 Mark. Die Nachricht wird mit großem Jubel aufgenommen, und man erklärt sich solidarisch. Ebenso wird ein Solidaritätstelegramm an die streikenden Opel-Arbeiter verschickt.

Insbesondere sind mehrere Solidaritätsbekundungen, vor allem aus dem Ruhrgebiet, bei den streikenden Kollegen eingegangen.

Die Vertrauensleute beschließen, zusätzlich zu den 60 M, die Bezahlung der Streikrate zu fordern. In einer Erklärung, die sie als Flugblatt unter den Kollegen verbreiten, grenzen sie sich auch von kommunistischen Flugblättern ab.

Hier der Wortlaut der Erklärung: „Der Vertrauensrat distanziert sich in aller Form vom Inhalt aller (!) Flugblätter, die bisher am Tor verteilt worden sind.“

duktion von Daimler-Benz, Ford, Volvo und Böhler unter anderem abhängt.

Dies ist unsere Stärke! Wir halten unsere Forderung von 2.60 DM/Std. und die Bezahlung der Streikrate für durchaus gerechtfertigt.

Um weiteren Schaden durch Produktionsausfall zu vermeiden, haben einsichtige Arbeitgeber die Forderungen ihrer Arbeiter bereits erfüllt. Die Vertrauensleute der Fa. Rheinstahl

Fortsetzung Ford Köln

Privatagenturen angewandt, die eine Spezialausbildung in Schießen, Kratzen usw. haben (Wir berichteten z.B. über die Agenten Milm im ARBEITERKAMPF 29/73). Ebenfalls gehört es den Kapitalisten immer wieder, ihre ergebene leitende Angestellte und andere Angestellte gegen die Arbeiter aufzubetzen.

Sowohl bei den Streiks bei John

Gegendemonstration der Arbeitervollständigen ist von Managern, Meistern und Obermeistern organisiert worden. Dazu ist über Hellenmikrofon in der Halle Fk aufgerufen worden.

Ein Artikel der „Kölnischen Rundschau“ vom 31.8. enthält, daß die Kapitalisten und der Staatsapparat die Vorbereitungen getroffen hatten, die Arbeiterstreiks zu

wäre, wenn der Ausstand gestern noch angehalten hätte. Nicht der nordrhein-westfälische Innenminister hätte das Signal zum Polizeieinsatz gegeben. Das wäre auf Bundesniveau entschieden worden.

Dem NRW-Innenminister Weyer, der am Mittwoch den Höhepunkt des Streiks vom Heikopter aus verfolgt hatte, beschuldigte Personalchef Bergmann eine sehr sorgfältige Beobachtung der Situation bei uns. Weyer hielt Ford deshalb so gut im Auge, weil sich am Mittwoch die Anzeichen gebildet hatten, daß weitere Betriebe in der nordrhein-westfälischen Automobilindustrie aus der Streiklinie rutschen. Um ein Übergreifen des Funkens von Böhler-Mittel auf andere Werke zu verhindern, schon im Ansatz zu stoppen, waren im Ruhrgebiet starke Polizeikräfte zusammengezogen. Dieses Gerücht hielt sich gestern bei den Streikbeobachtern in den Ford-Werken.

Auch die Autobahnpolizei rings um Köln lag von Mittwoch abends an in Bereitschaft, um bei einer Eskalation in Nicht ihren Schutzpolizei-Kollegen helfen zu können. („Kölnische Rundschau 31.8.).

Nach dem Streik

Das Ergebnis: eine einmalige Teuerungsrate von DM 280,- und Bezahlung der Streikrate.

Die übrigen Forderungen sind nicht erfüllt worden, sondern vielmehr werden den Verhandlungen von Betriebsrat und Werkleitung überlassen.

Dagegen stehen die Endanforderungen von der Zeit etwas zurück. Die Vorbereitung der Abschiebung des Streiks.

Die ursprünglich wegen der Verspätung endemischen 500 türkischen Kollegen sind nicht wieder eingestellt worden.

Werner T. Sauer
KB-Gruppe Hamburg

versprochen. Das entlarvt gleichzeitig die Behauptung Willy Weyers, die Polizei sei nur gegen „betriebsfremde Agitatoren“ eingesetzt worden, als Lüge.

„Durch eine zufällige Bemerkung von Public Relations Chef Klaus Dieter Buntstahl wurde bekannt, daß auch sowohl Bundespräsident Gustav Heinemann als auch Bundeskanzler Willy Brandt ständig über den Verlauf des wilden Streiks in Niehl informiert hatten.“

Buntstahl mutmaßte, daß von Bonn aus eine politische Entscheidung herbeigeführt worden



Deere, Kötter, und jetzt bei Ford wurden diese Schillerbanden eingesetzt. Bei Ford waren es die berühmten „Arbeitswilligen“, die laut Prems in einem Demonstrationssitzung riefen: „Wir wollen arbeiten und schließlich Polizei-„Schutz“ anfordern.“

Das von diesen „Arbeitswilligen“ mitgeführte Transparent: „Wir wollen arbeiten“ hatte die Werkleitung zur Verfügung gestellt. Jetzt, 14 Tage nach Ende des Streiks, erklärt sogar der IG-Metall Sekretär Winigen gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ (14.9.): „Diese

Streiks bei Rheinstahl-Kurzarbeit bei Hanomag Henschel

„Infolge der Arbeitsmiederlegung bei Rheinstahl in Brackwede ist die Belieferung unseres Werkes mit wesentlichen Teilen ... seit Tagen unterbrochen. Die Lagerbestände werden heute verbraucht sein, so daß die Fahrzeugproduktion bis auf weiteres eingestellt werden muß.“

Mit dieser Meldung wurden in den Hanomag-Henschel-Werken Hamburg-Harburg und Bremen 800 bzw. 1600 Kollegen von einem Tag zum anderen auf Kurzarbeit gesetzt. Die Kurzarbeit dauert vom 30.8. bis einschließlich 4.9.

Der Grund: Durch ihren Streik verhindern die Rheinstahl-Arbeiter die Produktion der Vorderwände für Hanomag-LKWs und vereiteln auch mehrfach Versuche der Werkleitung, die auf Lager befindlichen Wände aus dem Werk zu schaffen.

Es zeigt sich an dem Vorgehen der Kapitalisten bei Hanomag, daß die bürgerlichen Gesetze eindeutig gegen die Arbeiter gerichtet sind und die Kapitalisten begünstigen. Nicht nur, daß der Streik der Arbeiter als „wild“ und illegal gilt und massiv bekämpft wird, sondern darüber hinaus geben die Gesetze den Kapitalisten die Möglichkeiten, Streikfolgen auf die Arbeiter abzuwälzen.

So sperrt Hanomag die Löhne, da der Kurzarbeitergeld aus den Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt wird.

In einzelnen Fällen erhalten die Arbeiter nur 50% (!) ihres Normallohns, die Hanomag-Werkleitung weigert sich, den Differenzbetrag zu zahlen.



Rheinstahl-Direktoren, einen Zettler LKW für Hanomag aus dem Bielefelder Werk zu beschaffen, möglich. Die Arbeiter verhindern das.

Auch so versuchen die Kapitalisten, die Arbeiter verschiedenen Betrieben gegeneinander auszuspielen und die Arbeitersolidarität zu bekämpfen. Die Rheinstahl-Arbeiter werden für Kurzarbeit und geringen Lohn verantwortlich gemacht.

Hanomag-Zelle, Hamburg

Fortsetzung Streik Rhein Stahl

Am Sonnabend, dem 25. August, wurden trotz von der Geschäftsführung angekündigter „Feiertagsruhe“ an den Werkstätten Streikposten aufgestellt. Die Richtigkeit dieser Maßnahme bewies sich prompt. Die Streikposten verhinderten den Abtransport von versandfertigen Einzelteilen.

Zu Beginn der nächsten Woche zeigt sich ein kaum verändertes Bild. Die Kollegen versammeln sich, wie an den Tagen davor, vor dem Werkstor und diskutieren die Lage. I.K.W.s, die aufs Werksgelände wollen, werden von ihnen abgewiesen. Die Kapitalisten zeigen unverändert keine Bereitschaft zu Zugeständnissen. Der Vertrauenskörper beschließt, auf den Erfahrungen der Streiks in anderen Betrieben aufbauend, als weitere zusätzliche Forderung: **Kein Kollege darf aufgrund des Streiks entlassen werden!**

Nach dem Bekanntwerden der Niederlage der Opel-Arbeiter treten die ersten Anzeichen von Resignation bei Teilen der Kollegen auf. Dazu kommt, daß inzwischen die IGM-Führung mit dem Gesamtmetallverband Verhandlungen aufgenommen hat, was zur resignativen Stimmung mit beiträgt.

Die Gunst dieser Situation nutzend, gibt der Betriebsrat gemeinsam mit einem Teil des Vertrauenskörpers eine Erklärung am Mittwoch, den 29.8., ab, in der die Arbeiter aufgefordert werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Als Begründung dafür war die Zusage der Geschäftsführung angegeben, „die zu erwartenden Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern für jedes Belegschaftsmitglied voll wirksam werden zu lassen, mit dem Betriebsrat nochmals über eine Entlohnung der nachzuleistenden Ausfallstunden sowie über alle anstehenden Probleme kurzfristig zu verhandeln. Außerdem sollte keine Megafregelung der

male auf, jetzt an die Arbeit zu gehen. „Eure Kollegen arbeiten, wer auch will, kann kommen.“ („NWZ“)

Als die Arbeiter sich auch jetzt nicht beirren lassen, werden die Werkstoffe von den Kapitalisten geschlossen, „um die Arbeitswilligen zu schützen“, wie sie erklärten. Die ausgesperrten Kollegen klettern über den Zaun aufs Werksgelände, wo sie sich zu einer Demonstration formieren. Der Zug, der durch alle Abteilungen marschiert, fordert die „Arbeitswilligen“ auf, sich solidarisch

Meltern, verhaftet, „aus polizeirechtlichen Gründen“, wie die Polizei sagt. Nur in einem der vier Teilwerke versuchen die Arbeiter, den Streik noch fortzuführen. Um sieben Uhr stellen die Kapitalisten ihnen ein Ultimatum: Wenn bis 7.15 Uhr die Arbeit von ihnen nicht aufgenommen wird, werden sie von der Polizei vom Werksgelände „entfernt“.

Mehrmals fordern Geschäftsführung und Polizei die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme auf.

Unter Ausnahmeverordnungen werden weitere Arbeiter von den Bülen verhaftet. Dies führt schließlich dazu, daß auch die restlichen Kollegen jetzt entmündigt in die Kasse gehen.

Insgesamt sind 12 Arbeiter, darunter sieben Griechen, drei Türken, ein Jugoslawe und ein Deutscher verhaftet worden. Vier von ihnen wurden nach wenigen Stunden wieder freigelassen, die anderen sollen wegen „Nötigung“ angeklagt werden, und müssen dann mit der Aus-

weisung in ihre Heimatländer, wo zum größten Teil faschistische Diktaturen herrschen, rechnen.

Besonders hervorzuheben ist nochmal, wie auch in anderen Streiks der letzten Wochen der Versuch, die ausländischen Kollegen von den deutschen abzuspalten und gegen sie zu hetzen. Das um so mehr, da auch hier die Solidarität und das hohe Kampfbewußtsein der ausländischen Kollegen führend in den Streik eingebracht. Diese hohe Kampfgeist, die sie auch gegenüber manchem deutschen Kollegen auszeichnet, veranlassen die Kapitalisten zum Ansatz einer Spaltung zwischen den ausländischen und deutschen Kollegen zu benutzen. So erklärte der Direktor Sander in der entscheidenden Phase des Kampfes: „Der Temperament unserer ausländischen Kollegen kühlt sich auch mal ab, und dann wollen wir erneut diskutieren.“ Ab wann das eine Frage des Temperaments ist, Die Presse verbreitet sogar das Gerücht der mordlustigen Türken. „Wenn morgen ein Deutscher arbeitet, wir machen alle tot“, so behauptet die „NWZ“ am 30.8., hätte angeblich ein Türke gesagt. (Es wurde in der „NWZ“ „tot“ mit doppel-! geschrieben, damit man den Akzent so richtig im Ohr klingeln hat, was die Sache nochmal so bössert macht.)

Für die Arbeiter ist der Streikergebnis als kompletter Mißerfolg zu bewerten. Das einzige „Zugeständnis“, das die Kapitalisten machten: Die Kollegen können die Streiktage durch täglich zwei Überstunden, zu normalen Tariflöhnen (!) nacharbeiten, und in Notfällen dürfen sich Kollegen einen Vorschuss von 350 Mark davon ausahlen lassen.

KS/Gruppe Hamburg



Streikversammlung der Rhein Stahl-Kollegen

zu verhalten und weiter mitzustreiken.

dem sollte keine Ausprägung der im Ausland befindlichen Belegschaftsmitglieder erfolgen. Begrüßt wurde in dem Flugblatt auch die in Aussicht stehende Lösung zwischen den Arbeitgeberverbänden und der IGM Metall. („Il. NWZ“, 30.8.)

Ein großer Teil der Vertrauensleute distanziert sich jedoch nach Bekanntgabe dieser Erklärung wieder davon. Sie waren davon nicht informiert.

Ein Teil der Arbeiter geht tatsächlich an den Arbeitsplatz – wird aber sofort wieder durch die Streikenden überzeugt, weiter zu streiken.

Daraufhin ruft der Betriebsrat die vor dem Werkstor versammelten Kollegen erneut zu einer Betriebsversammlung auf. Die Kollegen weigern sich, dort hinzugehen, da zu erwarten war, daß hier weiter zur Arbeit aufgefordert werden sollte.

Nun tritt der Geschäftsführer der IGM Metall Bielefeld, Helmut Wullenkord, auf. „Es geht darum, nicht nur aus Heute sondern auch an morgen und übermorgen zu denken!“ und „Der verlor schließlich Tag für Tag Euren Lohn. So schwer es auch ist, jetzt muß es weitergehen, und es hat keinen Zweck, noch Schuldigen zu suchen. Wir sehen keine Möglichkeit, zu anderen Bedingungen zu kommen als bisher... Auf alle Stunden, die nachgeholt werden müßten, gibt es jetzt aber die tariflichen Zuschläge.“ („Neue Westfälische“)

Auf die Pfiffe und Rufe der Kollegen zu diesen abweglichen Redensarten beteuert Wullenkord „in großer Sorge“:

„Ich spreche zu Euch als Kollege, glaubt mir doch!“ Gelächter und Pfiffe sind die Antwort der Arbeiter.

Immerhin gehen schließlich doch fast 500 Kollegen auf die Betriebsversammlung, wo dann der größte Teil von ihnen sich überreden läßt, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Streik wird abgewürgt – durch Schlägereien – Aussperrung – und Polizeiterror!

Dies nutzen die Kapitalisten jetzt aus, um die Streikfront aufzuspalten. Der technische Werkstätt-Streik fordert die vor dem Werkstör versammelten Kollegen noch

Werkstatzleute und Meister begannen darauf Provokationen gegen die Streikenden und zeitweilen Schlägereien an. Einige wurden verletzt. Trotzdem wird der Streik noch weitergeführt.

Am Abend erklären die Kapitalisten dann, daß das Werk am nächsten Tag vorübergehend geschlossen wird: „Um die persönliche Sicherheit der Belegschaftsmitglieder nicht zu gefährden, ist beschlossen worden, das Werk Brackwede am Donnerstag, 30. August nicht arbeiten zu lassen. Arbeiter und Angestellte werden gebeten, das Werk am Donnerstag nicht zu betreten. Der erneute Arbeitsbeginn wird durch die Presse bekanntgegeben.“ („NWZ“)

Es handelt sich also um eine Aussperrung.

Die örtliche IGM-Führung reagiert darauf, indem sie man diskreditiert, ob man überhaupt „Aussperrung“ dazu sagen könne, da dies ja ein „wilder Streik“ sei. Eine Unterstützung für die Arbeiter wird hier nicht erwogen, wie die anderen Tage auch.

Auch am Freitag bleibt das Werk geschlossen.

Der Vertrauenskörper beschließt in einer Sitzung, für Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Dann informieren die Kapitalisten über ihre Forderung, daß die Arbeit am Montag-Morgen wieder „normal“ beginnt.

Montag-Morgen, 3.8. um sechs Uhr

Das gesamte Werksgelände ist von etwa 250 Polizisten besetzt. Sie sind mit Schlagstöcken, Helmen und Hundes bewaffnet und petroullieren so um die Werkstätten und um das Werksgelände. In den Werkstätten befinden sich außerdem vollbesetzte Mannschaften der Polizei. Zusätzlich wimmelt es im Werk von einer erheblichen Anzahl Spitzeln und anderen zivilen Bülen, die die Streikführer herausfinden sollen.

Die Arbeiter sind auf so einen massiven Bülenanmarsch nicht vorbereitet, als sie zum Werk kommen. Sie lassen sich von diesem Angebot einschüchtern und begeben sich zum größten Teil „freiwillig“ an ihren Arbeitsplatz.

Kollegen, die sich während des Streiks besonders gut eingesetzt haben, werden gleich vorne am Tor, auf Hinweis von Direktoren und

Rundfunkzensur beim NDR durch „Blohm & Voss“

Mehr als 130 000 Arbeiter und Angestellte kommen täglich aus Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein nach Hamburg zur Arbeit. Die meisten dieser sogenannten „Pendler“ kommen aus Orten, die ca. 40 km von der Hansestadt entfernt sind, viele aber sind auch mehr als hundert Kilometer in jeder Richtung unterwegs.

Das bedeutet eine tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um mehrere Stunden. Die Kollegen nehmen diese Strapaze stundenlanges Fahren in zum Teil klapprigen und härmenden Bussen nicht auf sich, um sich einen besonderen „Luxus“ leisten zu können, sondern, weil sie an ihren Heimatorten keinen angemessenen bezahlten Arbeitsplatz finden.

„Pendler“ sind aufgrund der ständigen Übermüdung besonders Unfall gefährdet. Ihre Arbeitskraft ist schneller verbraucht. „Pendler“ sind ein Teil des Proletariats, der die Ausbeutung in besonders verschärfter Form erfährt.

Im Herbst 1971 schrieben die beiden Hamburger Rundfunk-Autoren Werner Borschach und Sieghard Hennig eine Hörfunk-Sendung, die dieses Problem darstellen sollte. „Die Pendler oder Bin Tag minus 15 Stunden“. Die einstündige Sendung wurde Anfang Dezember 71 im dritten Programm ausgestrahlt, verschwand dann aber auf Intervention der Firma Blohm + Voss in den Archiven des NDR.

In einem Interview berichtete Werner Borschach dazu:

„Daß diese Sendung so unentbehrlich lebendig und fesselnd wurde, ist weniger das Verdienst von Sieghard Hennig und mir, wir hatten ursprünglich sogar ein ganz anderes Konzept gehabt, mit großem for-

malem Ehrgeiz und vielen technischen Mitteln.“

„Durch Zufall gerieten wir aber bei unseren zahlreichen Gesprächen mit Pendlern (wir sind mehrmals mit den Bussen mitgefahren) an einen Arbeiter von Blohm + Voss, der bereit war, sein Alltagsleben ausführlich auf Tonband zu schildern. Sein Bericht war so eindrucksvoll, daß wir beschlossen, ihn zum Hauptteil unserer Sendung zu machen. So wirklichkeitsgetreu und eindringlich wie dieser Kollege, selbstverleugend für die vielen, mit denen wir gesprochen hatten, die diese Lage der meisten Pendlers schuldern, hätten wir selbst es nie schildern können.“

„Wir ergänzten die Ausführungen dieses Kollegen durch Interviews mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Blohm + Voss, einem Vertreter der Geschäftsführung und dem DGB-Vorsitzenden des Landesbezirks Nordmark.“

„Welche Wirkung eine solche je sehr seltene Darstellung der Lage der Arbeiter durch einen Arbeiter selbst haben kann, ging aus einem Brief hervor, den wir von einem Studenten bekamen. Er schrieb: „Die hierbei zu Tage geforderten Fakten über die ökonomische und soziale Lage eines nicht unerheblichen Teils der arbeitenden Bevölkerung waren für mich neu und gerade deshalb so erschütternd. Die so Tatliche enthielten Aussagen wie die von der Wohlstandsgesellschaft, in der es den Arbeitern so gut geht wie nie zuvor, als hohle Phraseologie.“

Eine solche Aufklärung wollte die Firma Blohm + Voss nicht dulden. Sie schrieb an den Programmleiter des NDR u.a.

„Nach Anhören der Sendung müssen wir leider feststellen, daß durch Schnitte und gestellte Aus-

wahl im widersprüchlicher und die Tatsachen teilweise entstellender Weise ein außerordentlich negatives Bild unseres Unternehmens vermittelt wurde. Bei dem von Herr Hennig ohne unser Wissen (!) bezüglichen Belegschaftsmitglied handelt es sich nach unserer Auffassung entweder um einen Mann, der bei uns nicht beschäftigt ist, oder aber um eine mit fingiertem Namen zitierte Person. Inzwischen haben wir auch von jungen Belegschaftsmitgliedern, die an dem in der Sendung angesprochenen „Pendler“ gehörend, empörte Stellungnahmen bekommen. Wir bedauern sehr, daß Sie eine solche Sendung zugelassen haben, ohne uns zuvor über Ihre Absichten zu informieren (!) – Wir möchten Sie bitten, dafür zu sorgen, daß diese Sendung nicht weitere Verbreitung findet. Im übrigen werden wir unsere Bereitschaft, Mitarbeiter ihres Namens durch Informationen zu unterstützen, künftig davon abhängig machen, daß Sie uns eine faire Berichterstattung garantieren.“

Diesem Wunsch kam die Leitung des NDR nach. Entgegen sonst üblichem Vorgehen wurde die Sendung obwohl von dem Blohm + Voss-Brief hoch gelobt nicht wiederholt. Dadurch hatten die Autoren natürlich eine empfindliche finanzielle Einbuße – ein vorzügliches Mittel, um Journalisten davon abzuschrecken, Partei für die Arbeiterklasse zu ergreifen.

Nach zwei Jahren war es jetzt den beiden Autoren gelungen, eine Übernahme durch Radio Bremen zu erreichen. Die Sendung lief am 13. September, 21.15 – 22.15 Uhr im 2. Programm.

Journalisten-Zelle, KS/Gruppe Hamburg

Planübung „Arbeitskampf“

Wie sich die Polizei auf Streiks vorbereitet

Im Verlauf der jüngsten Streikbewegung, die ihren Schwerpunkt in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie hatte, wurde von den Kapitalisten in zahlreichen Fällen Polizei eingesetzt und in mehreren belagerten Fällen zur gewaltsamen Niederschlagung der Arbeitskämpfe eingesetzt. Besonders bekannt wurde der Luftangriff gegen die streikenden Kolleginnen und Kollegen bei

den Hella-Works in Lippstadt und Paderborn, wo mehrere Hundertschafften Bereitschaftspolizei auf die Streikposten (vorwiegend ausländische Kollegen) einrückten und für die Dauer des Arbeitskampfes das Werksgelände besetzt hielten (siehe dazu auch AK 31, S. 5).

der A. Pierberg Anlagenbau KG in Neuh, wo die Besatzungen von rund 20 Streifenwagen die von ArbeiterInnen blockierten Werkstore „rausstem“ und dabei nicht davor zurückschreckten, streikende Frauen krankenhaushelfer zu schlagen (siehe hierzu AK 32).

den Ford-Werken in Köln, wo mehrere Hundertschafften Bereitschaftspolizei, als Arbeiter verkleidete Züßbullen und Schlägertruppe vom „betriebsfremden Mitarbeiter“ (beladene Angestellte, Meister, Vorarbeiter etc.) den Streik der Automobilarbeiter brutal niederschlugen – das alles wurde direkt vom nordrhein-westfälischen Innenminister Weyer (FDP) vom Hubschrauber aus gesteuert (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Aus Anlaß der jüngsten massiven Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter – und aus der Einschätzung heraus, daß der staatliche Terror gegen die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse in der nächsten Zeit zunehmen wird – veröffentlichten wir im Folgenden ein Dokument, in dem ein Polizei-Strategie selbst Richtlinien für Einsätze bei Arbeitskämpfen entwickelt. In bemerkenswerter Offenheit schildert ein Polizeiernt an einem Modellfall, wozu Rechte die Polizei wie zu verweigern gedenkt. Die Tatsache, daß diese „Planübung“ bereits 1965 (!) entwickelt wurde und seitdem der Ausbildung und Schulung der Polizeischüler dient, macht darüberhinaus deutlich, daß die Organe der kapitalistischen Ordnung vorwiegend für kommende Klassenkämpfe ausgerichtet sind und ist gemacht werden. (Ein Blick in die Statistik zeigt, daß in den Jahren 1964/65 mit als wenigsten gestreikt wurde in der Nachkriegszeit Westdeutschlands!!!) Wir haben darauf verzichtet, ausserorts irgendwelche Hervorhebungen im Text zu machen. Die Ausführungen sprechen für sich!

Metall-Komitee, Kfz/Gruppe Hamburg

Die Streiklage

Am 22. März 1965, 06.45 Uhr, kommt es kurz vor Beginn der Früh-schicht vor den Werkstoren der „West-deutschen Stahlwerke“ (WSW) in der Hauptstraße der A-Stadt zu ersten Ausschreitungen einer offensichtlich aufgeheizten Menge von 200 bis 300 Streikenden gegen Arbeitswärtige die ihre Arbeit aufnehmen wollten. Dabei werden etwa zehn Personen, darunter auch Frauen und Angestellte, verletzt.

Das sofort von der Werkleitung und eigenen zur Aufklärung eingesetzten Beamten alarmierte zehnjährige 3. Polizei-Panzer regt unverzüglich eigene und unterstellte Kräfte in Stärke von 1 bis

und nach überörtlichen kriminalpoli-zeischen Erkenntnissen liegen bestimm-ten Anhaltspunkte dafür vor, daß radi-cale, vermutlich von außen gesteuerte

„Kampfbewegungen“ stattgefunden haben. Vermutlich von außen gesteuerte Kräfte mit Schwerpunkt A – Stadt des gewerkschaftlichen Streiks für folgende Ziele mitzubringen wollten:

- Aufhebung der Streikaktionen
- Einschüchterung der Arbeitswärtigen
- Lähmung der Produktion
- Schaffung von Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung
- Politisierung des Streiks mit un-

Diese Nachrichten, die Vorgänge vor den



DIE POLIZEI – DEIN FREUND UND HILFER. Immer im Verhältnis 4 zu 1

Antrag wird zurückgegeben. In einer um 8.15 Uhr im Polizeipräsidium mit Ver-antwortlichen der Streikkommissionen den Einsatzbesprechung erhält der Führer der BPA I vom Leiter der Schutzpo-lizei A – Stadt, daß vom Polizeipräs-identen die Gesamtleitung aller durch die Streiklage notwendigen Einzelmaßnah-men übertragen wurde, folgenden münd-lichen Befehl der ihm später schriftlich nachgereicht wird:

„1. Die Streiklage hat sich verschärft. Nach vorübergehender Zerstreuung ha-ben sich nach einer kurzen erhaltenden Meldung erneut etwa 500 Personen vor den Werkstoren der Stahlwerke ange-sammelt. Der Verkehr ist erheblich be-einträchtigt. Ein Verkehrsunfall hat be-reits zwei Verletzte gefordert. In Flug-blättern wird zu Gewaltmaßnahmen ge-gen Arbeitswärtige und Werkseinrichtun-gen aufgerufen und gegen die Regie-rung gehetzt.“

Einige Radfahrer konnten erkannt und fotografiert werden.

Versuche der Gewerkschaft, auf die Menge beruhigend einzunwirken und den Streikablauf in geordnete Bahnen zu lenken, blieben ohne Wirkung.

Es liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß radikale, vermutlich von außen gelenkte Kräfte den Streik für ihre unantizipierten Absichten miß-bräuchen wollen.

Es ist daher im vorgesehenen Schwer-punkt A – Stadt jederzeit mit weiteren erregten Strömungen und Zwischenfä-len ab sofort zu rechnen, insbesondere mit Ausschreitungen gegen Arbeitswärt-ige beim nächsten Schichtwechsel um 13.00 Uhr.

Im Eisenwerk „Union“ in A – Stadt ist die Streiksituation ebenfalls ange-spannt. Dort haben sich vor den Werk-to-ren etwa 200 Streikende angesammelt. Der Verkehr ist durch die Blockade der To-ren etwa 200 Streikende eingesam-melt. Zu weiteren Ausschreitungen ist so-jedoch dort noch nicht gekommen. Das Verhalten der Streikenden läßt aber auch dort und an verschiedenen Stellen der Stadt Bedrohungen befürchten.

Aufgaben und Lösungen

Erste Aufgabe: Entschluß des Abteilungs-führers

31 Schutz der Arbeitswärtigen vor Be-leidigungen und Tätlichkeiten bei der An- und Abfahrt unter Einbeziehung des Hauptverkehrs

41 Schutz der wichtigen Betriebsan-lagen

51 Bereithalten einer starken Reserve.

schaft mit vier unterstellten Beamten der Kripo übernimmt heute ab 14.00 Uhr die auf-merksame Überwachung des Hauptverkehrs mit dem Schutz wichti-ger Anlagen des Stahlwerks.

Dazu ist die Hundertschaft ins Werk zu verlegen.



Dieser gepanzerte „Gruppenwagen“ (so die offizielle Bezeichnung) wurde in Nordrhein-Westfalen in sechs Exemplaren vom Innenminister bestellt und wird demnächst zu einem Stückpreis von 13 000 DM geliefert. Wie wir bereits im ARBEITERKAMPF 30 berichteten, ist dieser Kauf Teil eines aufwendigen Aufrüstungsprogramms für die Polizei Nordrhein-Westfalens. Der in Gemeinschaftsarbeit von Daimler-Benz und Rheinmetall hergestellte Kampfwagen bietet zehn Personen Platz, erreicht eine Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde und hat auf dem Dach zwei Luken für

Zweite Aufgabe: Befehl des Abteilungs-führers

Lösung

Mündlich persönlich an Führer der Hundertschaft eins bis vier und die Sach-bearbeiter „Schutzpolizei, Einsatz, Ver-wendung und Organisation“ (S 11) und Schutzpolizei, Fernmeldedienst (S 16), die der Abteilungsleiter zur Bespre-chung mitgenommen hatte.

1) Die verschärfte Streiklage, insbe-sondere bei den Stahlwerken, ist ihnen bekannt. 2) 3. Polizei-Revier überwacht Ansamm-lungen in Stärke von 500 Streikenden vor den Werkstoren und hat Versteck auf der Hauptstraße in Richtung Stadtmitte über die Südtstraße ... umgelenkt. Kanal-strasse ist zwischen Oststraße und West-strasse gesperrt. Einzeldienstkräfte und Einsatzplan durchsucht das Polizeipräsidium A – Stadt schutzen Arbeitswärtige und An-lage der „Union“ Eisenwerke und an-derer Betriebe. 3) Die BPA I konstruiert sofort Ansum-mungen im Raum Stahlwerk abdecken sofort verstärkte Aufklärung im engen Bereich des Stahlwerks. Der Streik von hundert weitere Ansammlungen und schütz unter Bereitstellung einer star-ken Reserve Arbeitswärtige und wichtige Werkanlagen.

Hierzu sind mir unterstellt: 16 Be-amte der Kripo und ein Wasserwerfer. 4) Zur Durchführung bezieht ich 1 Hundertschaft mit vier unterstellten 51-Beamten und unterstellten Was-serwerfer. Ich sofort Ansammlungen vor den Werkstoren der Stahlwerke auf-zubrechen, verdrängt Aufklärung vom 3. Pol-Revier im engen und weiteren Bereich verhindert weitere Ansammlun-gen hält einwärtige Straßen und Werke-tore frei, nimmt Radfahrer fest und stellt Beweismaterial sicher. 2. Hundert

2. Hundertschaft mit vier unterstellten Beamten der Kripo übernimmt vom nächsten Schichtwechsel ab bis auf wei-teren den Schutz der Arbeitswärtigen bei der An- und Abfahrt unter Einbe-ziehung der Wohnbereiche. 4. Hundertschaft mit drei unterstellten Beamten der Kripo hält sich ab sofort im Hintergebäude des 3. Polizeireviere als Reserve einsatzbereit. Festgenommen sind zur ersten Ver-nahme zunächst dem 3. Polizei-Revier



zuführten. Weiter zeigen zu 1.13 gemündeten Ansammlung und Verweh-rungsmittel der Einsatzleitung im Poli-ziepräsidium übernimmt 3. Polizei-Re-vier. Zur Aufklärung sind Kriminalbeamte einzeln oder in Truppe einzusetzen. Ihre Ausrüstung mit Fotogerät ist vorrätig. Bildmaterial erleichtert die Strafver-folgung.



Mit Mps bewaffnete Spezialseinheiten sind in 45 Minuten an jedem „Krisenherd“ (in der BRD)

Zur Wiederherstellung und Aufrechter-haltung von Sicherheit und Ordnung ein bei ihrem Erscheinen werden die Beamten von der Menge mit Pfeif-Rufen und Steinwürfen empfangen. Die Aufforderung über Lautsprecher aus-einanderzurufen und die Umgebung der Stahlwerke zu verlassen, wird bei-der Wiederholung und Androhung von polizeilichen Zwangsmaßnahmen nur zögernd und nur zum Teil befolgt. Auf-grund von Aussagen Polizeikomman-

Stahlwerken am frühen Morgen und eine vertrauliche Mitteilung der Gewerkschaft daß im Laufe des Tages auch in anderen Industriebetrieben das Lan-de, insbesondere aber in der Stadt mit ähnlichen Strömungen zu rechnen sei, veranlassen den Polizeipräsidenten von A – Stadt beim Innenministerium sei-ne Lenkung der Unterstellung der be-reit seit wenigen Tagen in Alarm-Bereitschaft liegenden Bereitschaftspolizei-Abteilung I (BPA I) zu beauftragen. Dem

Lösung

1) Ab sofort verstärkte Aufklärung im engen und weiteren Bereich der Stahl-werke. 2) Auflösung der Ansammlung vor den Werkstoren Festnahme von Radfah-rem und Verhinderung von Beweism-terial sowie Verhinderung weiterer An-sammlungen und Verkehrsbehinderun-

Forts. „Arbeitskampf“

Polizeihunde und werten. Ein Einsatz im Objektschutz. Ein sonstiger Einsatz ist aus psychologischen Gründen mehr gefährlich und daher zu vermeiden. Bereitsende Polizei ist zum Schützen, Räumen und Freihalten mit guter Wirkung verwendbar.

Der Wasserverfänger ist das wirksamste Mittel zum Räumen von Straßen und Plätzen. Sein Einsatz hat außerdem eine stark abkühlende und entspannende Wirkung.

Besonders zu überwachen sind Werks- eingänge, Notausgänge, Zufahrtsstraßen, Straßenbahn- und Omnibushaltestellen, Kanalisation, Bahn- und Wasseranschluss, lebenswichtige Betriebsanlagen, Streiklokale und Werkkantin. Arbeitswilligen ist notfalls durch Öffnung breiter Durchlässe, die nicht eingedrückt werden können, die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Arbeits- stellung zu betreten oder zu verlassen.

Werkseingänge sind hierzu offenzu- halten durch Einsatz starker Kräfte vor dem Tor und Bereitstellen einer Reserve hinter dem Tor.

Bei Sperrung eines Tones sind schwache Kräfte vor dem Tor einzu- setzen und starke Kräfte als Reserve hinter dem Tor bereitzustellen.

Zur Freiräumung von Radelfahrern sind Greiftrümpfe bereitzustellen und durch eine schnell zu bildende Gasse überkreuzt ansetzen. Für einen so- fertigen und gesicherten Transport zur Festgenommenen nehmen und Verneh- mungsorte ist zu sorgen. Widerstand und Gefangenbefreiung sind dabei zu vermeiden.

Arbeitswillige sind zu schützen durch Begleitung von Bahnhöfen und Halte- stellen öffentlicher und privater Ver- kehrsmittel durch Bildung von Konvois privater Fahrzeuge von Arbeitswilligen mit polizeilicher Begleitung, durch Be- gleitung öffentlicher Verkehrsmittel durch motorisierte Streifen in die Wohn- gebiete und umgekehrt und ggf. durch Einrichten von Wachen in den Wohn- bereichen.

Schutz der Parkplätze, auf denen

Arbeitswillige ihre Fahrzeuge abgestellt haben. Kontrolle betrieb- und ortsfremder Fahrzeuge.

Unter Verwendung einer Plenzung be- arbeitet von Polizeileutnant Josef Müller, Mistrup.

Ans: „DIE POLIZEI“, April 1965

Bosse und Polizei bauen Werkschutz auf und aus

Zur Verbesserung der Tätigkeit des Wach- und Werkschutzes der Groß- unternehmen hat die Bundesver- einigung der Arbeitgeber (BDA) be- schlossen, im letzten Quartal dieses Jahres eine Reihe von Speziallehrgängen für Pförtner, Wach-, Ord- nungs- und Ermittlungspersonal durchzuführen.

Vorgesehen sind dabei drei Grundlehrgänge, ein Aufbauleh- rang und Speziallehrgänge für Fo- tographie und Verwendung von „Schulzhunden“.

Aufbau bildet ein „Seminar für Werkschutzleiter“, das vom 17.-18. Oktober im Verwaltungsgebäude des BDI in Köln durchgeführt wird. Die „Spezialisten“ treffen sich danach zu mehreren Kursen in Hal-

tern (Westfalen).

Das BDA-Präsidium ließ wis- sen, daß „erfahrene Werkschutz- leiter und leitende (?) Polizeibeam- te“ als Instrukteure gewonnen werden konnten.

Der „Ermittlungslehrgang“ wird eine Woche dauern (Beginn 26. No- vember); der „Lehrgang für Pho- tographie als Beweismittel bei beson- deren Ereignissen im Betrieb“ wird fünf Tage dauern, am 4. Dezember beginnt ein zweitägiger Kursus „für die Verwendung von Schutzhun- den“.

Organisator dieser Kurse ist der „Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.“

(nach Berliner EXTRA DIENST)

Bundeswehrübung gegen Streikende

Unter dem Decknamen „Rö- merkastell“ Oben Bundes- wehrübungen der 2. Division in Hesse, den Bürgerkrieg. In der Feindlage wurde angenommen, daß die Arbeiter des Henschel- werkes in Kassel streikten, außer- dem sollte der Einsatz gegen „un- ruhige Soldaten eines Munitions- depots“ geübt werden. Bei der Übung gegen die Henschelarbeiter sollen die Soldaten, die den „Feind“ spielen, die übliche Klei- dung der Industriearbeiter getragen haben.

Diese Meldung aus der GDM- Zeitung „Metall“ Nr. 15 Juli 73 und der „UZ“ der DKP wurde von der Bourgeoisie bzw. ihren Handlangern im Staatsapparat nicht demontiert.

Wirklichkeit.

Solche Übungen sind Ausdruck der systematischen Vorbereitung des „Kapitals zum verheerenden Kampf gegen die Arbeiterklasse.“

Der Aufbau spezieller Bürger- kriegstruppen in der Bundeswehr wird seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundesrat 1968, durch die sozialdemokratische Bundesregierung verstärkt vorange- trieben (s. hierzu „ARBEITER KAMPF“ Nr. 31 Aug. 73, S. 12-15). Die Übungen gegen die eigene Be- völkerung wurden bisher vor der Masse der Soldaten getarnt als Übungen gegen den „Kombattan- ten“ Gegner, der heißt gegen den eingedringenen „... äußeren Feind“ – Fallschirmjäger usw.

Wenn diese Übungen jetzt offen gegen den „inneren“ Feind (die Arbeiterklasse) abgehalten werden, bedeutet das, die politisch-ideolo- gische Ausrichtung der Soldaten auf das „innere Feindbild“. Die Vor- bereitungen der Bourgeoisie auf den Bürgerkrieg erreichen damit eine neue Qualität. Arbeiter in Uni- form sollen daran gewöhnt werden, gegen ihre streikenden Kollegen zu kämpfen. Aber nicht nur gegen „streikende Henschelarbeiter“ soll der militärische Einsatz geübt wer- den, sondern auch gegen ihre uni- formierten Kameraden, die nicht mehr bereit sind, für die Kapitalisten ihre Haut auf den Markt zu tragen und sich weigern gegen ihre Klas- senbrüder zu kämpfen. ■

Militarismus-Kommission, KB-Gruppe, Hamburg

Ein „Ausrutscher“ allzu eifriger Militaristen“ oder systematische Bürgerkriegsvorbereitungen?

In der Darstellung der sozialde- mokratischen Gewerkschafts- und auch der „UZ“ werden solche Übungen als etwas „Besonderes“ als Überbleibsel des „Kalten Krie- ges“ dargestellt. Ausgedacht und ausgeführt von Militaristen und Revanchepolitikern, die mit solchen Übungen die „Friedenspolitik“ der Regierung sabotieren wollen.

Wer solche Übungen als etwas Besonderes als „Ausrutscher“ ein- ger „Militärköpfe“ darstellt, streut der Arbeiterklasse Sand in die Augen, verschleiert den Blick für die



Treffen auf 40 m genau. – Die Ziel-Attrappen sind menschliche Figuren ohne Arme und Beine („Kampfunfähig“ schließen ist nicht mehr vorgesehen)

Am Montag Morgen, dem 10. 9.73, machten die hannoverschen Müllwerker ihre Drohung wahr und legten nach einer Betriebsversammlung, an der alle 800 Kollegen des Fuhrantes teil nahmen (unter ihnen ca. 1/3 Spanier), unbefristet ihre Arbeit nieder. Die Kollegen streikten für eine Forderung von 600 DM (netto) Teuerungszulage, um die enormen Preissteigerungen der letzten Zeit ausgleichen zu können. Für den Streik zur Durchsetzung der For- derung sprachen sich 799 der an- wesenden 800 Kollegen aus. Ob wohl die Vertreter von Stadtwir- tung und Müllamt sowie „ihre“ gewählte Personalrat, massiv auf sie einredeten, von einem Streik abzurufen.

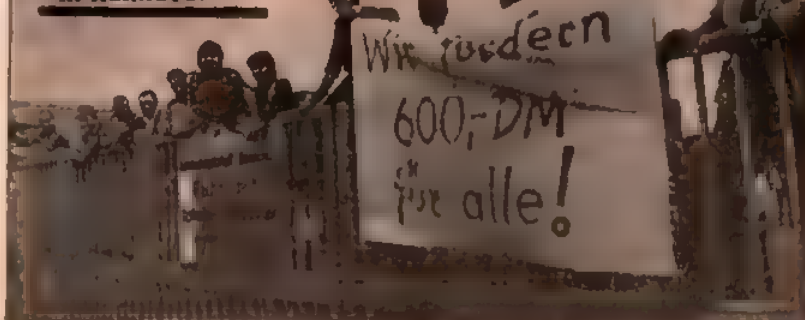
Nachdem die staatlichen Stellen ein „Angebot“ einer Teuerungszu- lage zwischen 263 und 363 DM (brutto) unterbreitet hatten, sprach ein Vertreter des Vertrauensleite- körpers. Er sagte:

„Der Betriebsfriede kann in die- sem Falle nur vom Arbeitgeber wieder hergestellt werden, indem er uns die 600 DM zahlt und nicht so miserabel Angebote macht!“

Die ÖTV-Führung trat durch den Sekretär der Abteilung sehr wort- radikal auf und bot sich als weiterer Verhandlungspartner für die Arbeit- nehmerseite an.

Am Dienstag morgen kam es auch in Wolfsburg zu Streiks der Müllwerker, Gartenarbeiter und

Der Streik der Müllwerker in Hannover



Streikende Müllwerker in Hannover halten ihr Depot besetzt

Das wird verdient (brutto)

- Müllwerker (Anfangsgehalt) 1273 Mark
- Stadtpförtner 1222,77 Mark
- Taxifahrer und Fahrer kleiner Lastwagen 1127,41 Mark
- Spontalfahrer der großen Müll- wagen 1184 Mark
- Handwerker 1243 Mark
- Küchenpersonal 952 Mark

Totengräber. Dabei stürmten mehr als 100 Kollegen mit Pfaffen das Büro des Oberstadtdirektors im Rathaus, um ihrer Forderung nach 600 DM Teuerungszulage Nachdruck

zu verleihen. Ebenfalls in Oberbau- kam es zu Streiks der Müll- arbeiter, Straßenfeger und Kanal- arbeiter um eine Teuerungszulage.

In Hannover traten 48 Veremes- sungen in einen Solidaritäts- streik. Auch bei den Stadtwerken wurde ein Streik von den Beleg- kanten erwogen.

Nach drei Tagen Streik wurde dann plötzlich überall die Arbeit wieder aufgenommen. Die Vertre- der der ÖTV hatten sich mit den Stadtverwaltungen auf einen „Kom- promiß“ geeinigt: 100 bis 300 DM netto Teuerungszulage (ganz nach

Lohngruppe) und eine Urlaubsgeld- zahlung von 63 DM war das Ergeb- nis. Beim althergebrachten wird dabei deutlich, daß von der Ver- handlungskommission ein schlech- terer Abschluß „erkämpft“ wurde, als das Angebot, das von der han- noverischen Stadtverwaltung schon vor dem Streik unterbreitet wurde. Der von SPD-„Kollegen“ aus Stadt- verwaltung und Gewerkschaftsfüh- rung geplante Anschlag der Müll- werker hatte geklappt. Das Rezept des Dampfblasens und der Wort- radikalität durch die ÖTV Funk- tionäre zur Niederhaltung von Ab- teileraktionen hat ein weiteres mal

seinen Zweck erfüllt. Während der Streikaktionen zog die gesamte bürgerliche Presse alle Register zur Verteufelung des Streiks.

Zu einer Spitzenleistung an De- magogie brachte es die „Neue Han- noverische Presse“, als sie in ihrer Ausgabe vom 12.9.73 schrieb:

„... Die Flugkoten (!) haben es vorgenommen, was eine kleine Min- derheit (!) anrichten kann. Bloß da konnten die Flugkoten auf andere Verkehrsmittel ausweichen. Wenn es aber kein Gas, Strom oder Wasser mehr gibt, dann können die Bürger der Landeshauptstadt nicht auswei- chen.“

Ein Streik bedeutet hier nicht nur Müllmengen, die für die denn- lehmige Industrie (!), sondern dann kann die Mutter für ihre Kin- der nichts mehr kochen (!!!), ... und was wohl das Schlimmste ist, die hygienischen Verhältnisse wer- den bald ... zum Himmel stinken. Soll etwa bei uns wie in Brasilien Cholesterin und Typhus ausbrechen?“

Nach dem Hinweis darauf, daß „die Allgemeinheit ... nicht Opfer eines Tarifstreiks werden (kann)“, wird die hannoversche Bevölkerung mit zur „Selbstverteidigung“ an- gemahnt. Das geschieht so:

„Wir verstehen wohl kein Geheim- nis (!), daß eine derartige Auswei- chung bei den Bürgern unserer Stadt nicht nur auf Unverständnis (!), sondern auf völlige Ablehnung (!!!), ja auf Empörung (!!!) stoßen wird.“

Gewerkschaftlicher Hafen (ÖTV) KB-Gruppe, Hamburg

KOLLEGEN
ABONNIERT DEN



Arbeiterkampf
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Bestellungen an VERLAG ARBEITERKAMPF
2000 Hamburg 13

Reichhold Albert Chemie AG Hamburg:

Von den Nazis abgeguckt

Kapitalisten und SPD-Betriebsrat wollen betriebliche Vertrauensleute einführen.

Im Hoechst-Konzern wurden die „betrieblichen Vertrauensleute“ 1967 durch eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat (BR) eingeführt. Bei der Reichhold Albert Chemie AG, die 67 vom Hoechst-Konzern übernommen wurde, machte die Geschäftsführung im Herbst 71 den ersten Vorstoß, die betrieblichen Vertrauensleute (BVL) einzuführen.

Dies scheiterte damals am entschiedenen Widerstand des jungen, im Frühjahr 71 gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers, der gerade im Sommer bei Reichhold einen Vollstreik organisiert hatte und starken Rückhalt in der Belegschaft hatte. Der damals stützende BR – geführt vom rechten Sozialdemokraten Teschner – war an sich gar nicht so abgeneigt, die Betriebsvereinbarung mit der GL abzuschließen, mußte jedoch im Anbetracht der im Frühjahr 72 anstehenden BR-Wahlen auf die Stimmung der Belegschaft Rücksicht nehmen, in deren Augen er ohnehin wegen seiner ablehnenden Haltung dem Streik gegenüber keine gute Figur machte.

In diesen Wochen liegt die Betriebsvereinbarung wieder auf dem Tisch des Betriebsrates. Die Chance für die Belegschaft, den Abschied ein zweites Mal zu verhindern, ist sehr klein geworden, denn die Situation hat sich im letzten Jahr stark zugunsten der Belegschaft verändert.

Bei der BR-Wahl 72 gewann zwar die IG-Chemie-Liste gegen den auf einer unabhängigen Liste kandidierenden alten BR unter Teschner die Mehrheit im BR. Diese Mehrheit entwickelte sich allerdings unter

Mehrheit im BR. „Jene“ Meinung entwickelte sich allerdings unter den Schägern der Geschäftsführung und dem zunehmenden Einfluß seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung immer mehr nach rechts, so daß gegenwärtig kaum noch ein Unterschied zwischen der Politik der IG-Chemie-BRs und der der Teschner-Anhänger zu verzeichnen ist. Einen weiteren Schlag versetzte die Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hamburg den Arbeitern und Angestellten Anfang März 73, als der VLK auf, weil es keine andere Möglichkeit sah, den Einfluß linker und kommunistischer Vertrauensleute im VLK und in der Belegschaft zurückzudrängen. Hinzu kommt, daß seit Anfang des Jahres eine neukonstituierte SPD-Betriebsgruppe, die unter der Leitung des BR-Vorsitzenden Volkmann und des örtlichen IG-Chemie-Sekretärs Kodolitsch steht, eine kontinuierliche antikomunistische Hetzpropaganda betreibt, die zum Ziel hat, die ehemaligen linken Vertrauensleute zu diffamieren.

In der Belegschaft ist eine gewisse Resignation und ein Desinteresse an betriebspolitischen Fragen als Folge dieser Politik zu verzeichnen. Von einer kleinen Gruppe aktiver Gewerkschafter allerdings wurde in den letzten Monaten immer wieder die Forderung nach Neuwahl eines VLK laut. Das aber wollen Gewerkschaftsführung und SPD-BR mit aller Macht verhindern, da sie wissen, daß größtenteils die Linken wiedergewählt werden würden.

Aus diesem Grund taucht jetzt wieder – offenbar sogar auf Initiative von BR-Vorsitzenden Volkmann (!) – das Konzept der betrieblichen Vertrauensleute (s. Nachdruck) aus der Versenkung auf. Die BVL müssen als Teil der SPD-Strategie zur Zurückdrängung der Linken begriffen werden.

Exemplarisch läßt sich an diesem Fall zeigen, wie SPD-BRs den Kapitalisten die Arbeit abnehmen, erwerbsfähige Maßnahmen in der Belegschaft durchzusetzen.

SPD-Betriebsgruppe – Kampf gegen links

Im Februar dieses Jahres wurde bei Reichhold eine SPD-Betriebsgruppe gegründet. Wesentlicher Initiator aus dem Betrieb war BR-Vorsitzender Volkmann und von der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Sekretär Kodolitsch. Das ist berichtet worden, daß Volkmann auf der ersten Sitzung gefordert hat, daß der Schwerpunkt der Arbeit der SPD-Betriebsgruppe auf dem „Kampf gegen die Kommunisten und deren Sympathisanten“ liegen sollte.

Gegenwärtig arbeitet die Mehrheit des Betriebsrates auf dieser Linie. Die Differenzen zwischen den sich bei den BR-Wahlen 72 gegenüberstehenden Listen – der linken IG-Chemie-Liste unter Volkmann und der rechten unabhängigen Liste unter dem alten BR Teschner – sind beim „Kampf gegen links“ verschwiegend gering geworden.

Die Fronten haben sich verschoben.

1971/72 Der junge VLK, darunter Volkmann, sprach sich einstimmig gegen die Einführung der BVL aus und zwang den damaligen BR, die BVL der Geschäftsführung gegenüber abzulehnen.

Im VLK bestand einhellige Empörung über die Boykott-Haltung des alten BRs während des Streiks 71. Volkmann war unter anderem Wortführer der Kritik am alten BR.

Die IG-Chemie-Liste trat zu den BR-Wahlen eindeutig als Oppositionsliste gegen den rechten BR unter Teschner und für eine links-gewerkschaftsorientierte BR Politik auf.

Frühjahr 73 Zusammen mit den

Stimmen der Rechten drückte

Frühjahr 73 Zusammen mit den Stimmen der Rechten drückte Volkmann die Verabschiedung einer arbeitgeberfeindlichen Arbeitsordnung gegen die Stimmen zweier linker Betriebsräte durch. Es handelt sich dabei um die im Hoechst-Konzern gültige Arbeitsordnung, die im Zuge der verschärften Eingliederung von Reichhold in den Konzern, die Kollegen stärker in den Griff nehmen soll.

Zusammen mit den rechten und unter deren Beifall verabschiedete Volkmann gegen die Stimmen der Linken eine antikomunistische Solidaritätsadresse an den reaktionären BR-Vorsitzenden Jörgensen vom Springer Verlag, in der er ihm seine Solidarität im Kampf gegen links ausdrückt (Jörgensen hatte gerade versucht, einen linken BR, der den Streik der Springer-Kollegen in dieser Tarifrunde unterstützt hatte, aus dem BR zu scheißen – vgl. AK Nr. 31).

Während der Tarifrunde gab Volkmann zusammen mit der Verwaltungsstelle eine ganze Reihe antikomunistischer Hetzschriften gegen den CHEMIFARBETTER (Branchenzeitung des KB) heraus. Höhepunkt dieser Aktivitäten war eine gemeinsame (!) Stellungnahme von ihm und Teschner, in der er nachträglich versucht, die Rolle, die er 71/72 im VLK gespielt hat, zu vertuschen: „er habe nie etwas mit Kommunisten zu tun gehabt.“ (Volkmann läßt hier er hatte damals Kontakt zum damaligen Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und hat auch teilgenommen an gemeinsamen Schulungsmaßnahmen).

Die Gründe für die Wandlung der Mehrheit der IG-Chemie-Liste und vor allem Volkmanns von linken Vertrauensleuten zu Karrieristen und SPD-Parteipolitikern können wir an dieser Stelle nicht unter-

suchen. Wir werden dies allerdings in einem späteren Artikel über Reichhold nachholen.

Rechte Sozialdemokraten erleiden Niederlagen

Trotz dieser massiven Versuche seitens der SPD-BG, den Einfluß der Linken und Kommunisten zurückzudrängen, gelang ihnen dies im VLK nicht. Die rechten Sozialdemokraten wie Volkmann und Kodolitsch bekamen Anfang 73 im VLK kein Bein an die Erde bei mehreren Abstimmungen erlitten sie Niederlagen.

Trotz Kodolitsch's Abwiegungsversuchen sprach sich der VLK gegen den Abschluß der neuen Hoechster Arbeitsordnung aus und beschloß, dazu ein Flugblatt für die Belegschaft herauszugeben. Als einziger stimmte BR-Vorsitzender Volkmann dagegen.

Desgleichen sollte ein Flugblatt gegen das Propagandaorgan der Chemiekapitalisten „aktiv“, das den Reichhold-Kollegen auf Weisung der Geschäftsführung ins Haus geschickt wird, herausgegeben werden.



Kurt Teschner (Der „Dicke“), SPD bis 1972 BR-Vorsitzender

Kurt Teschner (Der „Dicke“), SPD, bis 1972 BR-Vorsitzender, amnestierter Aufstiegsangestellter und Hausmeister im werkseigenen Wohnheim für ausländische Reichhold-Kollegen. Als er 1972 nicht mehr freigestellt wurde, mußte er nicht in die Produktion zurück, sondern bekam den Posten als „Verwalter des Sozialgebäudes“. So hat er viel Zeit, im Betrieb rumzulaufen und sich umzuhören...

Die Vertrauensleute stimmten einstimmig für eine Forderung von 200,- DM in der diesjährigen Tarifrunde, obwohl Kodolitsch mit viel Redekunst versucht hatte, noch „etwas runter“ zu handeln.

Betriebliche Vertrauensleute – ein Teil der SPD-Strategie

Dieser VLK war also den Kapitalisten, aber auch der Verwaltungsstelle und dem SPD-BR, ein Dorn im Auge. So machte die Verwaltungsstelle den ersten Schritt zur Zurückdrängung der Linken und Kommunisten: Auflösung des VLK Anfang März 73 mit der „Begründung“, er sei von den „Roten und Chaoten unterwandert“. (s. AK Nr. 27)

Der nächste Schritt die Neuaufgabe der Betriebsvereinbarung über die „Einführung betrieblicher Vertrauensleute“, die 71 noch durch den Druck der Belegschaft verhindert werden konnte. Sowohl die Kapitalisten, Gewerkschaftsführer als auch der BR rechnen offenbar damit.

Die drei wichtigsten Punkte der Betriebsvereinbarung sind folgende: 1) Die betrieblichen Vertrauensleute (BVL) werden nicht wie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute nur von den Gewerkschaftsmitgliedern einer Belegschaft gewählt, sondern von der ganzen Belegschaft, „gleichgültig, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder nicht“ (Betriebsvereinbarung)

2) „Die Auszubildenden können

weder wählen, noch gewählt werden.“ (Wahlordnung)

3) „Vertreter der Werkleitung können an den Besprechungen (der Vertrauensleute teilnehmen.“ (Betriebsvereinbarung)

1.) Mobilisierung der Unorganisierten

Sowohl Kapitalisten, Gewerkschaftsführer als auch der BR rechnen offenbar damit, daß bei einer demokratischen Neuwahl des VLK die Linken von den Gewerkschaftsmitgliedern wiedergewählt werden würden. Das hoffen sie mit der Einführung eines betrieblichen VLK (BVLK) zu verhindern. Denn dieser wird von allen Belegschaftsangehörigen gewählt, „gleichgültig, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, oder nicht.“ (Betriebsvereinbarung) Bei Reichhold sind, bei einem Organisationsgrad von 37 %, im wesentlichen die Schichtarbeiter, ein Teil der Handwerker, so gut wie alle Lehrlinge und nur eine Handvoll Angestellte in der IG-Chemie organisiert.

Diese Kollegen sind in der Gewerkschaft, weil sie erkannt haben, daß die Auseinandersetzung mit den Kapitalisten um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gegen Übergriffe seitens der Unternehmer nur organisiert zu führen ist. Konkret war dies weitgehend diese Kollegen bei Reichhold, die den Streik 71 aktiv geführt haben, die der linken IG-Chemie-Liste bei den BR-Wahlen 72 ihre Stimme gegeben haben, obwohl allgemein bekannt war, daß auf dieser Liste auch Kommunisten kandidierten. Also der fortschrittlichste Teil der Belegschaft.

Die Bemühungen der linken und kommunistischen Vertrauensleute, eine fortschrittliche Politik zu machen, wurde von der Mehrheit dieser

chen, wurde von der Mehrheit dieser Kollegen – wenn nicht aktiv – so doch mit wohlwollender Neutralität unterstützt.

Nichtmitglieder werden natürlich mit ganz anderen Maßstäben an eine Wahl zum BVLK herangeführt, als Gewerkschafter. Ausschlaggebend dafür, wann sie ihre Stimme geben, wird nicht in erster Linie – wenn überhaupt – sein, ob ein Kollege sich konsequent für die Interessen der Arbeitnehmer eingesetzt hat. Sie haben ja noch nicht einmal selbst den Schritt in die Gewerkschaft hinein getan.

Dazu kommt, daß gerade die Angestellten, die die Mehrheit der Unorganisierten darstellen, am ehesten anfällig für die derzeit in Konzern- und Verwaltungsteile betriebens antikomunistische Hetze sind.

Durch die Mobilisierung dieser Teile der Belegschaft und durch ihre Beteiligung an den Wahlen zum BVLK erhoffen sich Gewerkschaftsführung und SPD-BR eine Zurückdrängung der Linken und Kommunisten.



2.) Die Lehrlinge werden ausgeschaltet

In einem Papier mit der Überschrift „Situationsanalyse der gewerkschaftlichen Arbeit bei Reichhold durch den BR-Vorsitzenden“ schreibt Volkmann: „Die Mehrheit der Mitglieder und die übergroße Mehrheit der Belegschaft lehnen re-

dikale politische Aussagen ab, identifizieren jedoch immer noch die Gewerkschaft mit diesen und beurteilen die Gewerkschaft nach dem Auftreten und Anschein ihrer betrieblichen Vertreter. Da diese Vertreter in der letzten Phase fast nur aus jungen Kollegen bestand, die leider an der Realität vorbei politisierten und sachlichen Belange der Interessenvertretung immer undurchsichtiger gestalteten, ist es mit dem Anschein nicht mehr weit her.“

An anderer Stelle spricht er von einer „Strukturverzerrung im aktiven Teil der Mitglieder durch Auszubildende und Jugendliche.“

Die Tatsachen sehen folgendermaßen aus: Die Jugendlichen machen 10 % der Belegschaft aus, stellen allerdings 25 % der Gewerkschaftsmitglieder, denn sie sind zu 80 % organisiert. Von daher waren sie natürlich ein starker Faktor im VLK. Der hohe Organisationsgrad ist mit ein Ergebnis der guten Arbeit der linken Jugendvertretung, sie hatte eine gewerkschaftliche Jugendgruppe organisiert, auf der immer wieder die Probleme der Lehrlinge zur Sprache kamen und von der aus auch einige Initiativen in den VLK hineingetragen wurden. So z.B. ging der Vorschlag, ein Flugblatt gegen die Kapitalistenzeitung „aktiv“ herauszugeben, von der Jugendgruppe aus und wurde im VLK aufgeführt.

Man könnte naiverweise denken, daß diese vorbildliche Arbeit der jungen Gewerkschafter Anerkennung findet bei der Verwaltungsstelle und IG-Chemie-Mitglied Volkmann. Weit gefehlt! Überall dort, wo Kollegen für ihre Interessen eintreten, ohne sich von Sozialdemokraten etwas einreden zu lassen, überall dort, wo Linke oder Kommunisten ihre Kollegen zur aktiven gewerkschaftlichen und politischen Arbeit mobilisieren, fürchten sozialdemokratische Gewerkschaftsführer oder Betriebsräte, daß ihr Einfluß zurückgeht und versuchen, den eigenständigen Aktivitäten der Arbeiter und Angestellten einen Riegel vorzuschieben.

Die vollständige Entrechtung der Jugendlichen durch die Betriebsvereinbarung über die BVL („Die Auszubildenden können weder wählen, noch gewählt werden.“ – Wahlordnung), stellt wohl einen der frechensten Angriffe auf die Reichhold-Belegschaft dar.

Ergänzt wird diese Offensive durch einen Brief der Personalabteilung an alle Abteilungsleiter, in dem darauf hingewiesen wird, daß es der Jugendvertretung verboten sei, die Kollegen in den Abteilungen zu besuchen. Die JV sei nur noch in der Sprechstunde und nur in dem dafür vorgesehenen Raum zu sprechen. Gezeigt wird hier versucht, den Kontakt der JV zu den Jugendlichen abzubauen und die JV zu isolieren.

3.) Werkleitung nimmt an Sitzungen der betrieblichen Vertrauensleute teil

Mit der Einführung der BVL soll das fundamentale Recht der Arbeiter auf eine von den Kapitalisten unabhängige Interessenvertretung abgeschafft werden.

In Punkt vier heißt es: „Die Vertrauensleute kommen alle zwei bis

drei Monate nach Absprache mit der Werkleitung zu gemeinsamen Besprechungen zusammen. Die Leitung obliegt dem BR-Vorsitzenden. Vertreter der Werkleitung können an den Besprechungen teilnehmen.“

Ein Unding ist es schon, daß die Vertrauensleute darauf festgelegt werden, sich nicht häufiger als höchstens fünf mal im Jahr zu treffen und dann auch nur „nach Abspra-

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Reichhold

„... mit der Werkleitung.“ Kernpunkt dieser Bestimmung allerdings ist die Teilnahme der Kapitalisten an den Sitzungen der Arbeitsrat. Das Ziel der Kapitalisten ist die Überwindung der Gewerkschaften, die Erörterung von praktischen Gegenmaßnahmen der Arbeiter, das Vorbringen der kleinsten Beschwerde eines Arbeiters wird dadurch unglaublich erschwert.

Betriebliche Vertrauensleute – ein Schritt zur Faschisierung

Das Konzept der BVL ruht nicht ein in die von den Kapitalisten und ihren Politikern betriebene Faschisierung von Staat und Gesellschaft, in die in allen Bereichen zu beobachteten ist. Das Ziel der Kapitalisten ist die totale Unterordnung der Arbeiterklasse unter das Klasseninteresse der Kapitalisten wie unter der faschistischen Diktatur im „Dritten Reich“. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, das Recht auf Streik, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie abgeschafft, die politischen Organisationen der Arbeiterklasse – die KPD, aber auch die SPD wurden aufgelöst, ihre Führer verhaftet und ermordet. Dahin soll die Rasse wieder gehen. Deshalb werden gegenwärtig der Staatsapparat und seine Unterdrückungsorgane wie Polizei, Militär, Justiz usw. ausgebaut, Gesetze werden geschaffen, die die brutale Unterdrückung von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Bevölkerung legalisieren: Notstandsgesetz, Bundesgrenzschutzgesetz, Vorbeugehaft, Waffengesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsrecht usw. ...

Auch die BVL sind keine Neuheit im Klassenkampf der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Sie erinnern sogar verteuelt an die sog. „Vertrauensmänner“, die im faschistischen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 34 vorgesehen

waren. Reichhold kommt es offenbar gar nicht darauf an, daß durch die Einführung einer VLK die Gewerkschaft objektiv geschwächt wird.

- Möglicherweise werden die Mitglieder im BVL in der Mehrheit sein
- Es gibt dann kein Organ mehr, indem – wie im gewerkschaftlichen VLK – die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb besprochen und organisiert werden kann
- Die aktivsten Gewerkschaftler – die Jugendlichen – werden völlig aus der Vertrauensleutearbeit ausgeschaltet.

Auch ein anderer Punkt spricht dafür, daß den rechten Sozialdemokraten Volkman und Kodolitsch momentan andere Dinge mehr „am Herzen“ liegen, als die Stärkung der Gewerkschaft. Vor kurzem haben verschiedene Gewerkschaftler von Reichhold – darunter langjährige und aktive Mitglieder – darum in ihrem Beitrag niedriger eingestuft zu werden. Die Motive dazu waren unterschiedlich. Einige gaben die unzureichende Freizeiteinweisung als Grund an, ein anderer Kollege hatte jahrelang einen höheren Beitrag, als satzungsmäßig vorgesehen, bezahlt und wollte jetzt den vorgeschriebenen zahlen. Im Hintergrund wird wohl bei allen die Frage gestanden haben, wofür sie eigentlich über Jahrzehnte Beiträge bezahlen, wenn mit diesen Geldern nicht, wie vorgesehen, Kämpfe gegen die Unterdrückung von mehr Lohn geführt werden, sondern seit Jahrzehnten – bis auf 71 – auf Betreiben der Gewerkschaftsführung nicht mehr gestreikt wird, gleichzeitig aber Ergebnisse ausgehandelt werden, die von und hinten nicht ausreichen. Kodolitsch besaß die Frechheit, diesen Kollegen einen Brief zu schicken, in dem er sie beschimpft, man wäre doch von ihnen eigentlich „Beitragserschütterer“ gewohnt, aber wenn sie sich nicht begnügen würden, könnte man auch ohne sie auskommen! „Er folgte“ diesem „Gewerkschaftsarbeit“ 2 Kollegen traten in den letzten Wo-

Das faschistische Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Eine der ersten Handlungen der Nazis nach ihrer „Machtergreifung“ war die Auflösung der Gewerkschaften. An ihrer Stelle wurde die „Deutsche Arbeitsfront“ aufgebaut, die unter Kontrolle der NSDAP stand.

Mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 hoben die Nazis schließlich auch das Betriebsratsgesetz von 1920 auf. Die deutschen Arbeiter hatten sich nach dem ersten Weltkrieg das Recht erkämpft, selbständige betriebliche Vertretungen zu wählen. Dieses Recht nahmen ihnen die Nazis.

Die allgemeine Marschrichtung des faschistischen Arbeitsgesetzes ist durch die Bestimmung angegeben, die Arbeiter und Angestellten müßten mit den Kapitalisten „gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“ zusammenarbeiten.

Den „Vertrauensräten“ die nach dem Gesetz an die Stelle der Betriebsräte traten, war außerdem die Pflicht vorgeschrieben, „das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen“. Dazu heißt es im Einzelnen noch:

„Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung (1), der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung der Verbesserung des Betriebszustandes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf die Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken.“

Die Aufgabe des „Vertrauensrates“ ist also eindeutig Wahrung des „sozialen Friedens“, während ihm jede Kampfmaßnahme verboten ist. Diese Regelung gefiel der deutschen Bourgeoisie so gut, daß sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus in das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 aufgenommen wurde. Das BVG verpflichtet die Betriebsräte zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten und verbietet ihnen „Maßnahmen des Arbeitskampfes“ (z.B. Unterstützung von Streiks).

Wie kamen nach dem faschistischen Arbeitsgesetz die „Vertrauensräte“ zustande? Zuerst einmal suchte sich der Kapitalist die „richtigen“ Leute heraus, wobei er mit dem Leiter der faschistischen Grundorganisation im Betrieb (NSBO) zusammenarbeiten mußte. Die vom Kapitalisten ausgewählten Leute wurden dann auf einer Liste den Arbeitern und Angestellten zur „Wahl“ gestellt. – Die Beschäftigten hatten also allenfalls die Möglichkeit, die vom Kapitalisten ausgewählten Leute abzulehnen, konnten aber nicht selbst Kandidaten aufstellen.

Lehnte die Mehrheit der Beschäftigten die Liste ab, so trat der faschistische Staat in Aktion. Er befahl dann die „Vertrauensleute“, wobei natürlich oft dieselben Leute vom Staat „berufen“ wurden, die eben erst von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes abgelehnt worden waren. Dem Staat war außerdem das Recht vorbehalten, „Vertrauensmänner“ wegen „sachlicher oder persönlicher Ungeeignetheit“ abzuberufen, wenn diese nicht wunschgemäß arbeiteten, sondern trotz des Auswahlverfahrens noch zu sehr für die Interessen der Kollegen eintraten.

Die „Vertrauensmänner“ waren ähnlich zu wählen. Es bewies die Stärke der Ablehnung des Faschismus durch die werktätigen Massen, daß trotz des herrschenden Terrors und der Knebelung durch das faschistische Arbeitsgesetz die „Vertrauensmänner“-Wahlen 1934 und 1935 zu Niederlagen für die Faschisten wurden. Daher fanden seit 1935 keine Wahlen mehr statt.

desto mehr wurde er durch die Politik der linken und kommunistischen Vertrauensleute entlarvt. Gegenüber einer kommunistischen Politik hat die Gewerkschaftsführung eben keine Chance, ihre Glaubwürdigkeit vor den Kollegen zu bewahren. So verfügte er nach seiner letzten Abstimmungsniederlage (zur Herausgabe eines Flugblattes zur Kapitalistenzeitung „aktiv“, mit der „Begründung“, die Vertrauensleute hätten „den Zusammenbruch aufgegeben“ (!!) die Auflösung des VLK.

Im AK 25 schreiben wir zu dieser Politik der Gewerkschaftsführung: „In der Vorherrschafft über das Ganze – unter der Parole der Einheit – nicht mehr gewählter, wird geglaubt, um zumindest danach noch die Vorherrschafft über einen gewissen Teil zu behalten. Über diesen Punkt darf sich die Arbeiterklasse keinerlei Illusionen machen!“ („Gegenoffensive der Rechten“).

Genau dies brachte Kodolitsch auch zum Ausdruck, als er auf der letzten Mitgliederversammlung bei Reichhold am 20.7. nach seiner Meinung zur Einführung betrieblicher Vertrauensleute gefragt wurde. Er sagte, wenn bei einer Wahl zu einem gewerkschaftlichen VLK „weder eine radikale Mehrheit die Mehrheit erhalten“ würde, wäre ein BVL das „letzte Mittel“. Also wenn die Mitgliedschaft nicht endlich auf den Kurs der Verwaltungsstelle einschwenkt, dann wird ihr eben verboten, ihre mehrheitlich vertretene Meinung aktiv im VLK zum Ausdruck zu bringen! Aus Kodolitschs Äußerung geht deutlich hervor, daß er sich völlig darüber im klaren ist, daß die Mehrheit der Vertrauensleute auf der Seite der Linken und Kommunisten (der „radikalen Mehrheit“) steht! Damit ist wieder einmal der zufällig und demokratische Charakter der Gewerkschaftsführung zu Tage getreten.

Was tun?

Geht man an die Frage realistisch heran, muß man wohl sagen, daß die Betriebsvereinbarung wahrscheinlich abgeschlossen wird. Die Mehrheit der Betriebsräte steht hinter BR-Vorsitzendem Volkman. Die einzige Möglichkeit, den Abschluß zu verhindern, wäre eine breite Widerstandsbewegung unter der Belegschaft selbst. Gegenwärtig ist allerdings das Interesse an diesen Fragen relativ gering. Die Fragen, die momentan im Betrieb unter den Kollegen diskutiert werden, drehen sich mehr um die wirtschaftliche Situation der Arbeiter bei den enormen Preiserhöhungen der letzten Zeit. Politische Fragen treten beim gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung in den Hintergrund.

Für die Kommunisten kommt es bei Reichhold in den nächsten Monaten verstärkt darauf an, diese politische Frage der „Betrieblichen Vertrauensleute“ und der Folgen für die Reichhold-Kollegen in den Vordergrund zu rücken. In den Diskussionen mit den Kollegen muß immer wieder der Gesamtzusammenhang (Wohin soll die Rasse gehen? Faschisierung von Staat und Gesellschaft ...) dieser kapitalistischen Politik klar gemacht werden.

Was aber tun, wenn die „Betrieblichen Vertrauensleute“ eingeführt worden sind?

Die Erfahrung der Merck-Arbeiter

Bei Merck, einem hessischen Chemiebetrieb mit ca. 8.000 Beschäftigten, wurde 68 eine Betriebsvereinbarung über die Einführung betrieblicher Vertrauensleute abgeschlossen, die das Hochstark fast aufs Haar gleicht. Auch hier war es der SPD-BR Vorsitzende – Fleckenstein –, der als Schlichter für die Einführung der betrieblichen Vertrauensleute fungierte. Auch hier das gleiche Motiv wie bei Reichhold: die Befürchtung, daß die alte rechte BR (Cheque in einem aktiven gewerkschaftlichen VLK schnell an Einfluß verlieren würde).

Die aktiven Gewerkschaftler riefen zur Wahl dazu auf, nur Gewerkschaftler zu wählen, um eine fortschrittliche Politik im betrieblichen VLK zu gewährleisten. Bei der Wahl gewannen die IG-Chemie-Kandidaten die Mehrheit der Sitze.

Vom Anfang an traten sie im BVL fraktionell auf, d.h. sie wählten sich eine eigene Leitung, führten eigene Treffen durch, gaben eine eigene Zeitung heraus und traten im BVL mit einer einheitlichen, vorher herausgearbeiteten Politik auf.

Diese linke Gewerkschaftsfraktion im BVL war für die Merck-Kollegen vor allem 71 während ihres Vollstreiks eine große Hilfe. Die Organisation des Streiks und das Durchhalten gegenüber den Angriffen der Unternehmer wäre ohne die linken Vertrauensleute nicht möglich gewesen.

Die äußeren Bedingungen waren für die Arbeit der linken Merck-Vertrauensleute allerdings sehr günstig. Die damals amtierende Verwaltungsvorsitzende H. Lang der IG-Chemie Darmstadt ist einer der wenigen ehrlichen linken Sekretäre gewesen, die durch seine tatkräftige Unterstützung der Merck-Vertrauensleute auch in die Schublade der Kritik des Hauptvorstandes geriet und daraufhin unter dem Druck der Gewerkschaftsleitung resigniert kündigte. Mit einer derartigen Unterstützung können die Vertrauensleute bei Reichhold selbstredend nicht rechnen. Im Gegenteil müssen sie ihren Kampf um einen gewerkschaftlichen VLK auf sich selbst gestellt und gegen zwei Fronten führen. Gegen die Kapitalisten und gegen die rechten Sozialdemokraten im BR und der Verwaltungsstelle.

Über dieses politische Kräfteverhältnis bzw. über die relative Schwäche der Reichhold-Vertrauensleute gegenüber diesen Gegnern – müssen sich die Vertrauensleute klar sein. Sonst werden sie die mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe unvorbereitet treffen und die ohnehin schon bestehende Gefahr der Resignation der besten Kollegen verstärken.

Es kommt also – neben der formalen Selbständigkeit der Gewerkschaftler in einem BVL (also eigene Sitzungen, Leitung, Zeitung usw.) – deren Wichtigkeit nicht zu unterschätzen ist – die geradezu die Voraussetzung für eine freien gewerkschaftlichen Arbeit ist, auch und vor allem auf die politische Klarheit in der Gewerkschaftsfraktion über die politischen Ziele der Kapitalistenklasse, über die grundsätzliche Funktion der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterklasse und über die Rolle der Sozialdemokratischen Ideologie an.

Betriebsrat Reichhold des KB Gruppe Hamburg



waren, (z. Kasten)

Wir haben heute noch keinen Faschismus, aber wir befinden uns auf dem Weg dorthin. Die Kapitalisten und ihre Politiker versuchen Stück für Stück die Rechte der Arbeiter abzuhauen und ihnen gleichzeitig einzureden, Klassenkampf sei schädlich für das „Gemeinwohl“, „gemeinsamen Rungen um Stabilität“, d.h. die Aufgabe des Klassenkampfes seitens der Arbeiter – sei notwendig usw.

Die BVL und ein Schritt im Zuge der Faschisierung. Dennoch wäre es falsch, die BVL als „rein faschistisch“ zu bezeichnen. Damit würde man Illusionen über das wahre Gesicht des Faschismus verbreiten. Es verbleiben den Arbeitern bei Reichhold einige demokratische Rechte, die unter einer faschistischen Diktatur abgeschafft sein würden.

Einerseits wird das fundamentale Recht der Arbeiter, sich eine von den Kapitalisten unabhängige Interessenvertretung zu schaffen, abgeschafft (Kapitalisten haben jederzeit Zugang zu den Besprechungen der BVL). Ein Teil der Belegschaft – die Auszubildenden – wird völlig entrechtet, was die Beteiligung an den BVL angeht.

Andererseits besteht für den Rest der Belegschaft noch das Recht, die Kollegen zu wählen, die sie wollen – also z.B. auch Gewerkschaftler oder Kommunisten.

Gewerkschaftsschädigendes Verhalten

Der Verwaltungsangestellte der IG-Chemie und Gewerkschaftsmitt-

chen aus der IG-Chemie aus, mehrere andere Kollegen äußerten, das gleiche tun zu wollen!

Die Verwaltungsstelle wird es gar nicht so ungern sehen, wenn gerade die kritischen Kollegen bei Reichhold angesichts einer derartigen Provokation „das Handtuch werfen“ und austreten. Durch solche Schritte resignierter Kollegen verkleinert sich die Gewerkschaftsopposition bei Reichhold praktisch von selber!

Wir kennen es aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß sich die Gewerkschaftsführung nicht scheut, sogar ganze Bezirke aufzulösen und Hunderte von Mitgliedern auszuscheiden. Das tat und tut es immer dann, wenn sie kein anderes Mittel mehr sieht, mit der wachsenden Kritik der Basis an ihrer arbeitfeindlichen Politik fertig zu werden bzw. diese Opposition mundtot zu machen.

Unter der Berufung auf die „Einheit“ der Gewerkschaft spielt die Gewerkschaftsführung einfach ganze Teile ab, mit der „Begründung“, die Kommunisten, die in der Regel die konsequentesten und grundätzlichsten Kritiker der Gewerkschaftsführung sind, würden die Einheit sabotieren und spalten. Auch bei der konkreten Auseinandersetzung bei Reichhold wird wieder deutlich, daß es den Gewerkschaftsführern gar nicht ehrlich um „Einheit“ und „Stärkung der Gewerkschaft“ geht, sondern in Wahrheit einzig und allein um ihre Vorherrschaft in der Gewerkschaft. Kodolitsch arbeitete solange im VLK, solange er sich noch Chancen ausrechnete, die Mehrheit der Vertrauensleute zu sich überzu ziehen. Er mußte allerdings feststellen, je länger er im VLK auftrat, desto unpopulärer machte er sich,

Fortsetzung KSZE

Vertrag mit der DDR) gegenüber der CSSR hat die Bundesregierung erdurchgesetzt, daß auf die gerechte Forderung „Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an“ verzichtet wurde. In der Westberlin-Frage hat die BRD bereits einige Zugeständnisse erreicht (Anerkennung der „engen Bindungen“ zwischen BRD und Westberlin) und versucht gegenwärtig, noch mehr zu erpressen.

Die Haltung Albanien zur KSZE

Als einziges europäisches Land nimmt das sozialistische Albanien nicht an der Konferenz in Helsinki teil. Albanien hat diese Entscheidung in einer Denkschrift an die finnische Regierung begründet. Darin heißt es u.a.

„Die Regierung der Volksrepublik Albanien und das albanische Volk verstehen die berechnete Sorge und die Beunruhigung der Völker Europas, die eine wirkliche Sicherheit und einen dauerhaften Frieden auf dem europäischen Kontinent wünschen. Es ist vollkommen natürlich, daß die Völker Europas, die allein in den letzten Jahrzehnten die Opfer von zwei Weltkriegen waren und großes Leid und Not über sich ergehen lassen mußten, heute die Sicherheit ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und nationalen Souveränität fordern und in Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit miteinander zu leben wünschen.“

Die albanische Regierung stellt dann klar, warum sie die KSZE nicht für ein geeignetes Forum hält, um auf der Basis der Gleichberechtigung „die europäischen Probleme im Einklang mit dem Willen und den legitimen Bestrebungen der europäischen Völker und Länder, im Einklang mit den Interessen der wirklichen Sicherheit in Europa zu lösen“. „Diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt, weil die zwei imperialistischen Mächte (gemeint sind USA und Sowjetunion – Anm. AK) die wichtigen internationalen Fragen untereinander und hinter dem Rücken der anderen Staaten und der Weltöffentlichkeit lösen. Die zwei Supermächte werden niemals Züge-

ständnisse außerhalb des Rahmens ihrer hegemonialen Interessen machen. Daher werden auch jene Staaten, die glauben, sie werden durch die Teilnahme an dieser Kon-

Auffassung nach richtig eingeschätzt.

„Irgendwelchen Beschluß, eine Erklärung oder ähnliches Dokument über den Gewaltverzicht, das even-



Vor 34 Nationen bekennen sich die Imperialisten zur Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker...

ferent irgendwelche wirtschaftliche, politische oder andere Profite herauszulegen, sehr bald enttäuscht sein.“

Hier unterschätzt die albanische Regierung anscheinend die Rolle der imperialistischen Großmächte wie BRD, Großbritannien, Frankreich, die sich eben durchaus begründete Hoffnungen machen, bei der KSZE „Profite herauszuschlagen“ (wie z.B. die Erfolge des BRD-Imperialismus mit der „neuen Ostpolitik“ bewiesen). Die offensichtliche Betonung der Rolle der beiden „Supermächte“ im größten Teil der Denkschrift steht auch in Widerspruch zu der Feststellung am Anfang

„Es ist inszwischen klar, daß die expansionistische und aggressive Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie der westdeutsche Revanchismus die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen.“

Und ferner zu der Feststellung, die Verträge BRD-Sowjetunion, BRD-Polen usw. hätten „die revisionistischen Tendenzen Westdeutschlands angeht und bekräftigt, indem Westdeutschland zum gleichberechtigten Partner (1) und zur ersten Macht in Europa wird.“ In der Denkschrift wird unserer

zweil auf dieser Konferenz angenommen werden könnte, wäre unter den heutigen Umständen nur eine

Wiederbelebung des Briand-Kellogg-Paktes, dessen Ende ja allgemein bekannt ist.“

(Der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 auch Kriegskontaktpakt genannt wurde bis 1948 von insgesamt 48 Staaten, darunter auch von Deutschland, unterzeichnet. Er verbietet den Krieg als Mittel der Politik. Seine Hauptfunktion bestand darin, die Völker über die allgemeinen Kriegsvorbereitungen zu täuschen)

Abschließend heißt es in der Denkschrift

„Die Regierung der VR Albanien ist der Meinung, daß die wirkliche Sicherheit in Europa nicht durch Konferenzen, die von den Supermächten angeregt und organisiert sind, erzielt werden kann. Die europäische Sicherheit kann nur durch die Anstrengungen aller friedliebenden Völker und Länder Europas erzielt werden. Sie müssen die Sache der Verteidigung ihrer hohen nationalen Interessen in ihre eigenen Hände nehmen. Die Völker Europas werden den wirklichen Frieden und die wirkliche Sicherheit erreichen, wenn sie ihre eigene na-

tionale Unabhängigkeit und Souveränität, die selbständige Entwicklung und die Verteidigungsfähigkeit ihrer eigenen Länder festlegen werden. Es ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblocke in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent dafür einzusetzen, damit alle fremden Militärbasispunkte und Truppen aus ihren eigenen Gebieten abgezogen werden, und ihre Anstrengungen mit dem Kampf um den Frieden und die Sicherheit der anderen Völker der Welt zu vereinen.“

Dazu ist unsererseits anzumerken, daß von der Festlegung der Verteidigungsfähigkeit in Wahrheit nur dort gesprochen werden kann, wo die Völker die Macht haben, das heißt in sozialistischen Staaten. In einem imperialistischen Land wie der BRD die „Verteidigungsfähigkeit“ zu stärken, würde offenbar heißen, seine Aggressivität nach außen und seinen Unterdrückungsapparat nach innen zu stärken, würde damit aber auch die Kriegsfähigkeit in Europa erheblich steigern.

Die Ledernacken proben den Krieg in der Wüste

Die Lage ist eindeutig: Eine mit seitlichen Waffen hochmodernen ausgerüstete Armee überläßt das israelische Hochland und drängt die Soldaten des Willensstehens ins Meer. Eine Landungsboje der US-Marine-Infanterie dampft gegen die Kampfbereitschaft der Ledernacken.

Die Einordnung durch die Wüste zurückzuführen. Schauplatz des Mannes, die Kiefer-Wüste im Eilat-Meer.

Die Antriebe mit möglichen Situationen im Nahen Osten oder im arabischen Persien. Glaubt man die Berichte des Verteidigungsministeriums in Washington, so ist es das beste, keine Verbindung zwischen der

Washington: Kein akuter Bezug - Rommel als Vorbild

Man hat sich lediglich über die Situation gewacht zu sein.

Es gibt keine polenischen Grund für die „Übergang“ verschickte Generalleutnant Georg Arlt im Manövergebiet. Doch andere Offiziere verärgern mehr. Sie haben von verbotenen Israel als ein hypothetisches Beispiel zu nennen, bemerkt, ein Oberst.

Talsche ist Amerikaner. Eines Kampfer rufen vom Dschungelkrieg in Vietnam auf bewachte

Auswanderungen in der Wüste.

Talsche ist auch die Forde in den Wüsten. Arlt, General 73, trugen die Uniformen der israelischen Armee. Brigaden der Arthur Polgen der 19800 Ledernacken die Landungsboje Huben zude. Daschiger und Anliefer betrug, wogte so.

Die Kriegsführung in der Wüste und die Landung in der Wüste haben wir seit 30 Jahren geübt. Wir können wir am besten. Alljährlich ist nur

daß die meisten der an der Übung beteiligten Soldaten zu Zweiten Division gehören. Sie ist Teil der 6. Flotte, die im Mittelmeer operiert.

Die Vereinigten Staaten haben im Nahen Osten zwei wichtige Interessen. „Vorteilen. Deswegen heißt Israel, das in Chicago lebend nicht ist, eine Wüste als ein gutes Beispiel. Das zweite ist, daß es für mehr arabische Länder ein Beispiel sein mag. Es mag ein Beispiel sein, das mag ein Beispiel sein, das mag ein Beispiel sein.“

Doch militärisch glauben sich die USA gut vorbereitet. General Polgen, ich habe gesehen, was Rommel in der Wüste geleistet hat, so daß wir nicht mehr von Wüsten entzogen müßten.

Abrüstung? Entspannung?

Notiz aus der „Hamburger Morgenpost“ vom 25.8.

Abrüstungs-Gespräche sollen Aufrüstung verschleiern

Das Atomtest Stopp-Abkommen

Im Jahre 1963 wurde zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien das Atomtest Stopp-Abkommen abgeschlossen. Das Abkommen verbietet das Ausüben der Kernkraft zur Erzeugung von Atomwaffen. Seit Unterzeichnung dieses Abkommens stiegen nicht nur die Rüstungsausgaben in den einzelnen Ländern erheblich (vgl. Tabelle), sondern auch die Weltöffentlichkeit immer „modernerer“ militärischen Waffen ging es weiter. So waren allerdings mit unterzeichneten Tests.

Das wahre Motiv der Imperialisten und Sowjetisten war vor allem, Druck auf die Völker auszuüben, während die Atomwaffen ausgebaut wurden. Die Tests ohne Schaden zu verursachen zu können, wurde China für die USA einer eigenen Art in der Kraft zu nicht auf überhöhten Tests angewiesen sein. So schenkt China hin die Möglichkeit, daß in dem Abkommen die „Schwarzen Tests“ und von der abstrakten Atomkraft führte China, versuchte durch

In die Reihe der Ost-West-Verhandlungen fallen auch die derzeit laufenden Gespräche über eine „Truppenreduzierung in Mitteleuropa“. Die „Abrüstungsverhandlungen“ sind Ergebnisse der mit 14 Jahren laufenden „amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit“, die 1959 mit einem Besuch Chruschtschows bei Eisenhower in Camp David eingeleitet wurde. Seit dieser Zeit gab es zunächst viele Abkommen über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, bald begannen beide Staaten, sich über „Abrüstungsmaßnahmen“ zu unterhalten.

Atomwaffen in die Kontrolle von Ländern weitergegeben werden, die keine Atomwaffen besitzen.

An diesem Vertrag war besonders die Sowjetunion interessiert, die vor allem besorgt war wegen einer möglichen Aufrüstung des BRD-Imperialismus mit Atomwaffen.

Dieses Ziel achtet das Abkommen allerdings in Wahrheit nicht. 1.) verbietet das Abkommen nicht die Stationierung von Atomwaffen im Ausland, z.B. von Atomwaffen der USA in der BRD, sofern diese formal unter Kontrolle der US-Truppen bleiben.

2.) hält sich die BRD ausdrücklich die Möglichkeit offen, im Rahmen eines „Vereinigten Europa“ doch noch Kontrolle über Atomwaffen zu erlangen.

Frankreich und die VR China traten dem Abkommen aus unterschiedlichen Gründen nicht bei.

Der Grund der französischen Bourgeoisie ist, daß sie eine von den USA unabhängige Politik, auch auf militärischem Gebiet, zu betreiben versucht. Die französischen Imperialisten wollen ihre atomare „Force de Frappe“ als politisches Mittel im Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa einbringen, gegebenenfalls als Ausgangspunkt für eine europäische Atomstreitkraft unter französischer Führung.

Daher ist besonders der BRD-Imperialismus an der Fortführung der französischen Atom-Aktivitäten sehr interessiert.

Chinas Standpunkt zu Atomwaffen

Die chinesischen Genossen legten schon in ihrer „Politik über die Generallinie“ (Peking 1965) ihren Standpunkt zur Frage der Atomwaffen dar.

„Wir sind mit jeder der Meinung, daß die imperialistischen Staaten, um die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege der Völker zu unterstützen, keine Atomwaffen anwenden sollen und es auch nicht nötig haben.“

Wir sind sehr jeder der Meinung, daß die imperialistischen Staaten die nukleare Überlegenheit erreichen und aufrechterhalten müssen. Nur so kann man den imperialistischen Schranken halten, daß er es nicht wagt, einen Atomkrieg zu entfesseln, nur so kann das vollständige Verbot der Kernwaffen herbeigeführt werden.

Wir sind sehr der Meinung, daß Kernwaffen in den Händen eines imperialistischen Staates immer nur Verteidigungswaffen zur Abwehr imperialistischer nuklearer Drohungen

sein können. Ein sozialistischer Staat darf auf keinen Fall als erster Atomwaffen anwenden.“ (S. 274 – der zitierte Artikel ist vom 19. Nov. 63)

Nach dem ersten Atomversuch am 16. Oktober 64 erklärte Chinas Regierung u.a.

„Es sind die Menschen und nicht irgendwelche Waffen, die über Sieg oder Niederlage in einem Krieg entscheiden. Das Schicksal Chinas wird vom chinesischen Volk, und das Schicksal der Welt von den Völkern der Welt entschieden, und nicht von Kernwaffen. China entwickelt Kernwaffen, um sich zu verteidigen und das chinesische Volk vor der Gefahr eines durch die USA begonnenen nuklearen Krieges zu schützen.“

Die chinesische Regierung verhandelt hiermit feierlich. China wird niemals und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einsetzen.“ (Peking Rundschau, Nr. 5 1964)

Daran hat China bis heute festgehalten – übrigens als einzigen der Länder, die Atomwaffen besitzen.

BRD-Imperialismus – Hintertür offen

Der BRD-Imperialismus, dessen Ziel es ist, früher oder später doch noch Kontrolle über Atomwaffen zu gewinnen, hat sich sehr lange dagegen gewehrt, den Sperr-Vertrag zu unterzeichnen. Als Vorwand diente, daß angeblich die Frage der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie zuvor zufriedenstellend geregelt sein müßte. Erst in letzter Zeit ist die BRD

schließlich dem Abkommen beigetreten. Dabei hatten sich die Imperialisten jedoch offen, im Rahmen einer gemeinsamen Atom-Streitkraft eines „Vereinigten Europa“ ihr Ziel doch noch zu erreichen. Sie würden in diesem Fall das Abkommen für erledigt erklären, denn das „Vereinigte Europa“ wäre ja notwendig ein ganz neuer Staat, für den keine früher geschlossenen Abkommen mehr gültig wären. Genauso verhält sich der BRD-Imperialismus gegenüber den Verträgen mit der Sowjetunion, Polen und der DDR.

Die „europäische“ Atomstreitkraft ist allerdings zunächst nicht in greifbarer Nähe – Brandt erklärt dazu auch, daß in einem Westeuropas mit „zentraler politischer Führung“ sei eine gemeinsame Atom-Streitkraft möglich. Beim gegenwärtigen Stand der inner-imperialistischen Widersprüche und des Kräfteverhältnisses sind die Imperialisten Großbritanniens und Frankreichs auch durchaus noch nicht bereit, den BRD-Imperialismus zum atomaren Teilhaber zu machen. Der BRD-Imperialismus rechnet demgegenüber auf zwei

1.) die weitere Entwicklung der „politischen Einigung Europas“ unter westdeutscher Führung, und 2.) das Zeitpunkt, wo es den britischen und französischen Imperialisten nicht mehr möglich sein wird, die Fortentwicklung ihrer Atomrüstung noch aus eigener Kraft zu tragen.

Die SALT-Gespräche

Die im letzten Jahr abgeschlossenen „Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen“ (Strategic Arms Limitation Talks –

Der Atom...

1967 wurde... der Nichtweitergab... den USA und Großbritannien... unterschrieben. Er soll verhindern, daß

Fortsetzung KSZE

SALT zwischen der USA und der Sowjetunion brachten ein erstes Resultat im Rahmen der langjährigen Zusammenarbeit beider Länder. Ihre Absicht bekundend, baldmöglichst eine Beendigung des atomaren Wettlaufes zu erreichen und ... effektive Maßnahmen.

revisionen an „großen“ (strategischen) Raketen gestützt ist, und nunmehr die Produktion „kleiner“ (taktischer) Atomwaffen für begrenzte Konflikte in Bedeutung gewinnt. Außerdem wird z.B. die Bestimmung des SALT-Abkommens über die Einschränkung der Raketen-Startanlagen dadurch umgangen, daß verstärkte Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen entwickelt

Verteidigungs- und Sozialausgaben der Bundes

Rechnungsjahr	Bundeshaushalt in Mrd. DM	Rüstungsausgaben in Mrd. DM	in % des Bundeshaushalts
1955 ¹	25,3 ¹	6,1 ¹	24,1
1961 ²	48,3	11,7	23,9
1962 ²	50,1	12,7	25,3
1963 ²	54,8	18,3	33,4
1964 ²	58,4	17,8	30,5
1965 ²	64,9	18,1	27,9
1966 ²	67,9	18,4	27,1
1967 ²	78,0	20,0	25,6
1968 ²	79,4	17,6 (23,1) ³	22,3 (28,0)
1969 ²	81,7	19,5 (24,3) ³	23,9 (29,3)
1970 ²	87,3	20,0 (25,8) ³	22,9 (29,6)
1971 ²	96,4	21,8 (29,6) ³	22,7 (30,1)
1972 ²	104,6	24,2 (32,7) ³	22,7 (30,7)

zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzusetzen“, verpflichteten sich beide Seiten, „ihre Raketenabwehr-Systeme einzuschränken“ (laut Kommuniqué vom 26. Mai 72).

Bei dieser angeblichen Rüstungsbeschränkung handelt es sich um einen weiteren „Abrüstungs“-Bluff, der den beim Westrücken völlig üblichen Austausch veralteter Waffensysteme gegen modernere als Schritt zur Abrüstung hinzustellen soll. Laut Artikel IV des SALT-Abkommens „können eine Modernisierung und eine Ausweitung der strategischen, offensiven Raketen und Startanlagen ... durchgeführt werden“.

Das SALT-Abkommen ist auch Ausdruck der Tatsache, daß bis zu einem gewissen Grad der Bedarf der US-Imperialisten und Sowjet

werden - d.h. die Zahl der Startanlagen bleibt gleich oder kann sogar „eingeschränkt“ werden, während die Zahl der einsetzbaren Atom-Sprengköpfe und der erreichbaren Ziele wächst.

Als ob das noch nicht genug wäre, enthält das SALT-Abkommen zusätzlich eine Klausel, die es überhaupt in die Willkür der Vertragspartner stellt, ob sie das Abkommen einhalten wollen. Nämlich Artikel 15:

„Jede der beiden Seiten hat in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität das Recht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen, ... wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben.“

Ähnlich wie beim letzten amerikanischen-sowjetischen Abkommen über die „Verhinderung von Atomkriegen“ (vgl. Artikel „Friedensschwund“ in AK 30) ist auch beim SALT-Abkommen der betrügerische Charakter offenbar.

So nimmt das Abkommen über die „Verhinderung von Atomkriegen“ ausdrücklich die „Bündnisverpflichtungen“ der US-Imperialisten und Sowjetrevisionisten vom Vertrag aus. Da jedoch beide Staaten „Bündnisverpflichtungen“ (NATO, Warschauer Pakt etc.) mit fast allen bedeutenden Ländern der Welt eingegangen sind (und zwar gerade an den sogenannten „Spannungsherden“) ist der Wert des Abkommens von vornherein gleich Null.

BRD-Imperialismus bleibt am Ball

Jedes „Abrüstungs“-Abkommen zwischen USA und Sowjetunion

nutzen die BRD-Imperialisten demagogisch aus, um ebenfalls weitere Aufrüstung zu rechtfertigen. So wird z.B. anlässlich der jüngsten Vereinbarung über die „Verhinderung von Atomkriegen“ namentlich von Vertretern der CDU/CSU laut gemurmelt, aus sei ja der „atomare Schutz“ der USA für Westeuropa in Frage gestellt und die Länder West-Europas müßten eigene atomare „Verteidigungsanstrengungen“ machen. Dem selben Ziel dient es, wenn die „Gefahr“ eines militärischen Rückzuges des US-Imperialismus aus Europa beschworen wird.

Im Herbst dieses Jahres soll eine „Konferenz über gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen sowie damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa“ (MBFR) stattfinden, an der neben den USA und der Sowjet-

union einige europäische Länder teilnehmen werden. Schon jetzt wird diese Konferenz von der Bourgeoisie gebührend „vorbereitet“. Bezeichnend ist das ständige Jammern der bürgerlichen Presse und der NATO-Generäle über die angebliche militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes. Damit wird die verstärkte eigene Aufrüstung gerechtfertigt und zugleich eine möglichst günstige Ausgangslage bei der kommenden Konferenz angestrebt.

Vor der westdeutschen Arbeiterklasse will die Bourgeoisie die „Abrüstungsgespräche“ mit den Ländern des Warschauer Paktes dazu benutzen, um die weitere Modernisierung der NATO und der Bundeswehr sogar noch voranzutreiben. Der BRD-Imperialismus hat im Rahmen der NATO eine „europäische Fraktion“

initiiert, die sogenannte „Eurogroup“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten zu koordinieren, Waffenhilfe an reaktionäre und faschistische Staaten zu organisieren u.a.m.

Frankreich nimmt an den „Abrüstungsgesprächen“ ohnehin nicht teil, u.a. deshalb, weil es seine eigene - relativ kleine - Atom-Streitkraft unbedingt erhalten will, vor allem als Gewicht beim Ringen um die Vorherrschaft in Westeuropa. Zugleich ist Frankreich damit eine Art Schlußfloß für die anderen EG-Staaten, besonders die BRD, um über die Beteiligung am französischen (und britischen) Atomwaffen-Programm an der atomaren Aufrüstung teilzunehmen. Militarismus-Kommission (KB/Gruppe Hamburg) und AK-Redaktion

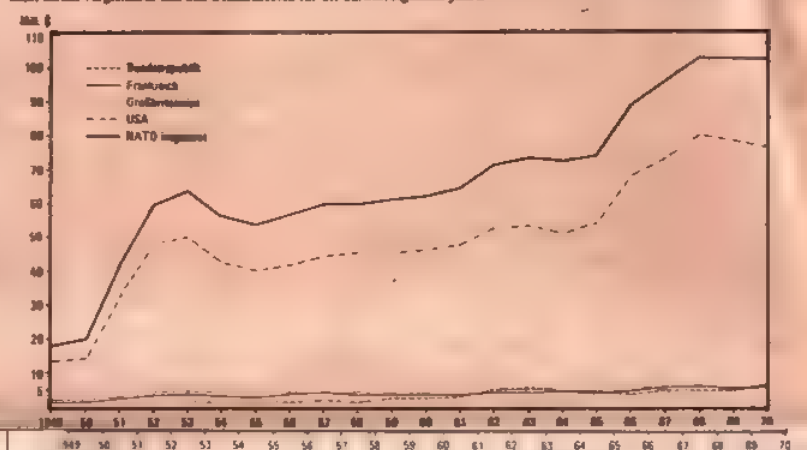
Rüstungsausgaben der NATO und der wichtigsten NATO-Länder

Effektive Ausgaben im Kalenderjahr	(in Millionen US-Dollar)									
Land/Jahr	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bundesrepublik ¹										
Frankreich	1 368	1 597	2 517	3 580	3 961	3 346	3 108	4 197	4 457	3 945
Großbritannien	2 181	2 377	3 217	4 371	4 707	4 399	4 308	4 522	4 407	4 455
USA	15 580	14 539	33 398	47 852	49 621	42 900	40 518	41 773	44 548	45 503
NATO insgesamt ²	18 777	20 499	42 245	59 938	63 994	56 417	54 165	56 798	60 191	60 168
Land/Jahr	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Bundesrepublik ¹										
Frankreich	2 885	3 539 ³	4 669	5 391	4 888	4 607	4 335	5 000	5 278	5 301
Großbritannien	3 846	4 037	4 347	4 292	4 918	4 215	4 465	5 502	6 104	5 986
USA	46 343	47 803	53 078	53 252	55 623	53 937	60 081	54 340	54 490	54 338
NATO insgesamt ²	62 414	65 158	71 693	73 699	72 555	74 245	68 965	74 395	103 672	103 328

Quelle: Für 1949 bis 1960 Bund der Steuerzahler, Einzeldarstellung Nr. 68. Kom. Tab. für Verteidigungsausgaben, S. 15; für 1960 bis 1963 Einzeldarstellung Nr. 71. Verteidigungsausgaben, 1965, S. 4, ab 1964 Military Balance, 1965/66 bis 1968/69 (Jahrbücher des Institute for Strategic Studies, London).

1. Bevor die Bundesrepublik der NATO beitrug (Mai 1955), trug sie durch Zahlung von Beitragsanteilen zum Verteidigungsbudget von einigen Ländern bei; darüber hinaus trug sie andere Kosten, die ebenfalls unter den NATO-Begriff der Verteidigungsausgaben fallen. Die Gesamtsumme der Spalte von 1953 stellt die Ausgabe dar, die unter den verschiedenen Titeln für das Rechnungsjahr 1953/54 gemacht wurden. Die Zahlen, die dem Rechnungsjahr 1953/54 vorausgegangen, wurden hier nicht erfüllt.

2. Die Gesamtsumme für die NATO schließt die deutschen Verteidigungsausgaben für die Zeit vor 1953 nicht ein und ist daher nicht direkt vergleichbar mit den Gesamtsummen für die darauffolgenden Jahre.



Waffenlieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF wurden die Hintergründe der bekanntgewordenen portugiesischen Mission in Mocimboa beauftragt. Dabei wurde bereits auf die militärische Unterstützung des faschistischen NATO-Staates Portugal durch die BRD hingewiesen. Die westdeutsche Regierung beteiligt sich u.a. auf diesem Wege direkt an der grausamen Unterdrückung der afrikanischen Völker Das „Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mocimboa“ hat nun kürzlich neuere Angaben über die militärischen Lieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen veröffentlicht, die wir nachstehend wiedergeben (in Klammern jeweils die Informationsquelle).

- 1961
- 8 Patrouillenboote (Revista de Matéria, Portugal, 9/65)
- 1965
- 60 Düsenbomber (Spendauer Volksblatt, 3.4.65, Die Zeit 1.8.67)
- 1966
- 60 Düsenbomber Fiat 41-91 (Wehr und Wirtschaft, 10/66) und 11 Düsenjäger Fouga Magister (Correio da Manhã 27.10.66)
- 1968
- 12 Fallschirmjäger Transportflugzeuge (U. Albrecht, Waffen für die drei Weltkriege aktuell 13/68 und 14)
- Antikubanflugzeuge DO 27 (U. Albrecht, 3/68)
- 8 Fouga Magister (Angabe von verschiedenen Luftwaffenpiloten, die sich gegenüber dem Deutschen Komitee in Angola)
- Und seit Bestehen der SPD/FDP-Regierung 1969/70

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten wir ausführlich über den Kampf der südfranzösischen Bauern gegen die geplante Ausweitung des Militärlagers von Larzac, wodurch die Bauern von ihren Höfen vertrieben werden sollen. Dieser Kampf hat im ganzen Land eine breite Solidarität gefunden. An den Solidaritätsmärschen die vom 22. bis 26. August nach Larzac stattfanden, nahmen 50 000 Menschen teil. Die Zeitung „Politique Hebdo“ sprach sogar von 80 000. Am letzten Tag versammelten sich alle Teilnehmer auf dem zur Erweiterung des Militärlagers vorgesehenen Gelände, wo die Bauern von Larzac gegen das Verbot der Regierung illegal mit dem Aufbau einer Schutzwälle begannen. Die militärische Seite zu einem Symbol ihres Kampfes geworden ist. Dort überreichten die Arbeiter der Uhrenfabrik Lip aus Barcelona, die mit einer Delegation von 200 Kollegen erschienen waren, den Bauern als Ausdruck der

book of the Stockholm Institute of Peace Research and Information S. 330).

Was entfiel? deutscher die Meuchel, mit der die regierungstragende Sozialdemokratie kürzlich Vertreter der Befreiungsbewegung von Mocimboa, PRELIMO ein geladen und sich über die portugiesischen Missionen „entzündet“ hat?

Frankreich: Zehntausende in Larzac

Solidarität zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft eine Uhr, die auf einem Schafmodell befestigt war. Die Arbeiter von Lip hatten Mitte Juni ihren Betrieb besetzt und die Produktion in eigener Regie übernommen, weil die Kapitalisten diesen Betrieb durch Entlassungen und Lohnkürzungen auf dem Rücken der Arbeiter „sanieren“ wollten. Am 14. August wurde der Betrieb durch den Einsatz von 3 000 Polizisten gewaltsam geräumt.

Auch aus anderen Betrieben und Landschaften, wo die Arbeiter bzw. Bauern gegenwärtig im aktiven Kampf stehen, waren Solidaritäts-Delegationen nach Larzac gekommen. So z.B. aus den Betrieben Pechiney-Nogues und Romans, und aus den Landgemeinden von Fontevault, Naumac und Canquers, wo die Bauern ebenfalls gegen die Existenz- und Ausweitung von Übungsplätzen des Militärs auf ihre Kosten kämpfen.



Die Bauern von Larzac stellen das Solidaritätsgehemke der Lip Arbeiter auf dem Mauerwerk der Schütze, die sie illegal auf dem zur Erweiterung des Militärlagers vorgesehenen Gelände aufbauen



Ruhrkohle Chef Kuhnke

KRISE

IM STEINKOHLENBERGBAU

FÜR WEN?

II TEIL DER MILLIARDENSCHWINDEL



Die Artikelfolge über die kapitalistische Lösung der Krise im westdeutschen Steinkohlenbergbau haben wir in der letzten Ausgabe des AK mit einem Bericht über die Energiepolitik der Kapitalisten und die Rationalisierungs- weile im Steinkohlenbergbau 1958 bis 1965 eingeleitet. Grundlage für die weitgehende Einschränkung der Steinkohlenproduktion durch die westdeutschen Ruhr- und Saarbergbaumonopole war die Aufnahme des Erdölgeschäfts zur Mitte der 50er Jahre, insbesondere nach dem imperialistischen Suezkrieg 1957. Mit der weiteren politischen Absicherung der Erdölquellen im Nah-Ost durch den Imperialismus, insbesondere der Verle- gerung der für Westdeutschland bestimmten Erdölförderung in „Krisen- fälle“ reaktionäre Regimes (Persien, Saudi-Arabien etc.), begann der Abbau der Steinkohlenförderung. Dabei konnten die westdeutschen Monopole nicht nur trotz, sondern gerade wegen der teilweisen Einstel- lung der Kohlenproduktion das dicke Geschäft machen. Nach dem Vor- bild der Weimarer- und Nazi-Zeit ließ sich die Existenzunsicherheit der Bergarbeiter darauf ausrichten, daß parallel zu Massenentlassungen die Arbeitssätze so gesteigert werden konnten, daß die Kohlenförderung insge- samt nur unmerklich zurückging. Nicht die unabwendbare Senkung der Produktion führte zu den Entlassungen, wie die Kapitalisten immer wieder betonten, sondern die Entlassungen waren das Druckmittel, um die Pro- duktion geradezu in die Höhe zu treiben.

Dieser zweite Teil der Artikelfolge geht auf die Verflechtung zwischen Staat und Monopolen des Ruhrbergbaus ein, die mit der Gründung der Ruhrkohle „Aktien-Gesellschaft“ (RAG) einen besonderen Höhepunkt erreicht hat.

Die weiteren Teile gehen auf die politische Entwicklung der Bergbauar- beiter und ihre Kämpfe, die Kommunistenverfolgung, die Politik der SPD- Führer in SPD und Gewerkschaftsspitze und schließlich auf die sozialen Folgen für die Bergbauarbeiter und ihre Familien ein.

Im Januar 1967 fanden die er- sten offiziellen Vorgespräche zwi- schen den Zechenherren und Re- gierungsvertretern aus Bonn und Nordrhein-Westfalen statt, um die geplante Großfusion der Ruhrze- chen in die Tat umzusetzen. Zwei Jahre später, im Juli 1969, wurde dann der „Grundvertrag“ über die Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) zwischen den Altgesellschaften,

Übrig blieben die profitabelsten Zechen mit 100% vollmechanis- cher, schneidender, schließender und rammernder Kohlegewinnung und der höchsten Schichtleistung pro Mann und Schicht. 52 dieser Zechen bildeten die neue RAG. Damit ent- stand ein Superkonzern, der 85% der Steinkohlenförderung an der Ruhr vereinigte.

Mit der bekannten Rechtskon-

vereinigen Kraftwerke, der riesige Grundbesitz und Zehntausende von Bergarbeiter-Wohnungen herausge- löst und nicht in die RAG einge- bracht. Denn diese Sparten hätten Gewinn gebracht und somit die „Verluste“ geschnitten.

Für die RAG blieben so nur die nachden Zechen übrig, denen aller- dings sämtliche Folgekosten der jahrzehntelangen Kohlenförderung und der Stilllegungsforderungen der vergangenen Jahre, wie Bergschäden, Wasserpumpkosten, Deputatkohle für Bergarbeiter etc., aufge- lastet blieben.

Der „Wert“ dieser Zechen wurde vor der RAG-Gründung mit 1,8 Mrd. DM festgesetzt, denen aller- dings 1,5 Mrd. an Bankschulden gegenüberstanden. Außerdem zahl- ten die ehemaligen Zechenherren 540 Mill. für das Grundkapital der RAG zusammen also 300 + 540 = 840 Mill. Vermögenswerte der RAG bei der Gründung. Bei einer nomina- len Aktiengesellschaft würden die Aktien auf dieses Kapital einen Teil des Profits jährlich als Dividen- de erhalten.

Nicht so bei der RAG, die ja Ver- luste produzieren sollte, so daß eine Dividende nicht möglich war. Stattdessen wurde im „Grundvertrag“ festgelegt, daß die Altgesellschaften für ihr eingesetztes Kapital „Ein- bringungsforderungen“ an ihre eige- ne Gesellschaft stellen können, und zwar erheblich höher, als das tat- sächlich in die RAG eingebrachte Kapital von 840 Mill., nämlich 2,1

gen für die Behebung der Wasser- wirtschaftsschäden“ („Welt“ vom 10.9.71).

Der Spiegel berichtete 1970 (Nr. 18), daß allein die Rhein Stahl-Ze- chen (ca. 1/20 der RAG-Produktion) im Jahr 1969 statt der erwart- teten und-bewerteten 30 Mill. Ge- winn 70 Mill. DM Verlust (!) ein- brachten.

140 DM pro Tonne erkauften und zum vereinbarten „Hüttenpreis“ von weniger als der Hälfte an die Stahl- industrie liefern! (Spiegel Nr. 3, 1971).

Auch in den nächsten Jahren lag der von den Stahlindustriellen gezahlte Kohlepreis weit unter dem handelsüblichen Niveau. Selbst der vom RAG-Vorstand und „Neutrali-



Ruhrpott-Landschaft (in Essen)

Auch diese Beiträgerinnen „so ganz nebenbei“ blieben ungesühnt. In keinem Fall wurde gegen die dann entwickelten Zechenbosse etwas unternommen. Keine Instanz war zur Prüfung und Kontrolle dieser Ma- ßenschaften eingerichtet. Sie soll- ten sich daher in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen.

len“ Schiedsrichtern festgelegt „Wettbewerbspreise“ der Steinkoh- le für die Stahlindustrie, der wegen des Einflusses der Stahlbosse über den RAG-Vorstand denkbar niedrig war, wurde noch nicht einmal ge- zahlt.

Wettbewerbspreise in W

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Altkunden und neue Kunden müssen sich mit dem Hauptprodukt der großen Verluste

Kohlegespräch auf dem Gipfel Rettungsanker für die Ruhrkohle

Der Minister sollten in Ruhe mit der Ruhrkohle AG verhandeln. Schiedsrichter werden erst nach der Gründung der RAG eingesetzt.

Milliardenhilfe für Ruhrkohle AG

Bund und Länder haben 10 Milliarden gegenwärtig in die Tasche

Ruhrkohle erhält Bürgschaft

Bund und Länder haben 10 Milliarden gegenwärtig in die Tasche

Ruhrkohle AG steht unter Milliarden-Lasten

Ruhrkohle AG verkauft ein Notprogramm

Das Zechensterben an der Ruhr ist noch lange nicht zu Ende

Das Ruhrkohle-Paket bleibt auf dem Tisch

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Presseschlagzeilen der letzten Jahre

der Bundesregierung und der neuen RAG geschlossen.

Abgeschlossen war die erste Rationalisierungsperiode, in der die Produktion um ca. 20%, die Belegschaft um über 50%, die Anzahl der Zechen von 1957/173 auf 1968/72 reduziert worden waren. Dabei hatte der erste Teil der Stilllegungen vor allem auf den im Kohlenbergbau tätigen Staatsbetriebe zuge- fallen. In den Jahren 1957 bis 1968 waren z.B. genau die Hälfte aller Stilllegungen Staatsbetriebe, obwohl deren Anteil an der gesamten Pro- duktion viel geringer war.

Für die weiteren Stilllegungen, die die Privatunternehmen betrafen, war 1963 per Gesetz die Bildung eines „Rationalisierungsverbands“ beschlossen worden, der aus Steu- ergeldern hohe „Stilllegungsgel- den“ zahlen sollte. Die Kapitalisten kauften so für die durch den vor- hergehenden Raubbau zuwun- den, überflüssigen Zechen Mil- liardenbeträge. Mit verstärktem Tempo war so in den drei Jahren vor der RAG-Gründung noch einmal jede 3. Zeche geschlossen und mehr als 100 000 Kumpeln entlassen worden.

struktion der RAG und dem Grundvertrag, an denen Schiller als Bundeswirtschaftsminister, Köhn als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Arendt, damals IG-Bergbau-Vorsitzender, maßgeb- lich beteiligt waren, gelang den Bergbaubossen „der große Wurf“.

Von staatlicher Seite erhielten die Bergbaukapitalisten die Garan- tie, für die zukünftigen Verluste der RAG den Steuerzahler aufkom- men zu lassen, für Milliardenkredite der RAG zu bürgen etc., während andererseits die ehemaligen Zechen- herren als Aktionäre der RAG die gesamte Unternehmenspolitik, wie Investitionswahl, „Prengestel- lung usw. in der Hand behielten. Damit war für die Zechenbosse der Weg zu Milliardengeschäften ge- legt, die die „Kohlenkrise“ frucht-

bar verwandelten. „Aktienge- sellschaft“ mit staatlicher Verlust- übernahme kam es darauf an, mög- lichst hohe „Verluste“ zu produ- zieren, die sich bei den Zechenher- ren als „Gewinne“ wiederfinden. Die Wege waren vor der RAG- Gründung aus den alten Zechenge- sellschaften die ursprünglich darin

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Ruhrkohle gräbt sich immer tiefer in rote Zahlen

Minister Schmidt plant die neue Regierung in der Übergangszeit

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Ruhrkohle AG erhält neue Finanzstütze

Bund und Länder haben 10 Milliarden gegenwärtig in die Tasche

Ruhrkohle AG steht unter Milliarden-Lasten

Ruhrkohle AG verkauft ein Notprogramm

Das Zechensterben an der Ruhr ist noch lange nicht zu Ende

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Das Ruhrkohle-Paket bleibt auf dem Tisch

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Die Entscheidung wird mit und ohne Ausgliederung des Abbaus getroffen

Die Ruhrkohle AG ist ein ganz armer Kumpel

Hauptaktionär der RAG mit ca. 60% Beteiligung war die Stahlindu- strie, gleichzeitig auch einer der Hauptkunden für Steinkohle. (Ge- samter Steinkohlenverbrauch ca. 30 Mrd. t im Jahr).

Für die ersten zwei Jahre han- delte die Stahlindustrie mit der RAG Kohlepreise aus, die weit unter dem handelsüblichen lagen, 1970 z.B. verkaufte die RAG an ihre Mehrheitaktionäre Thyssen, Krupp, Hoesch, Rhein Stahl, Salzgitter und Iliedde die Ruhrkohle für 66 DM/t statt für 91 bis 100 DM Markt- preis! Daneben wurden zusätzliche „Mengenrabatte“ und „Treupri- men“ gewährt. Bei dem stetigen Kohleverbrauch der Stahlindustrie macht das alleine Hunderte Mil- lionen Verluste bei der RAG und „Gewinne“ andererseits bei den Stahlzeuggen jährlich aus.

Nach diesen „Preisverhandlun- gen“ mit der RAG, die im „Hütten- vertrag“ festgelegt waren, mußte die RAG in der Hüttenkonjunktur 1970, als ihre eigene Produktion nicht ausreichte, sogar Steinkohle aus Australien und Südafrika für

Tatsächlich gezahlt in T.G.

	W.	T.G.
1969	65,1 DM	ca. 55 DM
2 Halbj. 1970	73,80 DM	68,35 DM
1971	85,55 DM	ca. 83 DM
7/2/73	über 80 DM	ca. 78 DM

Dabei muß man noch berücksich- tigen, daß der Marktpreis zeitweise erheblich über dem „Wettbewerbs- preis“ lag, der Preisvorteil für die Stahlbosse also erheblich höher war.

Weiterhin wurde in allen Preis- verhandlungen mit der Stahlindu- strie, der „g-Wert“ der Ruhrkohle, ein Qualitätsmaßstab zur Berech- nung des Heizwertes, nicht aufgrun- de gelegt. Dieser „g-Wert“ liegt bei der Ruhrkohle besonders hoch und verbilligt durch geringeren Kohle- verbrauch die Stahlzeuggen. Nach Ansicht von Fachleuten wäre so ein Aufschlag von 5 DM pro Tonne das Mindeste gewesen. Laut Spiegel Nr.

Fortz. nächste Seite



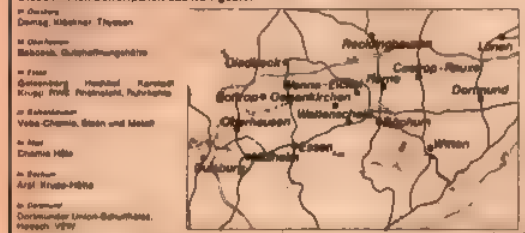
Ports, Kohlenkrise

14/197) entlasten allein dadurch der RAG 1969 300 Mill., 1970 400 Mill. DM „Verluste“ - bei den Stahlwerken ebenbürtige Extra-Profit!

Nicht nur über die Kohlepreise wurde die RAG geschrippt. So verkaufte der Vorsitzende des RAG-Vorstandes, Kuhnke, den bei der

Entsprechend diesen Gewinnen entwickelten sich die „Verluste“ der RAG, die alsbald astronomische Höhen erreichten. Im ersten Betriebsjahr, das allerdings auch nur von August 69 bis Ende 69 reichte, wurden „nur“ 199 Mill. DM Bilanzverluste angesetzt, die sich in den folgenden Jahren auf durchschnittlich 0,5 Mrd. DM pro Jahr steigerten. Allein bis Ende letzten Jahres summierten sich diese Verluste auf 1,7 Mrd. DM, wobei

Diese Firmen beherrschen das Ruhrgebiet



Koksproduktion der RAG anfallenden Sinkkosten zu „Niedrigstpreisen“. Steinkohlenteer ist Basis für eine ganze Sparte der chemischen Industrie. Als Aufkäufer fungierten die Ruhrwerke, der größte Teerverwertungskonzern der BRD, der u.a. Mannesmann, Thyssen und der Gelsenberg AG gehört. Kuhnke selbst ist bei den Ruhrwerken - Vorsitzender des Aufsichtsrates! - fährlicher „Verlust“ durch die Unterpreise: 50 Mill. DM. („Spiegel“, Nr. 9/1972)

Den gewinnträchtigen Steinkohlengroßhandel für Hausbrandkohle etc. behielten einige Altgesschlechter nach der RAG-Gründung in eigener Regie. Das Monopol darauf hatten einige Energie-Konzerne, die ihre unrentablen Zechen in die RAG eingebracht hatten. (Die Gelsenberg AG mit der Fa. Raab-Karcher GmbH, Stinnes mit der Fa. Strohmeier, die Ewald-Kohle AG mit der Fa. Wismerschmann) Zu Niedrigst-Preisen kauften sie die Ruhrkohle, so daß allein in diesem Zwischengroßhandel jährlich die Ruhrkohle mit 100% Aufschlag weiterverkauft wurde! („Spiegel“, Nr. 20/1970)

Ein weiteres Betrugsgeschäft ermöglichte der Handel mit der RAG als Einkäufer für Maschinen, technische Anlagen etc. In den ersten RAG-Jahren lagen diese Einkäufe besonders hoch, da die Altgesschlechter vor der Gründung keine Reparatoren, Neuanfertigung von Maschinen etc. mehr getätigt hatten, so daß allein 1970 Maschinen im Wert von über 2 Mrd. DM gebraucht wurden. Das Monopol auf diese Spezialmaschinen hatten wiederum die Altgesschlechter, nämlich die Stahlwerke, in den Händen. Sie lieferten laut „Spiegel“ Nr. 18/1970 mit zu 15% überhöhten Preisen, also neben dem normalen Gewinns mindestens weitere 300 Mill. DM Extraprofit!

Kuhnke schon Anfang 1972 ankündigte, daß sich die jährlichen Verluste bis 1975 auf weit mehr als 0,5 Mrd. DM steigern würden. („Welt“ vom 30.3.73 und „Spiegel“ 9/1972) Allein die Zinsen für die benötigten Kredite würden so im gleichen Zeitraum auf jährlich 500 bis 600 Mill. DM ansteigen. (Kuhnke im Sept. 72 nach Kölner Stadtanzeiger vom 20.9.72)



Die staatlichen Subventionen summieren sich in diesem Zeitraum auf weit über 10 Milliarden DM, so weit veröffentlicht (Es ist klar, daß es daneben noch Unsummen an verdeckten Subventionen gibt, die nie bekannt werden, so daß die veröffentlichten Zahlen nur einen Teil ausmachen. So bekommen die Kapitalisten staatliche Grundstücke zu Schleuderpreisen, während vom Staat an die Kapitalisten dafür Wucherpreise gezahlt werden etc.)

Bis 1970 erhielt die RAG an staatlichen Bürgschaften, also Geld, das den RAG-Gesellschaftern bei den Banken geliehen hat, aber bei der Verlust-Entwicklung nicht til-

gen kann, 3,5 Mrd. DM. („Spiegel“ Nr. 9/1970) Im Herbst folgten 1 Mrd. „Bürgschaft“ durch das Land Nordrhein-Westfalen. („Welt“ vom 21.10.71) Dabei sind bis 1975 weitere 2 Mrd. „Bürgschaften“ für Investitionen der RAG vorgesehen. („Welt“, 10.9.71)

150 Mill. „Investitionshilfe“ durch Nordrhein-Westfalen folgen einem Monat später. („Welt“ vom 9.10.71) Die Bundesanstalt für Arbeit, deren Gelder aus den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen stammen, gibt 66 Mill. DM ohne Rückzahlung und 512 Mio. fast zinslos als Kredit an die gesamte Ruhrindustrie, von denen die RAG sich einen Löwenanteil sichert. (Schon immer hatten die Kapitalisten ein Auge auf die von der Arbeiterklasse eingespartenen Versicherungsbeiträge geworfen. Mit der Demagogie, die Arbeitsplätze im Voraus zu sichern, bauten sie einen ERP-Fond aus diesen Geldern auf, unter Zustimmung der bei der Bundesanstalt für Arbeit „paritätisch“ vertretenen Gewerkschaftsführer. In Zukunft fließen diese Gelder unter dem Stichwort „Investitionshilfe“ dann direkt in die Taschen der Kapitalisten, häufig gerade, um die Arbeitsplätze weiterzuentlasten.)

Anfang 1972 verlangen die Kapitalisten im RAG-Vorstand Befreiung von den Allasten der jahrzehntelangen Kohleausbeutung. Diese Allasten für die Lastenausgleichsabgabe, Pumpkosten und Bergschäden betragen 1 Mrd. DM, dazu kamen Pensionen und Depu-

DM. Also nichts anderes als von den Kumpeln durch ihre Arbeit erworbene Rentenanwartschaften, die die Kapitalisten als „Allasten“ ebenfalls loswerden wollten, mit verschleierten Zinsaufwendungen insgesamt 2,6 Mrd. DM „Allasten“!

Ende Mai 72 verkündet die Bundesregierung wünschgemäß ihr Hilfsprogramm für die RAG-Kapitalisten. Die gesamte Lastenausgleichsabgabe wird entfallen. Um weitere 600 Mill. wird die Bürgschaft der Bundesregierung erhöht. Die RAG darf eine Kreditlinie von 1 Mrd. DM machen, für die der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen die Zinsen und Tilgung übernehmen. Die „Einbringungs-

forderungen“ der Altgesschlechter für die 3 Jahre 1972/1973 mit 250 Mill. (Zinsen zusätzlich) werden vom Bund bezahlt. Zusätzlich dazu

„Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, ... weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Elementar in der Form der direkten Beamtendenkorrumpion, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wieder in der Börse ihren Mittelpunkt finden.“ Friedrich Engels 1884 („Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“)

sieht die Planung für Subventionen an die RAG im Staatshaushalt von Nordrhein-Westfalen vor:

1972	841 Mill. DM
1973	781 Mill. DM
1974	890 Mill. DM und
1975	905 Mill. DM

(„Welt“ vom 31.5.72)

Damit ist natürlich längst kein Ende abgesteckt. Schon im Frühjahr dieses Jahres kündigten die Kapitalisten an, daß die 1 Mrd. Kreditlinie vom letzten Jahr, die aus Steuergeldern bezahlt wird, „aufgebraucht“ sei, so daß neue Gelder fließen müßten. („Welt“ vom 3.4.73) Rechnet man die veröffentlichten Subventionen - nur diesel - zusammen, die angeblich „zur Erhaltung der Arbeitsplätze der Ruhrkumpel“ ausgegeben werden, und verteilt diese Gelder rechnerisch auf die Kumpel, so könnten diese sich getrost zur Ruhe setzen, egal ob 18 oder 60 Jahre alt. Bei jährlichen Subventionen von 3-4 Mrd. DM könnte jeder der 180 000 Arbeiter und Angestellten der RAG fast 2 000 DM Rente im Monat verbrauchen!

Neben diesen direkten Zuwendungen kassieren und kassieren die Bergbau-Kapitalisten weitere Mrd. DM an allgemeinen Subventionen.

An erster Stelle stehen dabei die Subventionen für Kraftwerkskohle. Zusätzlich zum Preis, den die Kraftwerke an die Bergbaukapitalisten zahlen, verpflichtete sich der Staat pro t Kohle eine weitere „Prämie“ zu zahlen, eine sogenannte „Verstromungshilfe“. Dabei betragen die Aufwendungen für das erste im Bundestag erlassene „Verstromungsgesetz“ 2,3 Mrd. DM Bundesmittel, für das zweite ca. 1,7 Mrd. DM also insgesamt 4 Mrd. DM. Diese Gelder wurden bis 1971 kassiert, die Anschlußregelung seit Mitte 71 bis 1978 wird weitere 2,5 Mrd. DM mindestens kosten bei 20 DM Subvention pro t Steinkohle, allein aus Bundesmitteln. Daneben kündigte Rieter als Wirtschaftsminister von

Nordrhein-Westfalen schon 1971 an (auf einer „Konferenz“ vor 800 Betriebsräten der Rhein-Westfälischen Industrie RWE) daß das Land bis 1980 weitere 2,25 Mrd. DM „Verstromungssubventionen“ ausgeben müsse, um den Kohleersatz bei 25 Mill. t für Stromerzeugung zu halten. Insgesamt bis Ende der 70er Jahre fast 10 Mrd. „Verstromungssubventionen“. (Für diesen Betrag könnten fast 10 Mill. Arbeiterfamilien bei einem pro-Kopf-Verbrauch von 2,5 kW Strom täglich und maximalen Herstellungskosten von 5 Pf/kW 10 Jahre kostenlos Strom beziehen!)

An zweiter Stelle der allgemeinen Kohlesubventionen liegt die „Kokkohlenbeihilfe“, die für Kokaleistungen an die Stahlindustrie gezahlt wird. Auch hier teilen sich das Land NRW und der Bund die größten Summen. Sie betrugen 1969 6,80 DM/t, liegt heute bei 16 DM/t und würde (nach einem Brief Thyssens, „Welt“ vom 3.1.73) bis 1978 auf 40 DM/t steigen, so daß dann jährlich nicht mehr ca. 500 Mill., sondern 1 Mrd. DM „Kokkohlenbeihilfe“ gezahlt werden müßten!

Daneben gibt es „Stilllegungshilfen“, „Strukturförderungen“, „Forschungshilfen“, „Entwicklungshilfen“ und „sonstige Förderung“, von denen die neueren Zahlen uns leider nicht bekannt sind. Ein Beispiel liefert allerdings der Zeitraum 1966 bis 1971, für den nach dem Kapitalistenorgan „Wirtschaftswache“ Nr. 53 / 71 unter diesen Subventionen vom Land NRW ca. 500 Mill. DM und vom Bund ca. 3,3 Mrd. DM gezahlt wurden! Die weiteren Planungen sehen vor, die kW-Preise für Strom um mindestens 1 „Koh-

„Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden („direkte Beamtendenkorrumpion“ und „Allianz von Regierung und Börse“), die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt“.

Direkte Korruption oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur“ freundschaftliche Beziehungen? ... Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einer Person, sondern von einer Klasse abhängt. Die demokratische Republik ist die denkbar beste Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht darauf zu stützen, darauf sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann.“ Lenin 1917 („Staat und Revolution“)

lepfennig“ zu erhöhen, der dann in der Tasche der Ruhr Kapitalisten zusätzlich fließen soll („Welt“ vom 19.6.73)

Polizei ermordet streikende Arbeiter

Der Militärputsch der schillernden Konterrevolution mit Unterstützung westlicher imperialistischer Staaten hat ein weiteres Beispiel blutiger Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Machtpolitik der Imperialisten und ihrer Helfershelfer nahezu unbemerkt gelassen.

In rassistischen Südafrika hat die Polizei das Apartheid-Regime den Streik südafrikanischer Bergarbeiter in einem blutigen Überfall niedergeschlagen.

12 Arbeiter wurden getötet, einer schwer in Lebensgefahr mehrere wurden verletzt!

15 Arbeiter sind eingekerkert worden.

Was ist geschahen? Im Goldbergwerk Western Deep Levels“ das im Besitz englischer

und amerikanischer Imperialisten befindlichen Anglo-American Corporation“ hatte ein kleiner Teil der Arbeiter (Maschinen und Fahrer) Lohnhöhungen erhalten. Darauf hin verlangten die übrigen Arbeiter ebenfalls mehr Lohn. Als diese Forderung abgelehnt wurde, traten als erste die 540 (von 5400) unter Tage arbeitenden Bergarbeiter die die Sprenglöcher bohren, am 11.9. in den Streik.

Dazu muß man wissen, daß die ausschließlich schwarzen Arbeiter in den südafrikanischen Bergwerken unter extrem brutalen Arbeitsbedingungen für Hungerlöhne, die nicht einmal das Existenzminimum decken, schuften müssen. Wiederholt haben südafrikanische Polizei und Militär Aufstände der Arbeiter hiergegen blutig niedergeschlagen. Die

staatlichen Machtorgane vertreten dabei nicht allein die Interessen der einheimischen Unternehmer, sondern schützen auch die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter durch die Firmen imperialistischer Staaten (unter anderen die Bundesrepublik, deren bekannteste Vertreter Siemens und Philips sind), die ihr Kapital einführen und eigene Produktionsanlagen aufbauen. Diese Staaten haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des faschistischen Regimes in Südafrika, das Niedriglöhne und völlige Rechtlosigkeit der schwarzen Arbeiter garantiert und damit Höchstprofite sichert. Die herrschende Klasse solcher Staaten wird dafür von den Imperialisten fustlich bezahlt.

Am Abend des Streiktages 10 Arbeiter gegenüber den Kollegen

der Nachtwacht ihre Forderungen durchzusetzen griffen 21 schwer bewaffnete Polizisten (nach Direktionsangaben 21) ein und eröffneten das Feuer auf die Arbeiter. Nach späteren „amtlichen“ Angaben haben die Arbeiter „die Sprengstoffe der Minenabteilung“ und ein Alkoholdepot geplündert“. Außerdem sollen sie „Arbeitswillige angegriffen“ und die Polizisten „wie die Beriberi mit Steinen und Ästen angegriffen“ haben. Daraufhin habe die Polizei „angewichts der Übermacht“ (80 Arbeiter gegen 21 schwerbewaffnete Polizisten!) geschossen.

Überall das gleiche Bild brutaler Übergriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Gräueltaten, die sich nicht rechtfertigen lassen.

In Chile und an „Zehntausenden in- und ausländischer Extremisten“.

die den Militärterror rechtfertigen sollen, in Südafrika und an Arbeitern, die Bundesrepublik „randalierende, alkoholisierte und schlagende Arbeiter“, die wie bei Ford der Bevölkerung gegenüber als Ursache von Polizeieinsätzen aufgeführt werden.

In allen Fällen aber schützt der Staat die Interessen der Bourgeoisie. Doch die „Demokratie“ bleibt gewahrt. Südafrikanische Ministerpräsident Vorster ordnete eine Untersuchung des Schießens an. Das Ergebnis nahm er allerdings schon vorweg.

„Ich bin allerdings überzeugt, daß die Polizei mit der nötigen Umsicht vorgegangen ist“ („Frankfurter Rundschau“ 14.9.73).

Metallkomitee KS/Gruppe Hamburg

Rassismus in Indonesien

Anfang September 1973

Liebe Freunde

In unserem Heimatland ist Anfang des vergangenen Monats die rassistische Hetze intensiviert worden, es kam zu Terrorritten gegen indonesische chinesischer Abstammung in verschiedenen Städten des Landes.

Das ist eine schon oft angewandte Methode der herrschenden Klassen, im Dienst des Imperialismus das Volk niederzuhalten.

Wir messen diesen Ereignissen große Bedeutung zu. Die Nachrichten, die wir erhalten konnten und die wir Euch teil- und auszugeweiht als Anlage mitteilen, sprechen eine deutliche Sprache.

Unser Volk hat unter Führung der PKI einen schweren Weg eingeschlagen, der aber sicherlich erfolgreich sein wird und durch Befreiung und nationale Unabhängigkeit gekrönt sein wird.

Wir versuchen dadurch, daß wir uns in Euch wenden, einen entscheidenden Faktor für den Sieg der Sache unseres Volkes weiterzuentwickeln: die internationale Solidarität.

Wir haben nicht die Möglichkeit, wie Ihr, diese Vorkommnisse in unserem Land, diese Verbrechen des Imperialismus dem deutschen Volk zur Kenntnis zu bringen.

Wir haben unsere Auffassung über die Ereignisse in einem Artikel zusammengefaßt. Diesen Artikel legen wir bei, ebenso zwei Briefe in Aussicht.

Mit solidarischen Grüßen!
EINE GRUPPE INDOONESISCHER STUDENTEN IN DER BRD

Der rassistische Terror vom 5. August 1973

Der rassistische Terror vom 5. August 1973

„Am Samstagabend brachen an allen Ecken der Stadt Bandung plötzlich Unruhen aus, die Menschenleben kosteten und Eigentum zerstörten. Sie dauerten bis spät in die Nacht hinein an, nicht kontrollierbare Unruhen, die die Ereignisse vom 10. Mai 1963 weit überstiegen, griffen wieder um sich, nicht identifizierte Gruppen von „Demonstranten“ (darunter auch Jugendliche) plünderten Läden an den Straßen von Oto-Ikanderdasta, Jendral A. Yani, Togelaga und vielen anderen. Die „Demonstranten“ verbrannten Autos, Motorräder und andere Privateigentum. Sie schlugen blindlings auf Passanten ein und töteten viele von ihnen auf der Stelle.“ (aus GALA - indonesische Zeitung - vom 6. August 73)

Diese Passagen stammten aus einem ersten Bericht einer regierungsfreundlichen Zeitung. Weitere Berichte und Briefe von Augenzeugen (siehe Anhang), die uns erreichten, zeigen, daß sich der Terror auch auf andere Städte ausdehnte.

Der Vergleich, den die Zeitung GALA zu den Ereignissen des 10. Mai 1963 zieht, ist nicht aus der Luft gegriffen. Ebenso wie heute richtete sich vor zehn Jahren eine Welle des Terrors in vielen Städten Indonesiens gerade gegen die indonesische chinesischer Abstammung, gegen Indonesier also, die schon seit Jahrhunderten oder Jahrzehnten in Indonesien ansässig sind. Es ist heute jedem bekannt, daß der rassistische Terror des Jahres 1963 von Agenten des US-Imperialismus inszeniert wurde, um Unruhe zu stiften und den Aufschwung der revolutionären Bewegung des Volkes zu bremsen.

Ähnliches geschah heute. Die Terroristen machten keinen Unterschied und griffen ausnahmslos alle chinesisch-stämmigen Indonesier an. Sie brannten ihre Häuser nieder, plünderten Geschäfte, brachten Menschen um und vergewaltigten Mädchen.

Die regierungstreue Presse Indonesiens bezeichnete die Terroristen als „die Massen des Volkes“ und erklärte, daß ihr Terrorismus „ein Ausdruck des Zorns über die indonesische chinesischer Abstammung sei, die Reis gespekuliert hätten und so

Indonesische Genossen haben uns einen erschütternden Bericht geschickt. Er behandelt Mordaktionen gegen Angehörige der chinesischen Minderheit in Indonesien, die sich vor einigen Wochen ereignet haben. Dieser Bericht ruft den Gedanken an die Judenverfolgung in Europa wach.

Mordaktionen an Angehörigen der chinesischen Minderheit, wie die Genossen sie hier schildern, hat es in Indonesien auch früher schon gegeben. Und auch in anderen Ländern Südostasiens, wo Chinesen wohnen – wie vor einigen Jahren in Burma und Kambodscha. Die Genossen zeigen in ihrem Bericht auch den politisch-ideologischen Hintergrund des Rassismus und der rassistischen Mordaktionen auf: die Volksmassen zu spalten, die Empörung der Volksmassen über soziale Missstände auf nationale Minderheiten als „Sündenböcke“ abzulenken.

Zu dem Bericht noch eine Vorbemerkung: Indonesien steht seit Herbst 1965 unter der fachistischen Herrschaft einer Militär-Clique. Diese hatte damals die Regierung Sukarno gestürzt, die eine anti-imperialistische Politik betrieben hatte. Nach dem Militärputsch gab es einen ungeheuren fachistischen Terror, dem nach Schätzungen mindestens eine halbe Million Menschen zum Opfer fielen – darunter insbesondere Kommunisten und Angehörige der chinesischen Minderheit. Dieser Umsturz erfolgte im Dienst und unter Regie des US-Imperialismus – ebenso wie jetzt der Militärputsch in Chile.

Die kommunistische Partei Indonesiens (PKI) veröffentlichte nach dem Staatsstreich im September 1966 eine gründliche Selbstkritik ihrer früheren Politik, u.a. auch in der Frage des „friedlichen Wegs“ zum Sozialismus – eine Politik, die die PKI nach dem XX. Parteitag der KPdSU eingeschlagen hatte. Das führte, wie die PKI in ihrer Selbstkritik eingestand, zu einer politischen und militärischen Entfremdung der Partei und der revolutionären Massen gegenüber dem fachistischen Militärputsch. Seither hat die PKI begonnen, den bewaffneten Kampf zu organisieren.

Die indonesischen Genossen haben uns ihren Bericht anonym zugeschickt. Angesichts der bekannten Kollaboration des BRD-Staates mit allen imperialistischen und fachistischen Regierungen und Geheimdiensten verstehen wir das sehr gut. Wir übermitteln auf diesem Weg den Genossen unseren Dank für ihren Bericht. Genossen, bitte arbeitet weiter mit uns zusammen!

die ständig steigenden Reispreise verursacht hätten.“ Es wird behauptet, die chinesisch-stämmigen Indonesier seien „Parasiten der indonesischen Gesellschaft“.

Stimmt es, daß die Terroristen aus den Reihen der Volksmassen kommen?

Allen Berichten und Briefen von Augenzeugen können wir entnehmen, daß die Terror-Banden ausgezeichnet organisiert sind, auch können wir entnehmen, daß die Staatsvollzugsorgane wie Polizei und Armee nicht einmal den Versuch machten, sie aufzuhalten, ja – sie waren ihnen sogar freundlich gesinnt. Selbst wenn es wahr ist, daß sich einige Söhne armer Schichten diesen rassistischen Organisationen anschließen, so können wir doch nicht sagen, daß diese Banden aus den Reihen der Volksmassen stammen, das wäre genauso, wie wenn wir sagten, daß die Polizeigarnison der herrschenden Klasse aus den Volksmassen besteht. Das alles zwingt das indonesische Volk dazu, in großer Armut

„Reis gespekuliert und so die ständig steigenden Reispreise verursacht hätten“.

Wahr ist, daß sich die wirtschaftliche Lage der Volksmassen in den letzten Monaten sehr verschlechtert, und deshalb die Unzufriedenheit der Volksmassen wächst. Der Reispreis ging raketarartig in die Höhe, und Reis ist das Hauptnahrungsmittel des Volkes.

Wahr ist weiterhin, daß die Arbeitslosigkeit durch den sich greifenden Bankrott der nationalen Industrie und des Handwerks, der durch die internationalen imperialistischen Monopole verursacht wird, rapide anstieg.

Wahr ist drittens, daß die ausländischen Monopole sich das Land und seine Reichtümer von Tag zu Tag mehr unterwerfen und bedenkenlos das Volk ausplündern und bestehlen. Das alles zwingt das indonesische Volk dazu, in großer Armut

Unternehmer, die Mehrheit der Intellektuellen – leben zwar besser als die breiten Volksmassen, aber ihre Perspektive ist äußerst unsicher, sie verlieren ihre Selbständigkeit, machen bankrott und können leicht arbeitslos werden. In dieser Lage verschärfen sich die Streitigkeiten und der Konkurrenzkampf unter ihnen, sie suchen verzweifelt nach einem Ausweg, um dem Druck der internationalen Monopolkapitalisten zu entgehen; Spekulation, Korruption und das Glücksspiel greifen um sich, und oft verfallen diese Leute auch der rassistischen Propaganda der herrschenden Klasse.

Ebenso verschärft sich der Kampf um Profite zwischen den einzelnen Cliquen der herrschenden Klassen selber. Militärisch bekämpfen die islamischen Grundherren und Kompradoren, der eine General liegt mit dem anderen in Streit. Jede Clique

bestehen. Das alles zwingt das indonesische Volk dazu, in großer Armut zu leben.

Nur eine kleine Minderheit, nämlich die faschistischen Generäle und die Kompradoren der verschiedenen Nationalitäten, leben in Saub und Bräun. Sie sind es auch, die für die ständig steigenden Reispreise verantwortlich sind. Sie sind die Beschützer der feudalen Grundherren, die noch immer die große Mehrheit der indonesischen Gesellschaft, die armen und oft leiblosen Bauern, unterdrücken. Sie sind es, die voll und ganz den ausländischen Monopolen zu Diensten stehen, die Öl, Gold, Zinn, Kupfer, Fisch, Holz usw. plündern. Sie unterstützen die Imperialisten dabei, die nationale Industrie zu zerstören und große Arbeitslosigkeit zu schaffen, die den Imperialisten die Löhne so schön niedrig hält. Sie sind für die Steigerung der Kriminalität und der Prostitution verantwortlich, für den Mangel an Schulen und Krankenhäusern, für Seuchen und Epidemien.

Der Feind des indonesischen Volkes ist daher nicht eine gesamte Nationalitäten-Gruppe, sondern die Ausbeuter, die aus verschiedenen Nationalitäten stammen. Der Feind ist die gesamte herrschende Klasse, die dem Imperialismus beim Ausverkauf des Landes dient und durch die faschistische Militärdiktatur des General Suharto vertreten wird.

Rassismus – Mittel der Imperialisten und ihrer Lakaien zur Spaltung und Schwächung des Volkes

Je mehr und tiefer die ausländischen Monopole vordringen und die Lage der Volksmassen verschlechtert, desto mehr wächst die Unzufriedenheit im Volk.

Auf dem Lande kommt es zu Aufständen der armen Bauern gegen die Grundherren, die sich schnell zur bewaffneten Konfrontation entwickeln. In den Städten bilden sich Bewegungen zum Kampf gegen die Korruption, die Preiserhöhungen, die spontanen Streiks und Protestaktionen der Arbeiter um die Mittelschichten-Kleinrentner, Rentiere

den, der eine General liegt mit dem anderen in Streit. Jede Clique versucht ihren politischen Einfluß zu stärken. Die regierenden Generale am Suharto haben z.B. die politischen Parteien der rivalisierenden Feudalherren und Kompradoren verboten und lediglich ihre eigene Partei GOLKAR zugelassen.

Wir sehen also, wie alle Widersprüche in der indonesischen Gesellschaft anwachsen. Unvermeidlich wird das zum neuerlichen Hervorbrechen eines gewaltigen Volkskampfes führen, so sehr auch die herrschenden Klassen Gewalt anwenden mögen.

Um die breiten Volksmassen von ihrem Kampf gegen die wirklichen Unterdrücker abzuhalten, um die Mittelklassen irre zu führen und auch die Rivalen und Opponenten innerhalb der herrschenden Klassen zu beruhigen und abzulenken, verbreitet die Suharto-Clique die rassistischen Lügen, daß für die schlechte wirtschaftliche Lage das „Parasiten-tum der indonesischen chinesischer Abstammung verantwortlich“ sei.

Seit Anfang Mai dieses Jahres ist eine derartige Kampagne angekurbelt worden. Sie hat zu den rassistischen Unruhen vom Anfang August geführt.

Einer der eifrigsten Sprachrohre Suhartos, Bung Tomo, bewußt sogar die Unverschämtheit, im Mai Briefe an den Vorsitzenden Mao Tse-tung und an Tschiang Kai-shek auf Taiwan zu senden, in denen er darum bat, „die Chinesen Indonesien zu repatriieren“, sei also nach China und Taiwan „zurückzuholen“.

Antichinesischer Rassismus zu wählen, ist eine alte Taktik der Imperialisten und ihrer Lakaien. Die holländischen Kolonialisten gebrauchten früher ebenso wie die japanischen Besatzer während des II. Weltkriegs diese rassistische Hetze, um ihre Politik der DIVIDE ET IMPERA (Spalte und Herrsche) zu verwirklichen. Gerade die japanischen Besatzer griffen zur antichinesischen Hetze und inszenierten probengetragene Mordaktionen, um den Einfluß der steigenden chinesischen Revolution im antijapanischen Widerstandskrieg innerhalb des indonesischen Volkes einzunehmen.

In den 60er Jahren berahnten die US-Imperialisten ihre Agenten für ihre antichinesische Hetze mit dem

Ziel, Unruhe zu stiften und ihre konterrevolutionäre Globalstrategie der Einkreisung der Volksrepublik China durch die Unterwerfung der Völker Südostasiens zu verwirklichen.

Kurz, jedesmal, wenn der rassistische Terror ein Mittel zur Durchsetzung der reaktionären Ziele der Imperialisten und ihrer Lakaien im Land selber

Der Kampf des indonesischen Volkes läßt sich nicht aufhalten und abwürgen

Durch die rassistische Hetze kann sicherlich kurzfristig ein Teil der Volksmassen von dem Kampf um die wirklichen Interessen abgelenkt werden.

Aber der Aufschwung der Volkskämpfe in den letzten Jahren zeigt deutlich, daß die Volksmassen ihren Gegner klar erkennen. Der bewaffnete Kampf der armen Bauern in Kalimantan (Borneo) unter Führung der kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) entwickelt sich schwingvoll im Sinne des Programms für die Volksdemokratie in Indonesien.

„Für jeden Kommunisten und für jeden Sohn und jede Tochter des indonesischen Volkes, die sich nach Befreiung sehnen, ist es klar, daß die hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgaben der Revolution sind, die Massen des Volkes aufzurufen, zu organisieren, zu bewaffnen und zu mobilisieren, die rückständigen indonesischen Dörfer in fortschrittliche revolutionäre Stützpunkte zu verwandeln, in mächtige Bastionen der Revolution, sie in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu konsolidieren. Um die indonesische Revolution zu führen, müssen die Arbeiter-

ren, um die indonesische Revolution zu führen, müssen die Arbeiterklassen und die PKI nicht nur fähig sein, den bewaffneten Kampf zu führen, sondern müssen in der Lage sein, eine Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Gruppen zu errichten, die gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus sind.“

Im krassem Gegensatz zur reaktionären rassistischen Hetze der herrschenden Cliquen formuliert dieses Programm der PKI „Jeder Bürger, Mann oder Frau, ohne Rücksicht auf seine oder ihre Nationalität oder Herkunft, soll gleiche Rechte genießen“.

Auch in den Städten Indonesiens entwickelt sich der Kampf der Volksmassen gegen ihre Unterdrücker. Das militante Kleinbürgertum und eine Anzahl der Studenten schließen sich solidarisch den Protestaktionen der Arbeiter und armen Bauern gegen Korruption, Preiserhöhung und politische Entrechtung an. Die breiten Volksmassen folgen nicht dem rassistischen Terror. Tausende der Volksmassen können zeitweilig in die Falle der rassistischen Propaganda gehen, aber selbst dann können sie wieder für den Kampf des Volkes gegen seine Unterdrücker gewonnen werden und führen diesen Kampf auch tatsächlich. So wurde z.B. während des rassistischen Terrors am 5. August gleichzeitig die faschistische Propagandazentrale der Regierung die Preisregulierung, in Brandung angegriffen und zerstört.

Der richtige Weg des indonesischen Volkes in Richtung auf die Volksdemokratie und Unabhängigkeit vom Imperialismus läßt sich durch die organisierte rassistische Hetze der reaktionären Klassen nicht aufhalten. Diesen Weg hat die PKI nach der Niederlage der Revolution 1965-66 gewiesen und es schreibt am Schluß ihres probengetragenen Programms

Die kommunistische Partei Indonesiens ruft die Arbeiter, Bauern, revolutionären Intellektuellen, Fischer, kleinen Geschäftsbetriebe und alle indonesier guten Willens, Männer und Frauen aller Nationalitäten auf, sich eng zusammenzu-

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Indonesien

schließen und die bewaffnete Revolution aufzunehmen, um die feuchtschliche Militärdiktatur zu stürzen, um auf diese Weise den Weg in Richtung einer freien, demokratischen, neuen Lebens, das zum Sozialismus führt, zu öffnen."

Wir indonesischen Studenten im Ausland begrüßen diese Richtlinie der PKI. Unser Kampf im Ausland ist Teil des Kampfes unseres Volkes für seine nationale Befreiung.

Wir sind außerdem überzeugt, daß das deutsche Volk gerade aufgrund seiner eigenen Erfahrungen den Kampf unseres Volkes gegen Rassismus, Kolonialismus und für nationale Selbstbestimmung und Freiheit unterstützen wird.

Die PKI hat unsere Meinung ausgedrückt, indem sie schrieb: "Wir werden niemals vergessen, daß das internationale Proletariat wenn es sich und seine Nation schon befreien konnte und auch wenn es noch um seine Befreiung kämpft, und daß alle Menschen, die gegen den Imperialismus kämpfen, die Bundesgenossen der kommenden indonesischen Revolution sind."

"Die Solidarität hat die Überzeugung der indonesischen Revolutionäre gestärkt, daß ihr Kampf für nationale Befreiung und der Kampf des internationalen Proletariats für den Sozialismus unauflöslich miteinander verbunden sind."

Eine Gruppe indonesischer Studenten in der BRD

Anhang

Auszüge aus einem Brief eines indonesischen Mädchens an ihren in der BRD lebenden Freund

Ton! Hast Du schon gehört, was in Bandung geseh? Es steht schon viel in den Zeitungen, aber da wird die Wahrheit oft verwechselt. Ich will Dir berichten, wie es wirklich war, damit Du unsere Lage begreifen kannst.

Am 5. August kam es in Bandung zu Vorfällen, die denen vom 10. Mai (1963) ähnelten - Du erinnerst dich doch daran? Aber diesmal war es viel grausamer. Viele Indonesier chinesischer Abstammung wurden umgebracht und sicher wird es noch viele Opfer geben! Es gab überall Folterungen, Mädchen wurden die Kleider heruntergerissen und sie wurden vergewaltigt.

Ton, es war eine entsetzliche Zeit am Sonntag, den 5. August. Es ist schrecklich, wenn wir wieder daran denken. Ich habe gehört, daß die Wohnungen in dem Häuserblock, in dem sich Deine Wohnung befindet, ausgeplündert wurden, obwohl ich selbst nicht nachschauen konnte, weil ich Angst habe hinzugehen. Frage mal Tjeng!

Ton, gegen 20 Uhr hörten wir, daß Häuser verbrannt worden waren. Leute in Wohnungen eingedrungen waren, Sachen wie Fernseher und Kühlschränke und Möbel und andere verbrannt haben. Da bekamen wir furchtbare Angst und alle versteckten sich unter Betten. Zum Glück waren die Fenster mit Eisen vergittert, so daß das Räuberpack

das mit Hilfe von Brechstangen einzuwandern versuchte, erfolglos blieb. Erst nach längerer Zeit gaben sie den Versuch auf, in unser Haus einzudringen.

Als das Räuberpack die Häuser mit Steinen bewarf, schrien sie aus vollem Hals: „Chinesen, mach daß Du rauskommst! Wir bringen Dich eigenhändig um! Du sollst Dich nicht verstecken, sonst werden wir Dir Dein Haar über dem Kopf einschneiden!“ Es hörte sich an, als befänden sich die Leute direkt vor der Zimmertür.

Gerade als sich gegen elf Uhr abends die Lage ein wenig beruhigt zu haben schien, Ton, da kamen diese Lumpen plötzlich wieder. Jetzt wurde es wirklich ernst, weil sie alles anzündeten! Aber bei uns geschah merkwürdigerweise nichts. Nur es war bedrohlich - überall Feuer, der Himmel färbte sich rot. Wir waren damit beschäftigt, die Kleider in eine Decke zu binden. Wir hatten nämlich vor, in ein nahegelegenes Hotel umzulaufen. Wir bemerkten aber dann, daß dieses Hotel gerade von den Märdern in Beschlag genommen worden war.

Ton, das Inventar im Haus von Gung wurde geplündert und verbrannt. Zum Glück waren die Bewohner des Hauses auf die Dächer geklettert, sonst wären sie auch noch umgebracht worden.

Es waren bestimmt Hunderte von Menschen, die durch Bambusspere und Hackmesser umkamen. Die Zeitung berichtet allein von 308 Personen - und da sind ja alle die, von denen man noch nichts weiß, nicht mitgerechnet.

Falls junge Mädchen sich weigerten, sich ausziehen zu lassen, wurde die Gesicht mit einer Holzgabel zerkratzt. Es waren junge Mädchen, weißt Du?

Die Geschäfte in der Innenstadt wurden alle geplündert und ausgebrannt. Nichts blieb übrig und es wurde keine Ausnahme gemacht. Noch abscheulicher sah es in der Tjibadad-Straße aus. Abok erzählte, die Straße wäre voller Blut gewesen als ob man Hühner geschlachtet hätte. Provenhaars lagen verstreut auf der Straße. Es war mediatisch. Ton, wenn Du es nicht mit eigenen Augen siehst, wirst Du es nicht glauben!

Plötzlich tragen viele Leute neue Uhren, neue Schuhe, Jeans und andere sehr auffällige Sachen, ist das nicht großartig?

Ton, in der Tjibadad-Straße wurde alles vernichtet, nur ein Haus blieb unberührt, weil ein Soldat des „Kudjang-Batallions“ Wache davor hielt. Es ist jetzt Mode, einen starken Mann im Rücken zu haben, alle Autos werden vom Staatsapparat beschlagnahmt, obwohl die Indonesier chinesischer Abstammung gehören. Spaßig, nicht?

Das Kaufhaus Mekar Sari wurde aufgebrochen und leergeräumt, die Motorradgeschäfte wie Pratico Perda, Mattes und Astra, sind alle geplündert.

Ton, in der Stadt Tjandjur wurde die Hälfte der Chinesen umgebracht. Wie grausig! Ton, frage Deine Familie, ob sie verschont geblieben ist, da ich es noch nicht weiß!

Gestern, um neun Uhr morgens, wurde Medjaleja angegriffen. Das

Schicksal ist dasselbe wie hier. Man weiß noch nicht, wie viele Opfer es gegeben hat. Ton, wenn man sich die Raya Barai Straße anschaut, so findet man sie voller Autowracks. Es sieht wie auf einem Schrottplatz aus. In der Tat sind die Indonesier chinesischer Abstammung hier alle bedroht und haben Angst...

Bandung, den 7. August 73

Aus einem Brief indonesischer Eltern an ihren in der BRD studierenden Sohn

9.8.1973

Han, mein geliebter Sohn! Han, am 5. August 73, es war ein Sonntag Abend, kam es in Bandung zu Unruhen... Laut Zeitungsberichten wurden 912 Häuser zerstört... Han, versuch Dir ein Bild von der Niederlage der Leute zu machen. Sie sind unendlich und zählen zu den Opfern! Han, halte Dir vor Augen, daß 912 Häuser nicht wenig sind. Man kann sagen, daß die Stadt Bandung total lahmgelegt wurde.

Hoffentlich wird Semarang von diesen Ereignissen nicht auch noch erfaßt, laut noch nicht bestätigten Berichten, sollen die Städte Guntur, Tjimal, Bogor in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Han, versuche Dir vorzustellen, daß wir vor den Hörnern eines wilden Büffels stehen; jeder Zeit können wir es erleben...

Grüße von Deinen Eltern.

15. AUGUST 1973 - EIN TAG DES SIEGES FÜR DAS KAMBODSCHANISCHE VOLK

Der 15. August ist für das kambodschanische Volk ein historischer Tag - für die nationale Widerstandsbewegung ein Tag des Sieges gegen den US-Imperialismus.

Seit März dieses Jahres hat die US-Regierung Kambodja praktisch zum Objekt völliger Vernichtung durch die amerikanischen Luftangriffe gemacht - tausende wurden amerikanische Kampfbomber, B-52-Maschinen, ihre Bomben auf das Land und die Bevölkerung, vor allem auf die Umgebung der Hauptstadt Phnom Penh, wo sich der US-Statthalter Lon Nol angestellt mit seiner Clique veranlagt.

Das Ergebnis dieser völkermordenden Luftangriffe sollte die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodja in die Knie zwingen, die Nationale Einheitsfront von Kambodja und die „Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodjas“ zur Annahme eines Waffenstillstands bringen, um schließlich einen „amerikanischen Frieden“ zu akzeptieren. Das heißt eine Regierung der sog. „Koalition“ und „Veröhnung“ anzuerkennen, was nichts anderes bedeuten würde, als eine Koalition mit der Verführerische Lon Nol einzugehen und damit die Gewährung des imperialistischen Einflusses.

Die Entschlossenheit und der Widerstand des kambodschanischen Volkes sowie die Unterstützung seiner brüderlichen anti-imperialistischen Öffentlichkeit konnten diese wahrhaft imperialistische Ziel verhindern - die US-Regierung mußte den offenen militärischen Angriff auf Kambodja aufgeben.

In echt zynischer, imperialistischer Manier wurde der Bombenstopp für den 15. August Wochen vorher angekündigt. Je näher dieser Tag rückte, desto mehr Bomben fielen, desto brutaler, unermesslicher und zerstörerischer wurden die Einmäße. Die Grausamkeit dieser Angriffe und deren Wirkung ist beispiellos in der Geschichte der zwischenstaatlichen Kriege und der Weltkriege. Längst führte die US-Regierung keinen Kampf mehr um Sieg oder Niederlage, dieser letzte militärische Angriff zur Rettung

ihres neokolonialistischen Systems, das sich auf weniger als 10% des kambodschanischen Territoriums aufbaute, hatte nur das eine Ziel: alles vernichten, alles verbrennen, alles umbringen!

Nach Vietnam sollte jetzt auch Kambodja in die Steinzeit zurückgebrochen werden!

Dieses Wesen des Imperialismus verschweigt uns die bürgerliche Presse der BRD in ihren Berichterstattungen wohlweislich.

Hier werden lediglich die „Fehlwürfe“ amerikanischer B-52-Bomber, die „vermeintlich“ wichtige Verteidigungspositionen der Lon Nol-Truppen trafen, groß herausgestrichen.

„Morgenspost“-Überschrift vom 7.8.1973: „Fehlwurf der US-Bomber. 50 Unschuldige starben.“ Bedauerlich! „Aber, solche Dinge passieren nun mal im Krieg.“ (angeblich)

liche Aussage einer Zivilistin des betroffenen Dorfes Neak Nuong, vergl. im „Stern“ vom 16.8.73)

Welche Verlogenheit spricht aus dieser Art der Darstellung angesichts der wahren Ziele des US-Imperialismus, der brutalsten Zerstörung eines Landes, der gezielten Liquidierung eines Volkes!

Die kambodschanische Regierung unter dem Prinzen Sihanouk hatte zunächst versucht, Kambodja durch stillschweigende „Zugeständnisse“ an beide Seiten möglichst weitgehend aus dem Indochina-Krieg der USA herauszuhalten. Nur deshalb nahm sie an, daß in den Grenzgebieten des Landes Basen und Versorgungsstellen für den Nachschub der Isotischen und südvietnamesischen Befreiungsgesetzkräfte aufgebaut wurden. Ebenso deutete sie stillschweigend, daß seit 1966 die

US-Luftwaffe kambodschanisches Gebiet bombardiert. Diese Angriffe wurden gehegelt, da sie nicht vom US-Kongress der Verfassung entsprechend genehmigt worden waren.

Dies richte dem US-Imperialismus jedoch auf die Dauer nicht so innewarnt der CIA am 18. März 1970 einen Militärputsch gegen Sihanouk und setzte die völlig abhängige, korrupte, fauchtsche Clique um Lon Nol und Sirik Matak ein.

Die Absicht des US-Imperialismus war dabei, Kambodja zum militärischen Aufmarschgebiet im Indochina-Krieg und zum Kettenglied in dem von den Philippinen bis Thailand reichenden Einkreisungsschlag gegen China zu machen.

Zur Unterstützung der Putschisten ließ der US-Imperialismus einige Wochen später, am 30. April, amerikanische und südvietnamesische Truppen nach Kambodja einfallen.

Seit dem Militärputsch führt das kambodschanische Volk und die Volksstreitkräfte der Nationalen Befreiung unter der Führung der Nationalen Einheitsfront von Kambodja (gegründet nach dem Sturz Sihanouks) einen bedingungslosen Kampf gegen die Angriffe der US-Armee.

In den letzten Jahren hat das kambodschanische Volk den größten Teil seines Landes befreit können. Nur in einigen wenigen Städten können sich die Truppen der Militär-Clique noch halten.

Offizieller Führer der Regierung der Nationalen Einheitsfront ist Prinz Sihanouk. Jedoch wird es im politischen Leben Kambodjas wahrscheinlich nie wieder eine entscheidende Rolle spielen, sondern das Volk wird die gewöhnliche Macht in den Händen behalten. Sihanouk selbst hat dies anerkannt und erklärt, er werde nach der vollständigen Befreiung Kambodjas „mit Vornamen“ abdanken.

Sihanouk lebt zur Zeit meist in Peking, wo ihn die chinesische Regierung als Gast aufgenommen hat. Unmittelbar nach dem Putsch hatte er noch den Wunsch geäußert, sich abwechselnd in China und der Sowjetunion aufhalten zu können. Das scheint von den Sowjetrevisionisten nicht gewünscht worden zu sein.

Die sowjetische Regierung weigert sich bis heute, die Regierung der Nationalen Einheitsfront als rechtmäßige Regierung Kambodjas anzuerkennen und unterhält stattdessen diplomatische Beziehungen zur Militär-Clique. Bei verschiedenen Anlässen sind die Sowjetrevisionisten auf internationaler Ebene dafür eingetreten, Vertreter der Lon Nol-Clique offiziell zuzulassen, so u.a. bei Tagungen von Organisationen der UNO (UNESCO u.a.).

Nach Angaben der Nationalen Einheitsfront haben die Sowjetrevisionisten den kambodschanischen Befreiungskampf in keiner Weise materiell unterstützt, offenbar getrieben von der Brechung verführerischen Dornes, daß die „Kriegsbrandherde“ so schnell wie möglich „ausgetreten“ werden sollten.

Zum Glück hängen die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen jedoch nicht von Gunst oder Ungunst der Sowjetrevisionisten und deren „Hilfe“ ab - wie diese selbst am liebsten behaupten - sondern in erster Linie vom Vertrauen der Völker in die eigene Kraft.

Seit dem 15. August ist es offensichtlich die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung von Kambodja konnten von der US-Armee nicht nur nicht vernichtet werden, sie sind eine stärkere Macht denn je - der US-Imperialismus dagegen mußte in Kambodja eine 100-prozentige Niederlage einstecken.

Trotz des großen Sieges ist der Kampf des kambodschanischen Volkes noch nicht beendet - noch sitzen die Marionetten der US-Regierung in der Hauptstadt Phnom Penh - noch ist die US-Regierung weit davon entfernt, ihre Truppen endgültig aus Indochina abzuziehen. Auf Guam, in Thailand, im Golf von Tonkin haben die USA an Flugzeug- und Schiffsbewachungen etwa 75.000 Mann stationiert, in Japan und auf den Philippinen unterhalten sie starke Militärbasen, in Südvietnam haben sie 20.000 „Zivilisierer“ zurückgelassen.

Doch der endgültige Sieg des kambodschanischen Volkes ist unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit.

13.9.1973

KONTAKTADRESSEN DES KB

Bremen/Leven:
F Kösel
285 Bremerhaven 1
Postleitzahl 00 31 80

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmehrsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postleitzahl A 022683

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/AM 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Roents
2 Hamburg 13
Ruthebahn 35

Kiel:
W. D. Schoel
23 Kiel 1
Postleitzahl 088 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF

KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Wien:
W. Bierschwein
24 Luback
Postleitzahl 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 80

Samdech Sihanouk weist sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zurück

„Peking Rundschau“ vom 28. Aug. 1973

Am 13. August wies Samdech Sihanouk in einem Telegramm, das er von Peking aus an den AFP-Korrespondenten in Peking sandte, die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas zurück, wobei er sich auf einen von AFP verbreiteten Artikel aus der sowjetischen Zeitung „Iswestija“ über die Kambodscha-Frage bezog.

Der volle Text des Telegramms von Samdech Sihanouk lautet:

Die AFP in Moskau hat einen Artikel der „Iswestija“ über die Kambodscha-Frage verbreitet. Dem AFP-Bericht zufolge hat die „Iswestija“ die Nationale Einheitsfront von Kambodscha den wehren Vertreter des kambodschanischen Volkes genannt. Hier mein Kommentar zu dieser Frage. Die ganze Welt weiß, daß die Nationale Einheitsfront von Kambodscha eine Regierung hat, nämlich die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha. Wenn die UdSSR wirklich so aufrichtig die Nationale Einheitsfront von Kambodscha als den wehren Vertreter des Khmer-Volkes anerkennt, sollte sie ipso facto die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha anerkennen und die diplomatischen Beziehungen mit der Phnom-Penh-Republik abbrechen. Die Tatsache, daß die Sowjetunion herkömmliche diplomatische Beziehungen zum todgeweihten Regime der Landverräter in Phnom Penh unterhält, nimmt der sogenannten Unterstützung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha von seiten der Sowjetunion allen

Wert und jegliche Glaubwürdigkeit. Außerdem haben die Volkskretäre für die Nationale Befreiung von Kambodscha von der UdSSR nicht die geringste militärische Unterstützung erhalten. Wie AFP berichtet, sieht „Iswestija“ „die Aufgabe der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha darin, alle politischen Parteien und Patrioten im In- und Ausland zusammenzuschließen. Welcher politischen Meinung oder Religion sie auch immer sind, sie sollen zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit mobilisiert werden, usw.“ Hier mein Kommentar dazu. Zwei Bemerkungen will ich machen: Erstens, dieser Appell, der der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha ihre Politik vor schreiben will, ist eine offene Einmischung in Khmer-Angelegenheiten. Zweitens, vom Zusammenbruch aller politischen Parteien und Patrioten zu sprechen, ungeachtet ihrer Politik, ist ein Komplott von alters her, um die königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha am vollen Sieg zu hindern, sie unrichtig als den Weg zu schaffen und durch eine sogenannte nationale Koalitionsregierung zu ersetzen, in welcher die sowjetische Einmischung in Kambodscha von den politischen Parteien überdeckt wird, die Agenten des ausländischen Imperialismus und Neokolonialismus sind. Sihanouk stimmt nach der Befreiung von Phnom Penh mit Vergnügen seiner politischen Abdankung zu, unter der Bedingung, daß die Roten Khmer, die innerhalb der Volkskretäre für die Nationale

Befreiung von Kambodscha den USA Imperialismus niedergeschlagen haben die Macht im Staat, in der Regierung und in der Verwaltung Kambodschas annehmen, ohne sie mit anderen teilen zu müssen. Aber Sihanouk wird bis zum Ende gegen eine Lösung kämpfen, bei der eine Koalitionsregierung Leuten oder politischen Parteien, die niemals am bewaffneten Widerstand gegen die amerikanischen Aggressoren teilgenommen und nur für die Interessen des ausländischen Imperialismus und Neokolonialismus gearbeitet haben, eine Machtteilung mit den Roten Khmer von Khieu Samphan, Hou Youn und Hu Nim gewährt soll. Zuletzt fügt die „Iswestija“, AFP zufolge, hinzu, daß „innerhalb der existierenden Grenzen ein Land des Volkes wie auch der Demokratie errichtet werden soll“. Hier mein Kommentar dazu: Dies ist eine weitere unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Khmer-Volkes und der Khmer-Nation. Der Vorschlag, daß wir eine volkdemokratische Republik Kambodscha gründen und diese das Königreich Kambodscha ersetzen lassen, das doch von den Roten Khmer verworfen werden soll, ist eine unannehmliche Einmischung für jeden Khmer, der auch nur die geringste Selbstachtung hat. Bitte, bringen Sie in Ihrem Bericht die vorliegende Erklärung in allen Einzelheiten.

Mit herzlichem Dank und freundschaftlichen Grüßen

Nordem Sihanouk von Kambodscha

Porto. Militärputsch

ihren Profit und ihre Herrschaft geht

Gilt das auch für Westeuropa?

In einem Flugblatt, das der ASIA der Hamburger Um (SHB und MSB) zum Militärputsch in Chile verteilt, wird frohgemut verkündet: „Es zeichnet sich ab, daß die Entwicklung, wie sie sich in Chile vollzieht, auch in anderen Staaten verwirklicht wird. Das Bündnis in Frankreich zwischen der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei ist ein Beispiel vor unserer Haustür.“

Der makabre Tiefsinn dieser Sätze scheint den Verfassern wohl selbst nicht klar gewesen zu sein. Tatsächlich weist die Politik der französischen vereinigten Reformisten genau in Richtung der chilenischen Entwicklung, nämlich in Richtung einer katastrophalen Niederlage. Zu anderen Ergebnissen kann die parlamentarische Strategie auch in Westeuropa nicht führen.

Als sich im Mai/Juni 1968 der Klassenkampf in Frankreich zuspitzte, ließ die Bourgeoisie rund um Paris Panzer-Einheiten aufmarschieren und mobilisierte die Fallschirmjäger. An dem Einsatz dieser Truppen kann im „Ersatzfall“ kein Zweifel bestehen. Außerdem schneit uns die französische Armee, die über spezielle Bürgerkriegs-Einheiten aus Berufssoldaten verfügt, noch besser als die chilenische Armee für solche Einsätze geeignet.

In Italien sind Putsch-Versuche

Niederlage einer Illusion

Die internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der dreißigjährigen Regierung der Unidad Popular in Chile selbst haben von vornherein die Unauwechlichkeit einer gewalttätigen Offensive der Konterrevolution und damit die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bezeugt. Die Unidad Popular hat dies hingegen immer bestritten und an ihrem illusorischen Konzept eines „friedlichen Übergangs“ festgehalten, was in der Praxis zu immer offenerer Kapitulation vor der Konterrevolution führte. Die reformistische Politik der Unidad Popular trägt die Schuld daran, wenn der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur heute nicht über die nötige Organisationskraft und über die nötigen Waffen verfügt, um die Bourgeoisie und deren Junta zu besiegen. Der Preis, den das chilenische Volk heute mit seinem Blut bezahlen muß, ist durch das opportunistische Zurückweichen der Unidad Popular und durch die mangelhafte Vorbereitung auf diese Situation in die Höhe getrieben worden.

Der Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft wird überall, in allen Ländern Opfer auf Seiten des Volkes kosten. Daran werden die Völker den Imperialismus nicht hindern können. Aber die Revolutionäre haben vor der Arbeiterklasse und dem Volk die Verantwortung zu tragen, durch die Wahl der Kampfmittel die Opfer

Neu erschienen

Anzeige

Unser Weg SONDERNUMMER

CHILE: Vom 'friedlichen Übergang' zum Bürgerkrieg

INHALT

Das Konzept der „Volksregierung“
Zusammenstoß in Concepcion
Verständigung und Sozialismus
Der „Jugale Weg“

„Freiheit der Presse“

Erhebung der bürgerlichen Bürokratie

Die Unidad Popular und die „Linkradikalen“

Abgabe an alle Abonnenten

Chile nach den Wahlen: Konterrevolution rüstet weiter (aus AK 27)

Chile – „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett (aus AK 32)

Militärputsch in Chile (aus AK 32)

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes (aus AK 33)

Woher kam das wirtschaftliche Chaos? (aus AK 33)

Besserwaser und Schlechterwaser (aus AK 33)

Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats (aus AK 33)

Im Hintergrund immer der US-Imperialismus (aus AK 33)

2 erweiterte Auflage 8001 7 500

erhältl. im ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

cm. 2-DM



ANKÜNDIGUNG!



Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Unser Weg SONDERNUMMER

Wir bereiten eine weitere Chile-Broschüre vor, in der wir die vom Kommunistischen Bund auf einer Informationsveranstaltung gehaltenen Reden abdrucken werden. Diese Veranstaltung fand am 20.9.1973 statt und wurde von gut 2 000 Menschen besucht.

erhältl. über Verlag J. Reents
2 Hamburg 13
Rutchenhahn 55

Bitte beim Verlag vorbestellen



bereits wiederholt mit daran gearbeitet, daß die Bourgeoisie den Zeitpunkt für unangünstig hielt und die Entwicklung des Klassenkampfes sich „entpannte“.

In beiden Fällen kann die Konterrevolution zusätzlich zur Armee auf sehr militante, zum Teil bewaffnete, faschistische Verbände und auf Teile des Kleinbürgertums zurückgreifen. Faschisten in Frankreich ermorden ausländische Arbeiter, Faschisten in Italien legen Bomben, überfallen Streikposten.

Der faschistische Terror würde es erfordern, den Gedanken der Organisation des Proletariats zum Selbstschutz bewußt zu propagieren und diese Organisation voranzutreiben. Stattdessen wendet sich z. B. die „KP“ Italiens an den bürgerlichen Staat überhaupt innerhalb der Illusionen der „KP“ Italiens, daß denen der chilenischen KP.

In diesem Zusammenhang gehört schließlich auch der Militärputsch in Chile an.

Das unterstreicht, daß sich die Methoden der Konterrevolution Westeuropas im Prinzip von den jetzt in Chile angewandten kaum unterscheiden. Eine Strategie, die nicht gerade auf diese Entwicklung vorbereitet, wird die Arbeiterklasse in Niederlagen führen.

möglichst gering zu halten, und vor allem, daß diese Opfer den Weg des Sieges und nicht den der Niederlage bereiten. Die gegenwärtigen Tausende von Opfern in Chile sind aber Ergebnis der Niederlage einer Illusion der Illusion vom „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus.

Anmerkungen Auf die Entwicklung in Chile und wir um Einzelnen nicht eingegangen, da wir dazu schon sehr viel veröffentlicht haben. Wir geben hier die Übersicht darüber KABA-Z Nr. 2: Zur Lage in Chile KABA-Z Nr. 3: Anmerkungen zur Politik der KP Chiles UNSER WEG-Sondernummer „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus? (eine zweite Auflage wird vorbereitet)

AK 19 Chile „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?

AK 23 Unidad Popular in Gefahr

AK 27 Konterrevolution rüstet weiter

AK 32 „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett

STRATEGIE DER BOMBEN IN ENGLAND

Kapitalisten starten Verfolgungsjagd auf die IRA

In den letzten Wochen explodierten in England – hauptsächlich in London und in Birmingham, der größten Stadt im Industriegebiet Midlands – mehrere Bomben. Einige wurden gefunden, aber es hochgingen, mehrere Menschen wurden verletzt. Kaum ein Tag verging, an dem nicht von anonymen Bombendrohungen und anschließenden Räumungen ganzer Bahnhöfe oder Geschäftstraßen berichtet wurde.

Die Schuldigen für diese „Bombenkampagne“ hatte man schnell: In Presse, Rundfunk, Fernsehen und von offizieller Stelle wurde behauptet, es handle sich um Aktionen der Irish-Republicikanischen Armee (IRA). Obwohl Scotland Yard bereits am 1.9. zugeben mußte, daß diese Behauptung nicht haltbar ist, wurde sie weiterhin von englischen und ausländischen Zeitungen kolportiert.

Wem auch gegenwärtig nicht sicher zu sagen ist, wer im einzelnen hinter den Bombenanschlag steckt, so ist doch eins sicher: Sie werden von der englischen Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat genutzt, um die Verfolgung der IRA in Irland und in England zu verschärfen und die Faschisierung der englischen Gesellschaft voranzutreiben. Zahlreiche Hausdurchsuchungen wurden in den letzten Wochen in London und Birmingham durchgeführt. Die Demagogie in der bürgerlichen Presse gegen den berechtigten Befreiungskampf des irischen Volkes erreichte einen neuen Höhepunkt. Die Bomben in England wurden für die Verhaftung führender Mitglieder der IRA und Sinn Féin (politische Partei der IRA) zum Vorwand genommen.

Aus den Reihen der reaktionären Tory-Partei wurde bereits die Forderung laut, für „IRA-Terroristen“ solle die Todesstrafe eingeführt werden! Die Bombenkampagne der englischen Bourgeoisie läßt sich durch eine mit der Baader-Meinhof-Jagd in der BRD vergleichen.

Der „Sunday Telegraph“ schrieb am 2.9.73: „Scotland Yard äußerte gestern die ersten schweren Zweifel daran, daß die Bombenwelle in London und Birmingham das Werk der IRA sei, obwohl die Bomben-Kommission offiziell weiterhin ihr die Angriffe zuschreibt (!). Aber der einzige Anhaltspunkt für diese Annahme ist die Ähnlichkeit (!) der Vorrichtungen mit denen, die die IRA in Nordirland gebraucht und die Annahme (!!!), daß der Sprengkörper von dort kommt. Mitglieder der Spezialeinheit sagten, das Bomben sei nicht typisch für die IRA-Operationen.“

IRA in Nordirland gebraucht und die Annahme (!!!), daß der Sprengkörper von dort kommt. Mitglieder der Spezialeinheit sagten, das Bomben sei nicht typisch für die IRA-Operationen.“

Trotz dieser zynischen Offenheit, mit der die völlige Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen die IRA („Anhaltspunkt“) ist die Annahme (!!!) zugegeben wird, behaupten die englischen und auch die westdeutschen Zeitungen frech weiter, die Bomben kämen von der IRA.

So schrieb der „Guardian“ am 3.9. von einer „dreitägigen Ruhepause in der Bombenkampagne der Provisional IRA (der eine Flügel der IRA)“, an anderer Stelle von „dem IRA-Bomben-Team“.

Das westdeutsche politische Magazin „Der Spiegel“ schrieb am 10.9.73: „Die IRA bombt nun auch in London ... Wie der Spiegel in Dublin erfüllt (!), wurden die Anschläge der vergangenen zwei Wochen von jeweils dreiköpfigen Sonder-Trupps der irischen Guerilla-Krieger ausgeführt. Die Kommando-Einheiten wurden in Irland ausgebildet.“

Gegen die Behauptung, die IRA stecke hinter den Bomben, spricht vor allem folgendes: „Nach Meinung des Scotland Yard wurde kein einziges Mal, seitdem die Angriffe vor zwei Wochen begannen, Anspruch auf Verantwortlichkeit erhoben.“ („Sunday Telegraph“, 2.9.73)

Also auch von der IRA nicht! Die bürgerliche Presse kriegt natürlich „die Kurve“, auch dies als „Indiz“ für die Verantwortlichkeit der IRA anzusehen, schridt der IRA Strichwörter. Im Gegensatz zu

ihrer sonst üblichen Praxis, Stellungnahmen herauszugeben, in denen sie die terroristischen Anschläge entweder für sich in Anspruch nimmt oder ablehnt, spricht für sich. (!!!) („Daily Telegraph“, 3.9.73)

Jagd auf Iren in England

Indirekt gab der „Guardian“ zu, daß die Polizei – trotz der „schweren Zweifel“ an der Verantwortlichkeit der IRA – eine umfassende Jagd auf in England lebende Iren, die mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes sympathisieren, eingeleitet hat. Reporter McManus – fest von der Tüchtigkeit der IRA überzeugt – wirft der Polizei vor, daß ihre Meinung, die IRA sei es nicht gewesen, „gar nicht erklärt, warum sich die Nachforschungen über die Anschläge, die von der Bombenabteilung und der Spezial-einheit durchgeführt wurde, auf Iren konzentriert, die in diesem Land (England, AK) wohnen und republikanische Sympathien haben.“ („Guardian“, 3.9.73)

Sofort nach den ersten Bombenanschlägen führte die Polizei in London und Birmingham Razzien und Hausdurchsuchungen durch. Allein in London sind insgesamt 160 ausgebildete Beamte in den verschiedenen Spezialeinheiten im Einsatz gegen Iren, Kommunisten und IRA-Sympathisanten.

An die Polizeichefs in ganz England wurde ein „geheimer Einsatzbefehl“, die Bombenanschläge betreffend, ausgegeben, über dessen Inhalt nichts bekannt ist.

Seit Monaten sitzen in den verschiedenen Gefängnissen in England Iren, denen Beteiligung an früheren Bombenattentaten vorgeworfen wird, ohne daß sie bisher einen Prozeßtermin bekommen hätten. So z.B. sieben in Coventry, drei in Blackburn und sieben in Birmingham (nach „Der Spiegel“).

Darüber hinaus laufen gegenwärtig zwei Prozesse: Einer in Luton, einer Kleinstadt in der Nähe von London, gegen drei Iren, die mit Handschellen gefesselt (!) dem Richter vorgeführt wurden. Der zweite in Winchester, in der Nähe von Southampton, gegen zehn Iren, denen die Explosion einer Bombe in einem Auto in London im März (!) dieses Jahres zur Last gelegt wird.

Breiter Angriff auf das irische Volk

Breiter Angriff auf das irische Volk

Die gegenwärtige Verfolgungskampagne in England muß in Zusammenhang gesehen werden mit den Maßnahmen, die in Nord- und Süd-Irland gegen die IRA und ihre politische Organisation, die Sinn Féin, ergriffen werden.

Mehrere Führer der beiden Flügel der IRA, der Official und der Provisional, und der Sinn Féin wurden verhaftet oder ermordet;

Patrick Mulvenna, 22, wurde am 11.8. von einer Armeepatrouille erschossen.

James Boyson, 25, und James O'Rawe, 18, wurden bei der gleichen Schießerei schwer verwundet und liegen seitdem im Krankenhaus. Alle drei sind Führer der Provisional IRA.

Seamus Twomey, 54, wurde am 1.9. verhaftet.



Er ist der Chef des Armeestates der Provisional IRA.

Triumphierend schreibt der „Daily Telegraph“ am 3.9. zu seiner Verhaftung: „Seine Gefangennahme war der Höhepunkt von zwei – für die Sicherheitskräfte im Norden – erfolgreichen Monaten, einschließlich über hundert anderen Verhaftungen, die die Provisional IRA zu einer Zeit in eine Führungsrolle gestürzt haben, zu der ihr moralischer und operativer Zustand auf dem niedrigsten Stand seit 69 ist.“

Michael Plunkett, 26, ein führender Mitglied der Official Sinn Féin, wurde am 14.9. in Dublin verhaftet. Offen wird zugegeben, daß seine Verhaftung Teil eines „police round up of political activists“ sei, „bevor Heath am Montag Irland besucht, um mit Cosgrave, dem Premier Minister von Irland, zu sprechen.“ („Daily Telegraph“). Wir haben dies in Englisch zitiert, weil hier der faschistoide Charakter der bürgerlichen Presse sehr deutlich wird: „round up“ heißt soviel wie „zusammengetriebene Menschen“, „zusammengetriebene Menschen“, das oben Zitierte also „das Zusammenreiben politischer Aktivisten durch die Polizei“!

Da werden also einfach anlässlich des Besuches von Heath Menschen „aus dem Verkehr gezogen“, von denen Protestaktionen gegen die englische Politik in Irland erwartet werden! Und das ganz „legal“! Nach dem „Special Power Act“ (Notstandsgesetz) und die Herrschenden „berechtigt“, jeden, „Verdächtigen“ ohne Gerichtsurlauf auf unbestimmte Zeit zu internieren! (Notstandsgesetz) sind die Herrschenden „berechtigt“, jeden, „Verdächtigen“ ohne Gerichtsurlauf auf unbestimmte Zeit zu internieren!

Faschisierung der englischen Gesellschaft

Neben den direkten Schlägen gegen die IRA (Verhaftungen in breitem Stil, Ermordung, Einschüchterung usw.) haben die englischen Kapitalisten mit der Bombenkampagne noch ein anderes Ziel im Auge: die politisch-ideologische Verhetzung der englischen Bevölkerung. Einerseits soll die bei großen

Teilen vorhandene Sympathie mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes abgebaut werden, indem die IRA als ein Haufen von Terroristen hingestellt wird, der einfach drauflos bombt, egal ob das Leben von einfachen Leuten gefährdet wird oder nicht.

Andererseits erhofft sich die bourgeoisie eine Verschärfung des teilweise schon gespannten Verhältnisses zwischen Engländern und Iren in England selbst. Rund eine Million Iren wohnt als benschäftigte Minderheit in England. Wegen gro-

die englische Bourgeoisie das Klima zu schaffen, in dem die reibungslos weitere Maßnahmen gegen das irische Volk durchsetzen kann. Erste Anzeichen dafür, wohn die Reize gehen soll, haben mehrere Tory-Abgeordnete bereits geliefert: Sie forderten am 11.9.

● das Verbot der IRA in England (bislang ist sie in England erlaubt).

● Die Einführung von Ausweisen für alle Iren, die nach England kommen, um sie besser kontrollieren zu können.

Bombenleger waren Geheimdienstler

Hinweise dafür, wer hinter zumindest einem Teil der Bombenanschläge in England und Irland in den letzten Wochen steckt, könnte, und welche politische Zielsetzung damit verfolgt wird, lieferten zwei Iren, die gegenwärtig in einem irischen Gefängnis sitzen: die Brüder Kenneth und Keith Littlejohn. Beide waren früher für den britischen Geheimdienst tätig und hatten, nach eigenen Angaben, den Auftrag, die IRA zu unterwandern. Sie haben angekündigt, über die Arbeit des britischen Geheimdienstes in Irland auszusprechen. Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt am 14.8.73 dazu: „London flüchtet, daß dabei herauskommen könnte, was der ehemalige irische Ministerpräsident Jack Lynch behauptet: Die Bombenexplosionen von Dublin (im Dezember letzten Jahres, AK), bei denen zwei Menschen getötet und 74 verletzt worden sind, waren nicht das Werk der illegalen Irish-Republicikanischen Untergrundarmee IRA, sie gehen vielmehr auf das Konto des britischen Geheimdienstes.“

Der Grund dafür, daß die beiden Littlejohns so freimütig aussagen wollen, ist vermutlich, daß London sie fallen ließ: sie wurden an die irischen Behörden ausgeliefert und zwar – davon ist man in Irland allgemein überzeugt – im Austausch gegen zwei in Irland verhaftete Geheimdienstler. Diese hatten in einer Sicherheitsabteilung der irischen Regierung gearbeitet und für England Spionage getrieben. Diese zwei Ganoven sind von London sofort auf freien Fuß gesetzt worden. Der eine ist inzwischen in Kanada und der andere in Südafrika!

Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt zum politischen Hintergrund der Bomben in Dublin: „Die Dezember Anschläge in Dublin hatten einen willkommenen (!) Umschwung der öffentlichen Meinung

herbeigeführt, der eine als irisch und der andere in Südafrika! Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt zum politischen Hintergrund der Bomben in Dublin: „Die Dezember Anschläge in Dublin hatten einen willkommenen (!) Umschwung der öffentlichen Meinung

herbeigeführt, der eine als irisch und der andere in Südafrika! Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt zum politischen Hintergrund der Bomben in Dublin: „Die Dezember Anschläge in Dublin hatten einen willkommenen (!) Umschwung der öffentlichen Meinung

herbeigeführt, der eine als irisch und der andere in Südafrika! Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt zum politischen Hintergrund der Bomben in Dublin: „Die Dezember Anschläge in Dublin hatten einen willkommenen (!) Umschwung der öffentlichen Meinung

in Irland gegen die IRA herbeigeführt, der es der Regierung erleichterte, im Parlament verschärfte Gesetze gegen die IRA durchzubringen.“ Deutlicher geht es nicht. Die



Kenneth Littlejohn (31) und sein Bruder Keith wollen aussprechen.

„Strategie der Bomben“ ist ein bekanntes Mittel der Kapitalisten im Kampf gegen die Arbeiterklasse: Ohne Rücksicht auf Menschenleben werden von bezahlten Provokateuren Bomben gelegt, hinterher werden diese Anschläge den Linken und Kommunisten in die Schuhe geschoben, um durch die Verhetzung der öffentlichen Meinung besser und schärfer gegen sie vorgehen zu können.

Immer wieder konnte in Einzel-fällen diese Strategie aufgedeckt werden. Ein solcher Fall: in Italien ging das „Mailänder Blutbad“ (Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank, 16 Tote) erwiesenermaßen auf das Konto von bezahlten Faschisten. Drei Jahre allerdings hat der bürgerliche Staat den Anarchisten Valpreda und einige seiner Genossen in Haft gehalten, unter dem Vorwand, sie hätten die Bombe gelegt.

hieren zu können – ansonsten gibt es – außer Plänen für Auslandsreisen – keine Personalausweise in England.

● Die Einführung der Todesstrafe für „Bombenterroristen“

Das irische Volk ist in seinem Kampf gegen den englischen Imperialismus wesentlich weiter voran geschritten als das englische Volk. Es hat bereits die Waffe in die Hand genommen, um für seine Rechte, für die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus zu kämpfen.

Aktuell scheint es, als richte sich die Kampagne der Bourgeoisie ausschließlich gegen die irische Arbeiterklasse und ihre Arme, die IRA.

Diesem Ansehen möchte auch die Bourgeoisie erwecken und fördern. Die englische Arbeiterklasse aber muß begreifen, daß der Kampf der irischen Arbeiter gegen den englischen Imperialismus auch ihr Kampf ist. Und daß die faschistischen Maßnahmen der englischen Kapitalisten letztendlich auch Maßnahmen gegen die englische Arbeiterklasse sind.

Zwei Jahre Folter und KZ's in IRLAND



Mehr als 1000 politische Gefangene sind in britischen KZ's, Zuchthäusern und Gefängnissen in Irland und England auf Grund der "Internment Order von 9.8.71" ohne Anklage, Gerichtsverfahren und Urteil eingesperrt.

Dokumentation

Erscheint im September, erhältlich in allen linken Buchläden. Oder über das Komitee zu bestellen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. WESTDEUTSCHES SINN FEIN / IRA - SOLIDARITÄTS KOMITEE 637 Oberursel 5 Postfach 35

INTERNEES RELEASE ASSOCIATION

Fürsorgeerziehung – Erziehung wozu?

Rund 60.000 Minderjährige stehen unter FE und FEH. FE ist die Fürsorgeerziehung und wird gerichtlich angeordnet. Nach §64 Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG), wenn der Minderjährige zu verwahrlosten droht oder verwahrlost ist. FEH: das ist Freiwillige Erziehungshilfe, die Heimweisung erfolgt mit Einverständnis der Eltern, die Eltern können das Kind jederzeit wieder rausholen. Die Heime für FE und FEH sind in Hamburg diesbezüglich.

Das JWG legt fest, daß bei „Verwahrlosung“ FE angeordnet wird, was aber „Verwahrlosung“ ist, läßt das Gesetz offen. In der Praxis ist es der Bericht des Fürsorgers über die Familienverhältnisse, nach dem die Entscheidung gefällt wird. In



der Praxis kommen heute 85 % der Fürsorgezöglinge aus zerfallenen Arbeiterfamilien. Warum aber gibt es überhaupt „Fürsorgefälle“?

Fürsorgefälle: Notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft ...

79 % der Fürsorgezöglinge wurden unehelich geboren. Eine Studentin, der ein „Fehltritt“ passiert, hat fast immer einen Vater, der Verbindung zu einem entsprechenden Arzt hat, und sich das

chenden Arzt hat, und sich das „Ansehen der Familie“ auch 800.000 DM kosten läßt. Ein Arbeitermädchen, das die Möglichkeit im allgemeinen nicht und muß sich und ihr Kind selbst durchbringen. Da die Mutter arbeitet, und diese Kinder häufig „Schlüsselkinder“ „fallen“ solche Kinder der Fürsorge „auf“, so heißt es, die Mutter könne ihre „Aufsichtspflichten“ nicht erfüllen.

Oder das Wohnungsproblem: junge Arbeiterfamilien müssen bei den Eltern wohnen, da sie keine Wohnung finden. Denn eine „Wohnung finden“ heißt, einen Makler bezahlen können, einige Tausend Mark vorauszahlen können. Zwei Familien aber in einer zu kleinen Wohnung, das bedeutet häufig Zank und Streit. Zwei Familien in einer Wohnung, das heißt man abends lieber in die Kneipe, als „nach Hause“. Und die Fürsorge stellt dann fest: „Vater trinkt“.

Oder der Vater hat einen Arbeitsunfall. Bei 77 % der Arbeitsunfälle vermerkt die Gewerbeaufsicht: „menschliches Versagen“. Die Frau schreibt: „Schicksal“. Die Gewerbeaufsicht vermerkt nicht, daß Sicherheitsvorrichtungen fehlen, sie vermerkt nicht den Konzentrationsverlust durch Arbeitshetze. Der Arbeiter wird berufsunfähig, häufig nur beschränkt arbeitsfähig. Ein Arbeitsunfall stellt eine ganze Familie auf den Kopf. Wenn eine solche Familie zerbricht, dann trifft das besonders die Kinder und die Fürsorge kann dann feststellen, daß sie „verwahrlosten“.

Wenn ein Gymnasiast in der Schule Schwierigkeiten hat, so werden die Eltern darauf aufmerksam gemacht, „pädagogische Mittel“ empfohlen. Rebelliert aber ein Arbeiterkind gegen die wesentlich schlechteren Lernbedingungen in der Hauptschule, dann ist es gleich

die Aufgabe der Fürsorge, mal zu Hause „nach dem Rechten zu sehen“.

Es ist eine typische Erscheinung aller kapitalistischen Länder, daß große Gruppen von Menschen nicht „mitkommen“, sondern „auf der Strecke bleiben“. Eine Gesellschaft, die den Menschen lediglich als angepaßte Arbeitskraft schätzt, erzeugt unvermeidlich einen „Ausschuß“ von Menschen, die diese Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft nicht schaffen, die dann eben „verwahrlosten“.

... Aber „schuld“ ist immer der Einzelne

In den offiziellen Darstellungen der Fürsorge ist von diesen wirklichen Ursachen nicht die Rede. Die Logik der bürgerlichen Gesellschaft sucht die „Schuld“ immer bei den Betroffenen. In den Akten der Fürsorge steht dann: ist sexuell hallos, treibt sich herum, wechselt den Arbeitsplatz häufig, ist renitent, aufässig, verlogen. Nicht die Bedingungen, unter denen diese Menschen zu leben haben und mit denen sie nicht fertig werden, sind die Ursache ihres Verhaltens, sondern ihre individuellen „Charakterfehler“.

Die erste Aufgabe der bürgerlichen Fürsorge ist es dann auch, den Betroffenen klar zu machen, daß sie und nur sie Schuld haben an ihrer Lage. Nicht die Verbesserung der Lebensumstände der „verwahrlosten“ Familien ist bei Einschaltung der Fürsorge zu erwarten, sondern Schnüffelei, Beschimpfung als „Asoziale“ und Drohung, man werde die Kinder ins Heim stecken. Oft in jahrelangem Einwirken werden die Menschen von ihrer eigenen „Minderwertigkeit“ und Unfähigkeit „überzeugt“ und schließlich geradezu entmündigt.

Das Einverständnis der Eltern zur „Freiwilligen Erziehungshilfe“ erpreßt die Fürsorge in einer längeren Einschüchterungskampagne. Einmal auf ein Kind aufmerksam gemacht, erscheint dann regelmäßig ein Fürsorger. Allgemein braucht man einen Fürsorger zwar nur in die Wohnung zu lassen, wenn er einen

Wohnung zu lassen, wenn er einen Hausdurchsuchungsbefehl vorlegen kann, aber den meisten Fürsorgern reicht schon die einschüchternde Wirkung ihres Dienstausweises, um in eine Wohnung eingelassen zu werden. Und die Tätigkeit des Fürsorgers besteht dann auch in einer Hausdurchsuchung: Ist die Küche sauber gemacht? Ist das Schlafzimmer aufräumt? Liegen Groschenhefte rum? Ob die Mutter morgens vor der Arbeit oder am Feierabend zum Aufräumen schon Zeit gefunden hat, interessiert nicht. Und dann kommen die Beschimpfungen: Die Mutter ist eine Schlampe, unfähig den Haushalt zu führen, unfähig die Kinder ordentlich zu erziehen.



Protest gegen „Heim-Erziehung“ Bemalte Wand in einem westberliner „Heim“

man werde ihr das Kind noch ganz wegnähmen müssen. Erfahren die Eltern, wie es in den Heimen der „Freiwilligen Erziehungshilfe“ aussieht, so widerufen sie häufig die ihnen abgepreßte Zustimmung zur Fürsorgeerziehung. 39 % aller Abgänge erfolgen aus diesem Grund. Das ist mehr als die Entlassungen aufgrund der „Erreichung des Erziehungszwecks“, das sind nur 35 %.

Auch deshalb ist es von großer Bedeutung, daß fortschrittliche Heimerzieher immer wieder „Entthüllungen“ über die tatsächliche Situation in den Heimen in die Öffentlichkeit tragen, und daß sie sich um Zusammenarbeit mit den Eltern bemühen.

Statt Hilfe: Zerschlagen jeder Selbständigkeit und Solidarität

Die Vollheime für FE bzw. FEH liegen immer weit vom Schuß. Entweder am Stadtrand, oder sie liegen ganz außerhalb der Städte, auf dem Lande. Für manche Kinder gibt es Ausgang – aber wohin soll man schon gehen? Die Leute der Umgebung meiden die Kinder: „Das sind doch die aus dem Heim“. Die Heime werden so automatisch zu geschlossenen Anstalten. Von dem Leben, das ihre Klasse führt, werden diese Arbeiterkinder systematisch getrennt; Isolierung, das gehört zu den wichtigsten Mitteln der Fürsorge.

Und das Leben im Heim hat seine eigenen Regeln, die mit dem Arbeiterleben nur noch die äußere Hülle des geregelten Tagesablaufs gemein haben. Alles weitere bestimmen die Ideale, die die staatliche Fürsorge von einem „ordentlichen Menschen“ hat.

Die Heimordnung des Jugendheims Beierhaus in Hessen schreibt unter Punkt 2 vor: „Sorgen und Probleme sollst Du nicht lange mit Dir herumtragen. Besprich sie aber nicht mit Jungen, die Dir ohnehin keinen guten Rat geben können. Suche Dir Deine Freunde wahllos aus. Auch der Erzieher, Hausvater, Erziehungsleiter und Direktor haben Zeit für Dich, wenn Du mit ihnen sprechen möchtest.“ Die Heimordnung predigt Mißtrauen zwischen den Heiminsassen.

Schlecht bzw. zum Teil katastrophal ist auch die materielle Situation der Heime: alle Heime leiden unter dringendem Personalmangel. Der Krankenstand unter den Heimerziehern gehört zum größten aller Berufsgruppen – ein Ausfall von 50 % durch Krankheit ist keine Seltenheit. Fällt dann ein

Erzieher für längere Zeit aus, wird die Gruppe aufgelöst, die Jugendlichen kommen in neue Gruppen, oder gleich ganz in andere Heime.

Und die Ausbildung der Erzieher ist schlecht, die Anforderungen im Heim sind groß. Heimerzieher sind immer überlastet, sind immer fertig, haben gerade in der vorigen Nacht Nachdienst gemacht und machen heute schon wieder Dienst. Ihre freien Tage in der vorigen Woche haben sie nicht genommen, ihren Urlaub noch nicht gehabt – sie sind immer überanstrengt, fienferrei.

Diese Arbeitsbedingungen provozieren geradezu autoritäres Verhalten gegenüber den Jugendlichen. Auf einem solchen Boden wachsen besonders gut faschistische Erziehungsmethoden („da hilft nur noch Strenge und harte Zucht“). Aber selbst Erzieher, die mit viel Idealismus ihren Beruf gewählt haben, sehen dann nur noch die Aggression, die ihnen entgegenschlägt, und ihre eigene Hilflosigkeit und sind froh, wenn sie den Tag ohne große Konflikte über die Runden bringen. Und das heißt nur allzuoft: Abwürgen jeden Aufschwungs, jeder Selbständigkeit der Jugendlichen.

Eine wichtige Rolle zur Verhinderung solidarischer Gruppen spielen die „Gruppensprecher“, die auf Vorschlag des Erziehers von den Jugendlichen „gewählt“ werden. Der Wahlvorgang mag den Eindruck erwecken, der „Sprecher“ vertritt die Interessen der Gruppe gegenüber dem Heimpersonal, in den meisten Fällen ist es genau anders herum. Denn bei Zwistigkeiten in der Gruppe stellt sich das Personal in der Regel hinter denjenigen, der der Stütze ist, und mit dieser Unterstützung werden die „Sprecher“ zu Erfüllungshelfern der Erzieher gekauft. Sie er-

halten den Auftrag, die Heimordnung in der Gruppe durchzusetzen, Allgemein ist Prügelstrafe in den Heimen verboten. Wenn aber der „Gruppensprecher“ zuschlägt, weil dieser oder jener nicht pariert, die Personal kann schließlich nicht jede Schlägerei unter den Jugendlichen verhindern!

Das „Gruppenleben“ im Fürsorgeheim räumt gründlich auf mit dem Gedanken von der Stärke durch Solidarität. Recht hat, wer der Stärkere ist.

Wer nicht bedingungslos gehorcht und sich in die „Hackordnung“ einreißt, für den bleibt der „Bunker“. Der „Bunker“, das ist die „geschlossene Abteilung“, die es in jedem Fürsorge-Heim gibt. Im Erziehungsheim Staffeburg, das 1961 als „Europas modernstes Heim“ erbaut wurde, sieht der „Bunker“ folgendermaßen aus: Es gibt nur Einzelzellen, bis auf ein Drei-Mann-Zimmer. Ein Holzkasten mit Matratze dient als Bett. Zum Zudecken gibt es eine Wolldecke. Tagsüber darf das Bett nicht benutzt werden. Wer trotzdem erwisch wird, bekommt die Matratze entzogen und muß nackt auf dem Holz schlafen. In jeder Zelle befindet sich eine Toilette – die aber nur von außen gespült werden kann. Wer deswegen nachts einen Erzieher rausläutet, kann sicher sein, daß er eine gefeuert kriegt. Die Ju-

alltag. Da in den Heimen sehr schwer an Raschmittel heranzukommen ist, ist es üblich geworden zu „schnüffeln“, das ist das Einatmen von Dämpfen bestimmter glühender Klebstoffe. Das Ergebnis solcher „Vergemens“ sind häufig schwere gesundheitliche Schäden.

Genaue Angaben über Selbstmordfälle in der staatlichen Fürsorge werden in der offiziellen Statistik nicht gemacht. Fachleute bezeichnen die Quote der Selbstmordversuche als „erschütternd“.

Die erste, bewußteste und unfruchtbarste Form der Auflehnung gegen die Heimzustände besteht in der Kriminalität. 30 % der Jugendlichen werden noch während ihres Heimaufenthaltes straffällig. Für 80 % der Fürsorgezöglinge beginnt mit der Heimweisung eine Laufbahn durch die Gefängnisse der Bourgeoisie.

Die Vergehen der Jugendlichen sind überwiegend Eigentumsdelikte. Das erlaubt nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Jugendlichen zwar den ganzen Tag arbeiten müssen, aber „daß Du im Heim nicht arbeitest, um Geld zu verdienen“.

Fürsorge wird angeblich angeordnet, um die weitere „Verwahrlosung“ von Kindern zu verhindern. In Wirklichkeit ist die ganze Fürsorge nicht darauf angelegt, diesen Menschen zu helfen. Aber die Bourgeoisie beschränkt sich keineswegs darauf, die Verwahrlosung von Teil-



gendlichen der „Geschlossenen“ | len der Bevölkerung als notwendig

gendlichen der „Geschlossenen“ tragen besondere Kleidung, die sie von den anderen Heimzöglingen unterscheidet.

Angewiesen soll die „Geschlossene“ straffällig gewordene Jugendliche vor der U-Haft schützen. Die Meinung der Betroffenen: „Lieber U-Haft als Bunker“!

Erziehung zum Lumpenproletariat

Es ist typisch für die staatliche Fürsorge, daß nur sehr wenige der Heim-Jugendlichen den Sprung in ein normales Arbeitsleben schaffen.

Obwohl 78 % der FE-Zöglinge älter als 14 Jahre sind, befinden sich nur 12 % in einem Anlern- oder Lehrverhältnis. Nur weitere 16 % stehen überhaupt in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis. Dennoch werden alle von morgens bis abends beschäftigt mit schwachsinnigen Arbeiten wie Hausputz, Hofsaubern, oder Knastarbeiten (Stanzan von Autosicherungen, Nähen von Brautreichkürzen usw.), oder als Helfer in der Landwirtschaft. Wer einen Beruf lernen kann, lernt Schreiner, Steinmetz, Haushalt, Einrichtungen zum Erlernen industrieller Berufe fehlen in den Heimen.

Es ist der „Erfolg“ der Fürsorgeerziehung, daß sich die Unverträglichkeit der Heimzustände vor allem in Aggressionen der Heiminsassen untereinander entläßt. Schlägereien stehen in den Fürsorgeheimen auf der Tagesordnung.

Die häufigste Reaktion auf die Fürsorge ist die Flucht. Es gibt zwei Arten. Zum einen die Flucht nach „draußen“. Meist endet die Flucht noch in der gleichen Nacht. Zurück im Heim, kommen sie dann für mehrere Tage, manchmal sogar Wochen, in die „Geschlossene“.

Zum zweiten gibt es die Flucht in den Rausch, in das Vergessen der tagtäglichen Hölle des Heim-

len der Bevölkerung als notwendiges Übel ihrer Herrschaft „hinzunehmen“ und zu verwalten. Vielmehr ist es bestrebt, die Not dieser Menschen für ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse zu nutzen. In der Fürsorge raubt man ihnen jede Fähigkeit, sich zu wehren. Die Mentalität, die die Fürsorge der Arbeiterkinder entgegenstellt, ist die Mentalität des unterwürfigen Strebers. In Punkt 1 der oben erwähnten Heimordnung heißt es: „Respektiere den Erzieher als einen Aeltesten und Deinen Vorgesetzten“. Und in Punkt 4: „Versuche Dich gütlich mit den Kameraden auszusprechen“. Gelingt das nicht, wende Dich an Deinen Erzieher, damit er die Angelegenheit regelt“.

Die Logik dieser Mentalität ist Unterwürfigkeit nach oben und Demutstänke unter den Jugendlichen.

Aber mehr noch. Als sich 1969 die Fürsorgezöglinge in Staffeburg zu solidarischem Abwehrmaßnahmen zusammenschlossen, operierte die Heimleitung gegen Ende der Auseinandersetzungen offen mit faschistischem Gedankengut. So hängte der Obererzieher Kreichmeyer einen Anschlag am schwarzen Brett aus, in dem es u.a. hieß: „Ihr wollt leben wie die Dohle im Bienenstock, wie die Made im Speck! – Als Nutznießer oder Schmarotzer auf Kosten anderer? Ihr wollt euch nicht ausbeuten lassen – und gönnt skrupellos die Vorteile, die eine intakte (!) Gesellschaft bietet! Angefangen bei geordneten Mahl-

Forts. nächste Seite

Fortsetzung Fürsorgeerziehung

zeiten und einer ordentlichen Unterkunft. Was dann, wenn alle so dachten und handelten? Warum nutzt ihr diejenigen schamlos aus, die einsichtig (!) geblieben sind, daß ohne Mitarbeit für die Gemeinschaft ein Leben in Gemeinschaft nicht möglich ist? Ihr könntet sicherlich mehr Sympathien erwerben, wenn ihr durch Taten beweiset, daß euer Anliegen ist, günstigere Bedingungen für alle zu schaffen, daß euer Interesse auf ein besseres Gemeinschaftsleben gerichtet ist. Und nicht ganz primitivem Egoismus antwortet, ganz primitiv, nur auf eigene Annehmlichkeit schielender Druckberger und Faulenzer!

Abgesehen von der verkommenen geschraubten Schreibweise: die Anleitung für diese Hetztirade findet man in Hillers „Mein Kampf“. Es war ein Bestandteil der Nazi-Ideologie, dem „Schmarotzertum des Juden“ die „Pflichterfüllung“ entgegenzustellen. Und das hieß: „nicht sich selbst genügen, sondern der Volksgemeinschaft“. Auf dieser Grundlage machten die Nazis es zum Gesetz, daß ein Streik ein Verbrechen sei.

Und diese Konsequenz hat die staatliche Fürsorge in manchen Heimen auch schon gezogen. So klärt die Heimordnung in Rengshausen die Jugendlichen darüber auf, daß das Interesse der Kapitalisten bedingungslos Gesetz sei.

„Mache dir klar, daß du im Heim nicht arbeitest, um etwas zu verdienen. Vielmehr solltest du lernen, gleichbleibende und gute Arbeitsleistungen zu erbringen... Arbeitsverweigerung gilt in unserem Heim als Meuterei (!) und wird darum sehr empfindlich mit Strafe belegt.“

Weder der Staffenberg noch Rengshausen sind die Überbleibsel einer vergangenen Zeit. Im Gegenteil: die Bourgeoisie fördert solche Leute wie Oberlehrer Kretschmer und propagiert seine faschistische „Arbeitsethik“. Sie kann dabei an tiefnützende Vorurteile der Bevölkerung, ja selbst bei den Arbeitern anknüpfen.

für Pamphlete gegen die Heimerziehung Vorworte, beziehungsweise Nachworte geschrieben.“ Und sogar Beamte des Staates: „... wie Bonhoff (Mitarbeiter der Landesjugendbehörde in Westberlin, Vorstandmitglied der Internationalen Gesellschaft für Heimerziehung) und Kormale (Leiter der Abteilung Familie im Bundesministerium (!) für Jugend, Familie und Gesundheit).“

Nach einem altbewährten Muster wird hier Stimmung gemacht und der große Bogen von den bekannten „Kriminellen“ bis zu bürgerlichen Liberalen gezogen. Nicht die Zustände in den Heimen erzeugen Kritik, sondern die ganze „Unruhe“ in den Erziehungsheimen ist nur das Werk von einigen „staatsfeindlichen Verführern“. So weiß Hartmann denn auch über die Kampagne um das Erziehungsheim Staffenberg Ende Juni 1969 zu berichten: „Andreas Baader und seine Freundin Gudrun Enslin führten „Regie“ (!). Baader verfechtete rund dreißig Heimnassen zur Flucht nach Frankfurt.“

Genau in derselben Manier konnte man am 31.1.1933 im Zentralorgan der Nazis, dem „Völkischen Beobachter“, über die Arbeit in einem Erziehungsheim (Titel: „Moskowitzsche Dressur“) lesen: „Da kommt von der Großstadt der Hetzer, aus einer jener Versammlungen, in der die Pöbelinstinkte wachgerufen werden. Was aufgebaut wurde, wird zusammengerissen.“

Springers „Wissenschaftler“ verdreht die Dinge mit denselben Tricks wie die Nazis: nicht die unerträglichen Heimzustände treiben die Jugendlichen in die Flucht, sondern der „Hetzer aus der Großstadt“ stachelt sie auf!

Hier wird aber auch klar, wie die Bourgeoisie „ihre“ Fürsorgeprodukte sieht, nämlich willenlos, ohne eigene Initiative und Solidarität. Und das ist ja auch das gewollte Erziehungsergebnis dieser Heime!

In demselben Artikel des „Völkischen Beobachters“ heißt es: „Der Marxismus als Erzieher – gibt es eine traurigere Karikatur? Er hinterläßt eine unmanierliche, unwillkürliche, zum Pöbel gewordene Jugend.“

Dieselbe Logik findet bei dem Professor ihre Anwendung auf die APO-Studenten: „Die Folge (der

Die Aufgabe der Faschisten unter den Erziehern ist es dabei, den anderen zu demonstrieren, wie „erfolgreich“ diese Methoden sind, wie „problemlos“ die „Arbeits-therapie“ zu handhaben ist.

Leute wie Hartmann sind durchaus nicht Überbleibsel von gestern, sondern auf dem „richtigen Dampfer“. Mit der Zunahme der Widersprüche des Kapitalismus werden auch die „Fürsorgefälle“ zunehmen. Das zeigt uns deutlich die gegenwärtige Entwicklung in den USA. Mit diesem Potential will die Bourgeoisie Politik machen: aus ihm faschistische Gruppen rekrutieren, andererseits gegen diese „Asozialen“ hetzen, um damit die Bevölkerung zu spalten und Maßnahmen der Faschisierung zu rechtfertigen. Tatsache ist z.B. daß bei der Hamburger Jugendbehörde die Baupläne für ein Kindergefängnis fix und fertig in der Schublade liegen. Der Baubeginn ist für die Jugendbehörde nur noch die Frage des politisch günstigsten Zeitpunktes.

Die Aufgaben der Arbeiter-klasse und der fortschrittlichen Erzieher

Es kann der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, daß die bürgerliche Fürsorge einen Teil ihrer Kinder wegschafft in Heime, in denen sie seelisch verkrüppelt und zum Lumpenproletariat erzogen werden. Es ist von Bedeutung für die Arbeiterklasse, ob sich faschistische Agenten und Provokateure aus den Fürsorgeheimen rekrutieren – wie in der Weimarer Republik.

Heutzutage kommen 85% der Fürsorgezöglinge aus zerrütteten Arbeiterfamilien. Das war nicht immer so. In einer Zeit wesentlich größerer wirtschaftlicher Not, nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg, war der „Anteil“ der Arbeiter an der Fürsorge nicht halb so groß. In der Arbeiterklasse war damals das Bewußtsein größer, daß der gesamte Staat zu ihrer Unterdrückung eingesetzt wird. Daher schuf sich die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie eigenständige proletarische Organisationen, wie die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) und die „Rote Hilfe“, die mit proletarischer Solidarität die Zerrüttung

von Arbeiterfamilien und die Verwahrlosung proletarischer Kinder bekämpften. Allein 1923/24, als ca. 30 000 Arbeiter in revolutionären Kämpfen in Deutschland fielen und 75 000 aus Verwundung Selbstmord begingen, als Millionen hungerten, versickerte die IAH 15 000 Arbeiterkinder in eigene Kinderheime und zu Arbeiterfamilien ins Ausland (nach Willi Münzenberg: 5 Jahre Internationale Arbeiterhilfe).

Die Arbeiterklasse in der BRD wird ebenso das Problem der Zerrüttung ihrer Familien nicht der Bourgeoisie zur Lösung überlassen können, sondern mit eigener Kraft an seine Bewältigung gehen müssen.

Für die fortschrittlichen Erzieher ist gegenwärtig die materielle Lage der Heime eines der dringendsten Probleme über Arbeit. Der brennende Personalmangel, die Überbelegung der Heime, die nutzlose Erzieherausbildung, all das macht eine Arbeit im Interesse der Erziehung der Kinder und Jugendlichen überaus schwierig.

Darauf baut die Bourgeoisie, darauf, daß mit der Zeit selbst diese gutwilligen Erzieher die Fürsorgezöglinge einfach als „Schwer-Erziehbare“ abtun. Schon heute merken viele Erzieher nicht, daß es die gesamtgesellschaftliche Situation ist, die ihre Arbeit so schwierig und oft erfolglos macht. Für sie reduziert sich dann das Erziehungsziel auf die Durchsetzung der Heimordnung bei den Jugendlichen. Es liegt auf der Hand, daß sie mit dieser „Erziehung“ gegen die Jugendlichen stets auf deren Mißtrauen und auch schlicht die Feindschaft der Jugendlichen stoßen.

Andererseits scheitern viele fortschrittliche Erzieher, die erwarten, allein durch die Demonstration ihres guten Willens bei ihrer Gruppe Anerkennung zu finden. Denn schließlich haben die Jugendlichen oft genug die Erfahrung machen müssen, daß fortschrittliche Erzieher das Heim bald wieder verlassen haben: Weil es ihnen nicht gelang, greifbare Erfolge zu erzielen, weil ihnen die Behörde und rückständige Kollegen immer wieder Steine in den Weg gelegt haben.

Und daß es genug Mittel der Behörde gibt, fortschrittliche Erzieher gefügig zu machen, das wis-

sen die Jugendlichen schließlich am besten. Es kann daher nicht verwundern, wenn sie selbst fortschrittlichen Erziehern gegenüber skeptisch bleiben.

Gewiß bleibt, daß sich an der Verwahrlosung durch staatliche Erziehung nichts grundsätzlich ändert, solange die Bourgeoisie uneingeschränkt ihre „Fürsorge“ betreiben kann. Wie immer in der Vergangenheit, wird es ein Vorankommen auch in der öffentlichen Erziehung genau dann geben, wenn die Arbeiter selbst den Kampf darum aufnehmen. Aber kein Mensch kann eine Sache vorantreiben, solange er nicht weiß, wie sie funktioniert.

Für die fortschrittlichen Erzieher kommt es daher vor allem darauf an, der zum Teil faschistischen Propaganda der Bourgeoisie entgegenzutreten und deutlich zu machen, wie die Bourgeoisie mit ihrer „Fürsorge“ Menschen in der Verwahrlosung und Kriminalität hält.

Und natürlich ist es von Bedeutung, ob der Erzieher in seiner Gruppe faschistisches Denken durchsetzt, oder ob er den Zusammenhalt der Gruppe fördert. Inwieweit er die Jugendlichen als zukünftige Verbrecher behandelt oder seinen Verpflichtungen als Erzieher nachkommt. Und ob er seine Gruppe einfach sitzen läßt, wenn sich keine spektakulären Ergebnisse einstellen, oder ob er in beharrlicher Kleinarbeit das Vertrauen der Jugendlichen gewinnt.

Dem Erzieher, der sich so zu seinem Beruf stellt, wird jedoch eine Karriere, wie die des Herrn Hartmann nicht offenstehen. Im Gegenteil: er ist ständig mit dem Berufsverbot konfrontiert, er wird ständig das ganze Register der Einschüchterungsmethoden der Behörde vor sich sehen. Und das Vertrauen der Jugendlichen wird ihm das Mißtrauen vieler Kollegen einbringen. Kurz: Einen „sozialen Aufstieg“ wird es für ihn nicht geben.

Was er gewinnen kann, ist das Vertrauen der Jugendlichen. Und nur mit solcher Arbeit kann er überhaupt dazu beitragen, die Verwahrlosung von Menschen, die die bürgerliche Gesellschaft unweigerlich bewirkt, aus der Welt zu schaffen.

Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE), Hamburg

Der „Asoziale“ ~

Der „Asoziale“ – Anknüpfungspunkt faschistischer Propaganda

Zur Zeit der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre gab es auch massive Kritik an den Zuständen in der staatlichen Fürsorge. Wichtige Enthüllungen lieferten u.a. mehrere Mitglieder der späteren „RAF“, wie z.B. Ulrike Meinhof. So brachte sie mehrere Rundfunkreportagen über Fürsorgeheime. Der Fernsehfilm „Bambule“, den sie über das Westberliner Mädchenheim Eichenhof drehte, erschien nicht im Programm: er fiel der ARD-Zensur zum Opfer.

Einige der späteren „RAF“-Mitglieder sind selber Opfer der Fürsorge gewesen. Ihre Erfahrungen mit den brutalen Methoden der Bourgeoisie haben dazu beigetragen, daß sie sich auf das verzweifelte Abenteuer der „Stadiggerilla“ eingelassen haben.

An diesen Umstand geschickt anknüpfend startete die Bourgeoisie auch eine Gegenoffensive gegen die Kritik an ihrer „Fürsorge“. Die „Bader-Meinhof“, die sich gegen die staatliche Fürsorge und die „Bader-Meinhof“ sind – wie jeder weiß – „Kriminelle Terroristen“. Also! Im Oktober 72 rechnete ein Prof. Hartmann in Springers „Welt“ mit der antiautoritären Heimerziehung ab. Prof. Hartmann ist ein „bewährter“ Mann: als Leiter des Hans-Zöllner-Haus in Westberlin hatte er 1969 einen Streik seiner „Zöglinge“ zerschlagen. Dafür (und darüber) darf er heute in Köln Vorlesungen halten.

Unter der himmlischen Überschrift: „Und dann liefen sie doch weg“ schrieb Hartmann am 21.10.72: „Die Heimkampagne (der APO-Studenten und Erzieher) ist mit bekannten Namen verknüpft: von Aktivisten der Bader/Meinhof-Bande wie Andreas Baader, Gudrun Enslin, Astrid Proll, Ulrike Meinhof, Mariann Herzog... aber auch Publizisten wie Kurt Wagenbach, Martin Walser, Tobias Bröcher, die

Professor ihre Anwendung auf die APO-Studenten: „Die Folge (der antiautoritären Erziehung) ist, daß die Jugendlichen schließlich im Strafvollzug oder in der Nervenklinik aufsteigen. Es ist wohl evident: Das ist keine Alternative zur Heimerziehung.“

Und Hartmanns Alternative? „Man gibt zu, daß man Lesen durch Lesen und Schreiben durch Schreiben lernt, aber man will nicht zugeben, daß man Arbeiten durch Arbeiten lernen kann. Man opponiert also gegen Reglementierungen und Arbeitsforderungen.“

Das ist es, was dem Professor am Herzen liegt: Dem „Welt“-Leser soll die Forderung nach faschistischen Zwangsarbeitslagern verkauft werden. Hartmann ist sich selber auch dieser Tradition bewußt:

„Oft hört man heute, die Forderung nach Arbeitstherapie (!) erinnere an die faschistische Parole „Arbeit macht frei“. Wer so argumentiert, argumentiert nicht mit sachlichen Einwänden, sondern mit willkürlichen Assoziationen.“

Gegen Arbeit der Jugendlichen in diesen Heimen ist an sich nichts einzuwenden. Hier geht es aber eindeutig nicht um Arbeit, die diesen Menschen hilft, sie bildet, ihre Persönlichkeit, Fähigkeit und Selbständigkeit entwickelt – sondern hier geht es um „Therapie“, um abtunplende, oft nutzlose Tätigkeit, zumindestens aber um massive Ausbeutung, Arbeit als Strafe und Unterdrückung, das soll hier verkauft werden.

Mit der Forderung nach Arbeitstherapie knüpft Hartmann an das Vorurteil vieler an, das die „Asozialen“ arbeitsscheu sind und zur Arbeit gezwungen werden müssen. Auch in der Arbeiterklasse verbreitet die Bourgeoisie diese Ideologie – mit dem Erfolg, daß selbst viele Arbeiter auf diese „Proleten“ herabschauen und nicht merken, wie hier ihre Klasse gespalten werden soll.

Den Erziehern will Hartmann einreden, daß drakonische Erziehungsmaßnahmen wirkungsvoller als alle liberalen Vorstellungen seien.

Hamburg-Altona:

Elternrat legt Dokumentation vor

Der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2-4 in Hamburg-Altona hat eine Dokumentation veröffentlicht, die die Tätigkeit des Elternrates, insbesondere in den Jahren 1971-72 behandelt.

Über die Vorgänge an der Schule Arnkielstraße 2-4 (in die dann auch andere Altonaer Schulen einbezogen wurden) haben wir bereits in AK 24 berichtet („Die Lage an den Schulen“ – „Schulkampf in Altona“).

Außerdem hatten wir vor einigen Monaten ein Interview mit einem Vertreter des Elternrates machen können, das in AK 28 veröffentlicht wurde („Aus der Sicht der Arbeiteltern“).

Wesentlicher Gegenstand der Auseinandersetzungen war der an allen Hamburger Schulen erhebliche Fehlbefund an Lehrern und damit verbunden zu hohe Schülerzahlen in den einzelnen Klassen.

und Ausfall von Unterrichtsstunden. Den Kampf gegen diese Mißstände hatte der Elternrat der Schule Arnkielstraße 2-4 bereits 1969 aufgenommen. Dabei wurde von Anfang an darauf geachtet, die betroffenen Eltern möglichst weitgehend in die Auseinandersetzungen einzubeziehen, indem diese kontinuierlich über die Tätigkeit des Elternrates informiert wurden. In der Dokumentation heißt es dazu:

„Unser Einsatz um eine bessere Schule – das haben wir immer gewußt – konnte nur Erfolg haben, wenn die vielen Eltern hinter unseren Forderungen stehen. Darum wurden die Eltern informiert. Auf Elternabenden, Elternratssitzungen, durch Protokolle, durch Informationsblätter über Pressekonferenzen.“

Im Herbst 72 spitzte sich die Situation soweit zu, daß Ende Oktober 72 von ca. 300 Eltern ein Schulkampf beschlossen wurde für den Fall, daß ihre Forderung nach sofortiger Behebung des Lehrermangels an der Schule nicht erfüllt werden sollte. Der Erfolg zeigte sich sogleich: innerhalb von 4 bis 6 Tagen versprach der Oberschulrat drei weitere Lehrkräfte, verbunden mit drohenden Hinweisen auf die angebliche Schwundkraft des beschlossenen Schulkampfes.

In der Dokumentation befindet sich der gesamte Briefwechsel zwischen Elternrat und Schulbehörde, dazu Kommentare sowie eine Schilderung des Ablaufs der Ereignisse und Berichte der Hamburger Presse. Die Dokumentation ist u.a. im Buchladen „Arbeiterbuch“ (Grindelhof 45) für 60 Pfg. erhältlich.

DOKUMENTATION

des Elternrates

der Schule Arnkielstraße 2-4



Mai 1969 August 1973

'Zunehmender Druck von unten'

Bürgerliche Einschätzung der Druck-Tarifrunde 73

In Buch mit dem Titel „Der mißbrauchte Tarifstreik“ ist kürzlich im Deutschen Industrie-Verlag Köln erschienen. Es beschäftigt sich mit der Aktivität von Gruppen und Organisationen links von der SPD während der Druck-Tarifrunde im Frühjahr. Diese Aktivität wird als mehr bedeutend und für die Bourgeoisie gefährlich dargestellt: Die Tarifrunde sei ein „Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der Arbeitskämpfe“ gewesen, denn „zum ersten Mal wurde eine Tarifauseinandersetzung weitgehend von radikalen Kräften geprägt“ (S.7). „Zum ersten Mal kam voll zum Tragen, was seit etwa drei Jahren im Gange ist: Die Organisierung von radikalen Betriebszellen in vielen Bereichen der Wirtschaft, und die Unterwanderung der gewerkschaftlichen Basis“ (S.9). Und das Schlimmste: „Die wilden Streiks und die Übergriffe während der Tarifstreiks in der Druckindustrie können sich bei nächster Gelegenheit und in anderen Wirtschaftsbereichen in verstärktem Ausmaß wiederholen“ (S.88).

Zu diesen Cassandra-Rufen ist anzumerken, daß die Verfasser bereits übertrieben, um die Bourgeoisie noch fester gegen die drohende Gefahr zusammenschweißen zu können. In diesen Äußerungen zeigt sich aber doch, wie ernst die Lage – gerade mit Bezug auf die letzte Tarifrunde in der Druckindustrie – von dieser Seite eingeschätzt wird.

Die Aktivität der „linksextremistischen Gruppen“ wird breit dokumentiert durch Faksimile-Wiedergabe u.a. des Hamburger DRUCK-ARBEITER (KB), des Westberliner „Umbruch“, von Flugblättern der Gruppe „KPD“ und Betriebszeitungen der DKP – schwerpunktmäßig Hamburg und Westberlin untersucht.

Die „Linksextremisten“ werden unterteilt in 1. die DKP, und 2. die „KPD-Gruppen“. Unter diesem Begriff wird praktisch alles links von der DKP in einen Topf geworfen und soll im Bewußtsein der werktätigen Massen mit der Aktivität der „links“sektierischen „KPD“ gleichgesetzt werden. Es heißt da:

„Die 1970 als militante Konkurrenz zur DKP neu aufgezogene KPD, die ist aus der Konkurrenz der APO hervorgegangen. Die Stationen waren KPD-AO (Aufbau-Organisation) in Berlin und KPD-ML (Marxisten-Leninisten) in Hamburg.

Sie ist dezentral organisiert und ideologisch ausgerichtet... Auf die KPD ausgerichtet sind der Kommunistische Bund (KB), die Kommunistische Gruppe (KG), der Kommunistische Jugendverband (KJV), die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), der Kommunistische Studentenverband (KSV), die Liga gegen den Imperialismus. Die einzelnen Organisationen sind häufig in lokale Gruppen gegliedert. Beispiel: Kommunistischer Bund/Gruppe Hamburg.“ (S.141/142).

Der Schwachsinn dieser Ausführungen muß als bewußte Absicht verstanden werden, Verwirrung zu stiften, und nicht etwa als Ausdruck davon, daß die Verfasser nicht bescheid wüßten, was läuft. Auch in der Polemik der Gewerkschaftsführer (z.B. in Hamburg IG Chemie, IG Druck) war die Taktik zu beobachten, die Gruppen und Organisationen links der DKP als einen chaotischen Brei mit wirren Beziehungen untereinander hinzustellen.

DKP und „KPD-Gruppen“ werden als gleichermaßen gefährlich für die kapitalistische Ordnung beschrieben. Die Stärke der DKP sei ihre „straffe Organisation“, sie würde scheinbar den Weg der Anpassung gehen, sie lege den Schwerpunkt auf die Eroberung gewerkschaftlicher Positionen und sei dort auch schon relativ verankert. Die „KPD-Gruppen“ dagegen seien nicht um äußerliche Anpassung bemüht, sie würden vor allem „an der Basis“ arbeiten.

Die „Spielregeln“ des Kapitalismus wurden verletzt

Ausgangspunkt der Verfasser ist die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ und des „sozialen Friedens“. In diesem Rahmen gebe es bestimmte, in Jahrzehnten bewährte „Spielregeln“ für die Austragung bestehender sozialer Konflikte. Der wichtigste Garant für die Einhaltung der „Spielregeln“ sei die Gewerkschaftsführung.

„Die eigenverantwortliche Führung eines Arbeitskampfes durch die Gewerkschaft gewährleistet die Einhaltung des Gebots einer fairen Kampfführung. Bestimmt dagegen nicht mehr die Gewerkschaft, was im einzelnen geschieht, muß ein Arbeitskampf als rechtswidrig angesehen werden. Die von den Radikalen beabsichtigten und teilweise

auch eingetretenen groben Verstöße gegen die Grundlagen der bestehenden Sozialpartnerschaft und gegen den Gedanken der Sozialpartnerschaft widersprechen eindeutig der allgemeinen Rechtsüberzeugung.“ (S.16)

„(Die Radikalen) zeigten sich über die von den Tarifpartnern gemeinsam im Verlauf der Jahrzehnte entwickelten Spielregeln für Tarifauseinandersetzungen hinweg. Sie versuchten, das konstruktive Partnerverhältnis durch das destruktive Gegenverhältnis des Klassenkampfes zu ersetzen.“ (S.7)

Wie sieht aus die Verletzung der „Spielregeln“ im Einzelnen aus?

Da die Presse „besonders streikempfindlich“ sei (S.16), sei es die ursprüngliche Absicht der Druck-Spitze gewesen, nur „punktuelle und zeitlich begrenzte Streiks zu organisieren“. Das Erreichen einzelner Zielsetzungen sollte zwar verzögert, aber nicht verhindert werden.“ (S.20). Also ein „Streik“, der den Druck-Kapitalisten im Grunde gar nicht weh tun sollte; ein Schein-Gefecht zur Beruhigung „erschütterter Gemüter“ bei den Druck-Arbeitern, und dann ein Abschlus „nach den Spielregeln“.

Aber es kam anders: „Der Verlauf des Arbeitskampfes bestimmte dagegen vielfach die von radikalen Wortführern gesteuerte Basis.“ (S.20).

Während vereinbart war, die Druck-Kapitalisten rechtzeitig über die Streikzeiten zu informieren, um Notausgaben zu ermöglichen (S.27), wurden die „Streikzeiten eigenmächtig überschritten.“ (S.36). Schon während der Verhandlungen kam es zu Warnstreiks, die für die Verfasser selbstverständlich „illegal“ sind (S.14/15).

Für besonders ernst wird angesehen, daß sich während des Streiks Drucker die Freiheit nahmen, üble Fälschungen und Verleumdungen gegen ihren Streik aus dem Zeitungs-Druck zu nehmen bzw. unkenntlich zu machen. Im Kapitalismus darf „Presse- und Informationsfreiheit“ nur bedeuten, daß der Kapitalist das Recht hat, zu lügen und zu hetzen, ohne behindert zu werden. Die Verfasser erkennen sogar an, daß die erschienenen Artikel möglicherweise wahrheitswidrig oder entstellt gewesen seien; die „Pressefreiheit“ schließe eben auch einen gewissen „Mißbrauch“ derselben ein (S.69). Mit besonderer Befriedigung wird vermerkt, daß sich auch der sozial-

demokratische „Vorwärts“ diesem wahnwitzigen Verständnis von „Pressefreiheit“ angeschlossen hat. (S.70; die gemeinte Stellungnahme erschien unter der Überschrift „Von der RGO terrorisiert“ im „Vorwärts“ vom 19. April).

Als weiteren Beweis dafür, daß die Druck-Führung „das Heft nicht mehr in der Hand“ (S.34) hatte, werden die Verfasser die große Unzufriedenheit unter den Druck-Arbeitern mit dem zustande gekommenen Ergebnis der Tarifrunde.

Als schwerwiegend wird angesehen, „daß ein Teil der Vertrauensleute bereits radikalisiert ist. Von hier aus (!) wurde in den Betrieben der Widerstand gegen die gewerkschaftliche Marschroute mobilisiert“ (S.87). Hier zeigt sich, daß die Verfasser im Grunde wissen, daß die von ihnen beklagte „Wiedergeburt des überwundenen Klassenkampfgedankens“ (S.7) eben nicht das Werk „radikaler Einspitzerei“ ist, sondern einer Bewußtseinsbil-

dung breiterer Teile der Arbeiterklasse entspricht. Wovon sollten die Kapitalisten sonst auch Angst haben?

„Die Unterwanderung in den Betrieben sowie die durch die beschleunigte inflationäre Entwicklung erzeugte allgemeine Unzufriedenheit haben ein neues Problem geschaffen. Die Gewerkschaften müssen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen, ohne den Radikalen eine Gelegenheit zu bieten, die Arbeitsplätze zu gefährden und die notwendigen Spielregeln der tarifpolitischen Auseinandersetzung in Frage zu stellen.“ (S.88)

Als positiv wird daher gewertet, daß namentlich die DGB-Spitze „zur Abwehr militanter Extremisten“ (Ausschluß-Kampagne) übergegangen ist. Die antikomunistische Hetze innerhalb der IG Druck, besonders die Beiträge Mahlens, wird ausführlich dokumentiert.

Inhalt:

Streiks in Westdeutschland	Seite
Köln: Der Streik bei Ford, eine ausführliche Analyse des Verlaufs und Zusammenbruch des größten „wilden“ Streiks in diesem Jahr	9
Bielefeld/Brackwede: Der Streik bei Rhein Stahl	11
Frankfurt: Kollegen verarscht, der vierte „wilde“ Streik in diesem Jahr bei Teves	8
Hannover: Der Streik der Metallwerker	14
Kämpfende Fluglotsen und die „Streikfolgen“, zum weiteren Verlauf des Fluglotsen-Streiks	6
Westdeutsche Polizei	
Die Polizei geht allemal mit dem Kapital	10
Planübung „Arbeitskampf“, westdeutsche Polizeitruppen werden systematisch gegen Streiks und Demonstrationen ausgebildet	12
Bundeswehr	
Bundeswehr-Übung gegen Streikende, neben Polizei und Bundesgrenzschutz	14
wird jetzt auch die Bundeswehr immer zusetzbarer auf den „inneren Feind“, die westdeutsche Arbeiterklasse, ausgerichtet	
Gewerkschaften	
Extremisten-Erlaß jetzt auch in der Gewerkschaft HBV, die HBV-Führer blasen zur Kommuniqué und wollen die innergewerkschaftliche Demokratie weiter abbauen	5
Racag-Hamburg: Von den Nazis abgedrückt – „betriebliche Vertrauensleute“ ein Konzept der Kapitalisten zur Zerschlagung der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb	15
Notizen	
Tages-Frankfurt: ATE – Alle Tage elender, eine ausführliche Analyse der Klassenauseinandersetzungen bei Teves, der als die „Perle“ des berüchtigten US-Konzerns ITT bezeichnet wird	6
Hannover-Hamburg: Kurzarbeit wegen Rhein Stahl-Streik in Brackwede	11
Tarifrunde	
„Zunehmender Druck von unten“ – bürgerliche Einschätzung der Druck-Tarifrunde, Die vom BDI vorgelegte Analyse versucht die Kampfaktionen der Druckerbetriebe den „Linkradikalen“ „anzulasten“	26
Bürgerliche Massemedien	
Rundfunk-Zensur beim NDR durch Rüstungskonzern und Großwerk „Blohm+Voß“	12
Kapitalistische Energiepolitik	
Krise im Steinkohlenbergbau – für wann? 2. Teil, eine ausführliche Analyse der westdeutschen „Kohlenkrisen“ und ihrer unterschiedlichen Auswirkungen für Kapitalisten und Arbeiter	20

Referendare gefeuert!

Am 20.9. – dem Tag der Beratung der Länder-Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Brandt über eine „Präzisierung“ des Radikalerlassens vom Januar 72 – hat die Hamburger Schulbehörde ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß politische Disziplinierung und Unterdrückung von Oppositionelles im Öffentlichen Dienst einem neuen Höhepunkt entgegengehen. Zwei Referendare – Angehörige des Referendarvorstands der Abteilung I (Volks- und Realchulen) des Studienseminars Hamburg und Mitglieder der SSG (Sozialistische Studentengruppe – KBW-Sympathisanten) – wurden mit sofortiger Wirkung von ihrem Dienst suspendiert. Das Betreten von Schule und Studienseminar wurde ihnen untersagt. Vier weiteren Referendaren – ebenfalls im Referendarvorstand – wurde das Gleiche angedroht, wenn sie sich nicht von einem Papier der SSG distanzieren. Schulsenator Apel stellte diesen Angriff unter die zynische Parole: „Lieber keine Lehrer als solche Lehrer!“

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß in solchem Umfang gegen angehende Lehrer schon während der Ausbildung vorgegangen wird, daß an ihnen praktisch nicht nur ein Berufsverbot, sondern ein Ausbildungsverbot praktiziert wird.

Die Hamburger GEW-Führung nutzt diesen Angriff der Schulbehörde gleich dazu, sich ihrerseits der unliebsamen Kritiker in der eigenen Reihen zu entledigen. Wie die „Welt“ am 21.9. berichtet, hat

sich die Hamburger GEW von den beiden Referendaren distanziert und der geschäftsführende Ausschuss beschloß, dem Gesamtvorstand die Einleitung eines Ausschlussverfahrens zu empfehlen.

Dieses Maßnahmen vorausgegangen war eine Besprechung von Senator Apel und führenden Mitarbeitern der Schulbehörde mit den Seminarleitern des Hamburger Studienseminars, auf der eine Reihe weiterer Maßnahmen gegen die Referendare und Studenten konkret diskutiert wurden. Bekannt wurde der Inhalt der Besprechung aufgrund einer „Judiskretion“, wie man das wohl nennt. Der Inhalt wurde inzwischen von Apel indirekt bestätigt, der davon sprach, daß ein Tonbandgerät mitgelaufen sein müsse.

Nach den Plänen der Herren soll die Genußungsschnelligkeit sich in Zukunft z.B. auf die Prüfungsarbeiten erstrecken. Oberschulrat Japson: „Zumindest in Zukunft wird man Prüfungsarbeiten auswerten müssen, um handfeste Beweise für die Genußung der Radikalen zu haben.“ In Bremen wurde schon einige Tage vorher eine Arbeit nach politischer Zensur von „sehr gut“ auf „ungenügend“ umbenotet.

Weiterhin werden die Seminarleiter zu verstärkter Spitzelstätigkeit aufgefordert. Oberschulrat Lüdemann meinte dazu, die Seminarleiter sollten „radikale Äußerungen“ aktendkundig machen und an die Schulbehörde weitergeben! Schon auf dieser Sitzung kündigte Nessel unter dem Beifall der Anwesenden

an: „Das nächste Schreiben, das Frau Hindemith (eine der gefeuerten Referendare, Anm. d. Red.) von mir bekommen wird, ist das Kündigungs Schreiben.“

Es scheint, daß diese Maßnahmen, im Zusammenhang auch mit der jetzt erfolgten endgültigen Ablehnung der Ernennung des DKP-Mitglieds Götz zum Richter und der Ankündigung von Brandt am 20.9., zwecks Vereinheitlichung des Vorgehens gegen die „Radikalen“ das Beamtenrechts-Rahmengesetz zu ändern, eine Verschärfung der Offensive des Staates zur Säuberung des Staatsapparats und insbesondere des Schuldienstes einzuleiten.

Wir berichten schon im letzten ARBEITERKAMPF über die Pläne der Schulbehörde zur Niederschlagung von Schulstreiks u.ä. auf der Basis des neuen „fortschrittlichen“ SVG. Denn die Einschüchterung und der Ausschuß von Lehrern oder Referendaren ist die eine Seite, wichtiger noch ist der Behörde, selbständige Aktionen von Eltern und Schülern schon im Keim zu ersticken, denn nur auf der Basis und gestützt auf die Aktivität der Eltern kann auch eine fortschrittliche Arbeit von Lehrern Erfolg haben.

In diesem Zusammenhang ist auch die SSG zu kritisieren, die ihre Genossen in einer verantwortungsvollen Weise exponiert hat, ohne sich einer Basis in der Elternschaft und unter den Kollegen an den Schulen zu vergewissern, und sie damit mehr oder weniger schutzlos den Angriffen der Behörde aus-

Kapitalistische „Friedens“-politik	
„Europäische Sicherheitskonferenz“ – Sicherheit in Worten – Unsicherheit in der Tat	1
BRD-Imperialismus „interpretieren“ Vertrag mit der DDR	17
Lamin über die Parole der „Abrüstung“	
Internationalismus	
Chile	
Militärischer in Chile, US-Imperialisten und chilenische Reaktion müssen Regierung der „Volksmacht“	1
Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes	2
Internationale Solidarität	2
Woher kam das „wirtschaftliche Chaos“	4
Bewusstsein und Schichtbewusstsein	4
Lein zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats	4
Im Hintergrund immer der US-Imperialismus	3
England	
Strategie der Bomben in England, Kapitalisten starten Verfolgungsjagd auf die IRA	26
Frankreich	
Frankreich: Zehntausende in Larzac	19
Portugal	
Waffenlieferungen der BRD an die portugiesischen Kolonialtruppen	19
Südafrika	
Südafrika: Polizei ermordet streikende Arbeiter	21
Indonesien	
Rassismus in Indonesien	22
Kambodscha	
15. August – ein Tag des Sieges für die kambodschanische Volk	23
Schul- und Jugendpolitik	
Fürsorgeerziehung – Erziehung wozu?	26
Hamburg-Altona: Eltern legt Dokumentation vor	27
Hamburg: Referendare gefeuert	28

liefert hat. Geradezu abenteuerrisch sind aber die Schritte, die die SSG aus den Ereignissen zieht: „Die Aufzeichnungen aus der geheimen Seminarleiterkonferenz sind ein hervorragendes Dokument des sich stufenhaft entwickelnden Kampfes an den Schulen, vor allem aber auch im Referendariat, sowie der ganzen Ausweglosigkeit der Lage dieser Herren Apel und Co.“

Offenbar gibt es absolut nichts, was von der SSG nicht zu Erfolgs-

meldungen und zum „Aufschwung der Bewegung“ umgedeutet werden könnte.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir der Frage der Berufsverbote – gemessen an der Bedeutung dieser Vorgänge – im ARBEITERKAMPF zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet haben. Das soll in den nächsten Ausgaben nachgeholt werden. Rundfunkkommission des KB/Gruppe Hamburg